

NEUE POLITISCHE LITERATUR



BERICHTE ÜBER DAS
INTERNATIONALE SCHRIFTTUM

AUS DEM INHALT:

Heinz Maus:

Karl Marx — Texte und Interpretationen.

Andreas Hillgruber:

Ungarn nach dem Volksaufstand von 1956.

Hermann Giesecke:

Deutschlands Weg in die Diktatur.

6

Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Berlin, Band 4

Soeben erschien die dritte verbesserte und ergänzte Auflage:

KARL DIETRICH BRACHER

DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK

Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie

Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld
XXV und 809 Seiten, Format DIN C 5
Plastik gebunden DM 38.70

Aus den Besprechungen der vorhergehenden Auflagen:

Brachers Arbeit und damit der erste ernsthafte umfassende Beitrag der Politischen Wissenschaft zur Zeitgeschichte ist für die Forschung eine Bereicherung. Sie hat eine Stoffmasse bewältigt wie vor ihr kein Werk zum gleichen Thema.
„Neue Politische Literatur“

Viele Geschichtsbetrachter machen es sich freilich zu einfach. Sie suchen nach einzelnen Ereignissen oder Sündenböcken, die am Scheitern der Demokratie schuld sein sollen und setzen, ohne das erforderliche Rüstzeug zu besitzen, zu Vergleichen an. Man möchte fast sagen: Sie haben die gewichtige und bisher noch nicht übertroffene Arbeit Karl Dietrich Brachers über das Ende der Weimarer Republik nicht genügend studiert. Der Verfasser und sein für das Reichwehrkapitel verantwortlicher Mitarbeiter Wolfgang Sauer setzen sich zum Ziel, an einem Gegenstand, der noch immer im politischen Meinungsstreit liegt, die Verbindung von geschichtswissenschaftlicher und politikwissenschaftlicher Arbeit zu verwirklichen.

„Politische Studien“

Bracher polemisiert an keiner Stelle. Er stellt sachlich fest, macht auf Zusammenhänge aufmerksam, zitiert, weist auf Lücken der historischen Forschung hin — aber er scheut sich nicht zu urteilen. Ohne Überheblichkeit, dafür um so entschiedener, spricht er Wahrheiten aus, die bitter sind und schmerzen. Das Buch ist außerordentlich lehrreich und zugleich heilsam.

„Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“

Ring-Verlag - Villingen/Schwarzwald

NEUE POLITISCHE LITERATUR

VI. Jahrgang · Heft 6

In Verbindung mit

Arnold Bergstraesser · Karl Dietrich Bracher · Hermann L. Brill † · Werner Conze
Georg Eckert · Walter Mallmann · Hans Peters · Theodor Schieder

herausgegeben von

Erwin Stein · Helmut Ridder · Georg Strickrodt

Redaktion:

F. A. Krummacker · Alfred Milatz

INHALTSVERZEICHNIS

Prof. Dr. Heinz Maus, Marburg a. d. Lahn:

Karl Marx — Texte und Interpretationen . . . 485

Karl Marx, Politische Schriften (485); J. A. Doering, Marx gegen Rußland (488); Helmut Krause, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland (488); Peter Demetz, Marx, Engels und die Dichter (490); Herbert Marcuse, Soviet Marxism (492); Manfred Friedrich, Philosophie und Ökonomie beim jungen Marx (492); Isaiah Berlin, Karl Marx, sein Leben und sein Werk (492).

Dr. Andreas Hillgruber, Darmstadt:

Ungarn nach dem Volksaufstand von 1956 . . . 495

Paul Darnoy, Ungarn nach dem Volksaufstand (495); Der Fall Imre Nagy (498); Imre Nagy, Politisches Testament (500).

Hermann Giesecke, Steinkimmen bei Delmenhorst:

»Deutschlands Weg in die Diktatur«, Probleme und Möglichkeiten
zeitgeschichtlicher Tondokumente . . . 503

Horst Siebecke (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur, Originalaufnahmen aus den Jahren von 1914 bis 1939 (507).

Dr. Conrad Oehrich, Bonn:

Zeitgeschichtliches Handwerkszeug . . . 513

H. v. Siegler (Hrsg.), Archiv der Gegenwart (515).

EINZELBESPRECHUNGEN

Otto Heinrich v. d. Gablentz: Die versäumte Reform (Dr. Helmut Seiffert, Hameln)	519
John Gimbel: A German Community under American Occupation Raymond Ebsworth: Restoring Democracy in Germany (Dr. Ekkehart Krippendorff, Cambridge, Mass.)	527
Karl Buchheim: Die Weimarer Republik. Grundlagen und politische Entwicklung Hans Lehmann: Die Weimarer Republik, Darstellung und Dokumente (Dr. Harald Schinkel, Berlin)	535
Ulrich Häfelin: Die Rechtspersönlichkeit des Staates, I. Teil (Dr. Wilhelm Wertenbruch, Köln)	544
Theo Pirker: Die blinde Macht, Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, I. Teil (Dr. Heinz Josef Varain, Kiel)	548
Charles de Gaulle: Mémoires de guerre, 3 Bde. (Dr. Arnulf Baring, Bodo Morawe, Paris)	552
Richard A. Webster: Teh Cross and the Fasces (Dr. K. G. Fischer, Policastro Buss./Italien)	559
Hans von Rimscha: Geschichte Rußlands (Dr. Dietrich Geyer, Tübingen)	565
Walther Braune: Der islamische Orient zwischen Vergangenheit und Zukunft Arnold Hottinger: Die Araber, Werden, Wesen, Wandel und Krise des Arabertums (Dr. Fritz Steppat, Berlin)	568

ZEITSCHRIFTEN-BIBLIOGRAPHIE

Seite 9—12

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge bringen die Meinung der Verfasser zum Ausdruck, nicht die der Herausgeber.

Die Zeitschrift NEUE POLITISCHE LITERATUR erscheint monatlich im Ring-Verlag Villingen/Schwarzw. Bezugspreis: Vierteljährlich DM 6.— zuzügl. Porto. Einzelheft DM 2.50. Studenten erhalten bei Vorlage einer Bescheinigung den üblichen Nachlaß. (Bestellungen sind an den Verlag zu richten.) — Für unverlangt und ohne Rückporto eingesandte Manuskripte und Besprechungsexemplare kann keine Gewähr übernommen werden. Redaktionelle Zuschriften an Dr. F. A. Krummacher, München 2, Lazarettstraße 33, Telefon 66586; Zuschriften, die Vertrieb und Anzeigen betreffen, an den Ring-Verlag, Vertriebsabteilung, (17b) Villingen/Schwarzwald, Klosterring 1, Druck: Ring-Druck, Villingen.

Printed in Germany.

Karl Marx – Texte und Interpretationen

Heinz Maus (Marburg a. d. Lahn)

Noch vor einigen Jahren war es in der Bundesrepublik mit der Literatur über Marx und zur Marxschen Gesellschaftstheorie spärlich bestellt. Daran hat sich nicht viel geändert. Was seitdem erschien, diente mehr der Widerlegung als der genauen Darstellung, beides übrigens in den Arbeiten, die von christlicher, von evangelischer wie katholischer Seite sich in zumeist recht ernsthafter Weise mit Marx auseinandersetzen, durchweg vereint. Weiterhin fehlt es an Neuausgaben der Texte selbst, von einem Teil der sog. Frühschriften abgesehen. Die Texte erschienen einst in den Verlagen der Deutschen Sozialdemokratie; bei allem Reformismus galt es noch nicht als Schande, marxistisch gescholten zu werden. Die schier irrational anmutende Furcht heute, es möge der Vorwurf, immer noch marxistisch zu sein, den Eifer, mit der Zeit zu gehen, unglaubwürdig erscheinen lassen, hat die in Festreden sonst doch beschworene Tradition bereitwillig aufgegeben. So ist denn dem traditionsreichen »bürgerlichen« Cotta-Verlag dafür zu danken, daß wenigstens eine mehrbändige Marx-Studienausgabe¹⁾ erscheint, die Hans-Joachim Lieber besorgt; sie erscheint gleichzeitig in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt, was, nebenbei, ein breiteres Interesse andeutet und die abwehrende Geste, Marx sei inaktuell, als politisch naiv erweist. Nun wären die politischen Schriften, die in den beiden Teilen des dritten (und zu-

nächst veröffentlichten) Bandes vorgelegt werden, in der Tat inaktuell zu nennen, wenn sie, im vorigen Jahrhundert zu überaus aktuellen Themen Stellung nehmend, uns heute nichts mehr angingen. Ihre Publikation ist indes gerade für die Gegenwart von nicht geringem Wert: sie dokumentiert einmal Werdegang und Tätigkeit des Politikers Marx, von der »Neuen Rheinischen Zeitung« bis zur Ersten Arbeiterinternationale und der vollends aktuellen Kritik am Gothaer Programm; sie bringt ferner außer einigen längst bekannten auch solche Arbeiten, und zwar erstmals in deutscher Sprache, die, etwa in den Beiträgen zur »New York Daily Tribune«, einigermaßen schwer zu beschaffen sind^{1a)} und die immerhin bekräftigen, daß Marx, ob er über Indien oder China, über Spanien oder Rußland schrieb, sich jeweils weit genauer instruierte, als es im Zeitalter modischer Realpolitik erwünscht sein kann. Und sie zeigt schließlich ein politisches Denken am Werk, das weder starr noch opportunistisch ist, das Detail nicht ausläßt und zugleich an übergreifenden historischen Tendenzen sich orientiert, ohne sie einem Schema zuliebe zu vereinfachen, durchaus Prognosen wagt und darin irrt wie Recht erhält, voller Ungeduld, daß die Sache der Freiheit verwirklicht werde, und voller Hohn, wenn sie zur Phrase vernutzt wird. Nachdem des längeren der junge gegen den alten Marx ausgespielt und die poli-

1a) In Bd. 9 der neuen (Ostberliner) Ausgabe der Werke von Marx und Engels ist jetzt mit dem Abdruck ihrer Beiträge zur »New York Daily Tribune« begonnen worden (Dietz-Verlag, Berlin 1960).

1) Karl Marx, Politische Schriften, hrsg. v. H.-J. Lieber. 1148 S., Cotta-Verlag, Stuttgart 1960.

tisch engagierte Theorie zum Behufe einer philosophischen Anthropologie oder gar, theologisch, als Eschatologie ausgelegt worden ist, erquickt die lebendige Nüchternheit, die jede »wie auch immer geartete Romantisierung des Proletariats« ebenso entschieden ablehnt wie einen »revolutionären Voluntarismus« (S. 1138), ohne jedoch jemals darauf zu verzichten, innen- wie außenpolitische Ereignisse an ihrer Bedeutung für die Lage der Arbeiterklasse zu messen. Marx hat, wie man weiß, zwar stets das Proletariat der industrialisierten westeuropäischen Staaten, nicht zuletzt Deutschlands, vor Augen gehabt, ebendeshalb aber die Politik der herrschenden Klassen nicht außer acht gelassen, ob es sich um Palmerston, Napoleon III. oder die russische Diplomatie handelte; Außen- und Innenpolitik verschränken sich noch für ihn. Nicht minder aufmerksam überlegte er die Konsequenzen, die sich aus dem Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten, aber auch aus den Veränderungen der Sozialstruktur Rußlands ergeben mochten. Die Auseinandersetzung mit dem (bakunistischen) Anarchismus und dem (lassalleschen) Staatssozialismus rührt obendrein, so obsolet sie auf den ersten Blick hin anmutet, unmittelbar an gegenwärtige Problemstellungen, die sich freilich anders etikettieren.

*

Die Auswahl, die Lieber vorgenommen hat, ist zu loben; er verweist im Nachwort auf weitere Quellensammlungen²⁾ und bringt eine Fülle von sacherklärenden, orientierenden Anmerkungen; ein ausführliches Register wird im Ergänzungsband der Gesamtausgabe enthalten sein. Unberücksichtigt blieben, aus Platzmangel, die zahlreichen Artikel von Marx zum

russisch-türkischen Konflikt³⁾, die neuerdings als Marxens Zeugnis wider den Stalinismus herhalten müssen, zum Beispiel in der von J. A. Doerig von der Handels-Hochschule St. Gallen zusammengestellten Auswahl »Marx gegen Rußland«⁴⁾, die wissenschaftlich so gut wie unbrauchbar ist: die Erscheinungsdaten sind nicht angegeben, von einer chronologischen Anordnung ist abgesehen worden, keinerlei Hinweis gegeben, welcher Beitrag von Marx, welcher von Engels (z. B. eindeutig S. 141 ff.) stammt, die »unhistorische, analogistisch-politische Ausbeutung des Rußlandbildes« von Marx⁵⁾ in der heutigen Situation ist von dem gleichen blinden Eifer, der Marxens gegen Bruno Bauer gerichtete Aufsätze »zur Judenfrage« in platter Unkenntnis der philosophisch-politischen Intentionen zu einem antisemitischen Pamphlet⁶⁾ deklariert. D., der seine Bewunderung für Marx nicht verhehlt, den er neben Toqueville und Donoso Cortés einreicht, möchte »die unveränderlichen Ziele der russischen Politik deutlich werden lassen« (S. 8), ihm sind »die Staats- und Regierungsform und die Sozialstruktur letztlich irrelevant« (S. 12); Marx seien »fundamentale Einsichten in den säkularen Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen« und daher »zeitlos gültige Formulierungen« gelungen (S. 17).

Derart bequem hat es sich Helmut Krause⁷⁾ nicht gemacht. Es zeigt sich, daß die

3) Außer auf den vollständigen Abdruck in den von Rjasanow herausgegebenen Gesammelten Schriften von Marx und Engels (1917–1920) wird auf die von El. und Ed. Aveling edierte Ausgabe „The Eastern Question“, London 1897, und „The Russian Menace to Europe“, hrsg. von P. W. Blackstock und B. F. Hoselitz, Glencoe, Ill. 1952, hingewiesen.

4) J. A. Doerig, Marx gegen Rußland. 156 S., Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch 1960.

5) Helmut Krause, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland. = Marburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas, Bd. 1. 144 S., Kommissionsverlag Wilhelm Schmitz, Gießen 1958.

6) K. Marx, A World without Jews, eingel. v. Dagobert D. Runes, New York 1959.

7) s. Anm. 5 (Vorwort).

2) So u. a. „Marx on China“, hrsg. v. Dona Torr, London 1951; Karl Marx, Articles on India, Bombay 1941; Karl Marx and Friedrich Engels, Revolution in Spain, New York 1939.

Einsichten von Marx (und Engels) »an die damalige politische und wirtschaftliche Konstellation der Mächte, ja sogar an zufällige persönliche Begebnisse — auch in ihren Zukunftsprognosen —« (S. 9) gebunden gewesen sind, sie waren keine Götter und verließen sich, wie andere Sterbliche auch, auf eigne Erfahrungen und auf historische Dokumente, die übrigens von Marx z. T. erst ans Tageslicht gezogen wurden. Indem sie überdies gerade die politischen und sozialen Veränderungen beachteten, die nach dem Krimkrieg in Rußland einzusetzen beginnen und dieses Land, allen Liberalen das schreckhafte Urbild reaktionärer Autokratie, an die europäische Entwicklung anschließen, vermochten sie ihre Ansichten zu korrigieren und zu differenzieren. Es ließe sich darüber rechten, ob »die Geschichten der einzelnen Völker (für Marx nur) Analogien zu einem gefundenen oder vorgefaßten Kausalsystem sind« (S. 98), denn »Marx hat sich nie zu der fatalistischen Dogmatik seiner Schüler bekannt« (S. 104) und »Variationen durch die konkrete Wirklichkeit durchaus für möglich« gehalten, »während Engels sich enger an das von Marx für Westeuropa entdeckte Entwicklungsschema anschließt« (S. 103). »Intensives Studium der russischen Ökonomie und der gesellschaftlichen Zustände an Hand russischen statistischen Materials und wissenschaftlichen Schrifttums« (S. 96)⁸⁾ haben Marx mit der »réalité russe« vertraut gemacht, ihn freilich auch zögern lassen, apodiktisch über die nächste Zukunft Rußlands zu urteilen⁹⁾. K. geht auch auf das Verhalten von Marx und Engels gegenüber den West- und Südslawen ein, das, aus dem historischen Zusammenhang gerissen, heute manchen

schockieren mag, und er hebt mit Recht hervor, daß es hierbei beiden stets und vor allem »um das Recht fortschrittlicher und lebensfähiger Nationen auf Existenz« gegangen ist, nicht um einen »Pangermanismus«; der Fortschritt mißt sich freilich für beide am Fortgang industrieller Rationalisierung, der mit der individuellen Freiheit zugleich, wie sie hoffen, die der Völker bringe.

Die wissenschaftliche Sauberkeit der Marburger Untersuchung läßt es sogar ertragen, daß K. hin und wieder der heute üblichen Vorstellung von Marx erliegt; ihre ertragreiche Bescheidenheit sticht indessen wohlthuend von dem Ansprüche Peter Demetz¹⁰⁾ ab, mit seinem Buche »zur Grundlagenforschung des Marxismus« beizutragen. Dabei ist sein Unterfangen durchaus berechtigt, anstelle der »Konstruktion interpretativer Wolkenkuckucksheime über existenzphilosophischen Nebelbänken« (S. 13), wie er es der Germanistik vorhält, genauer »den literarischen Auseinandersetzungen des deutschen Vormärz« und ihren Einwirkungen auf die marxistische Literaturtheorie nachzugehen; unter dieser versteht er den Versuch, »literarische Leistungen aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen herzuleiten«, ausführlicher exemplifiziert dann an F. Mehring, G. Plechanow und G. Lukacs; nur kurz wird auf die »Shdanowisierung« in Literatur und Aesthetik eingegangen. Oder vielmehr, gerade sie ist der Ausgangspunkt des ganzen Buchs, da sie erst Marx und mehr noch Engels zu den unfehlbaren Literaturpäpsten vergötzte, die sie nie waren. Gewiß waren beide große Leser und Engels überdies literarisch eine Zeitlang durchaus »engagiert«, und niemand leugnete bisher, daß sie literarischen

8) K. führt dankenswerterweise die von Marx benutzte russische Originalliteratur auf (S. 85 ff.).

9) Zeugnis hierfür sind die von Lieber wiedergegebenen Konzepte über die Zukunft der russischen Landgemeinde (mir).

10) Peter Demetz, Marx, Engels und die Dichter. 342 S. u. Anhang, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959.

Zeitströmungen unterworfen waren (die merklichen Unterschiede herausgearbeitet zu haben, die auch hierin Marx von Engels abheben lassen, ist verdienstlich), aber das Arge ist nur, daß D. Marx dann doch zum Marxisten macht und zwar in dem kruden Sinn, daß er »die Fülle des Poetischen auf die bare Geradlinigkeit eines kausalen Zusammenhanges von Stoff und Geist« reduziere (S. 102). Dazu läßt sich nur, mit D.s eignen Worten, sagen: »der Literaturfreund Marx befindet sich hier in offener Revolte gegen die marxistischen Theoretiker« (S. 99), noch ehe es diese gab. Soziologischer Positivismus, trete er auch im Gewande des Diamat auf, hat mit der Theorie des historischen Materialismus allenfalls gemein, daß er die literarischen Werke nicht von einem zeitlosen Geist hervorbringen läßt; am Problem des »Formalismus« scheitert er, an dem sich eine von der Marxschen Theorie angeregte Aesthetik gerade bewährt¹¹⁾. Nützlich an diesem Buch sind darum weniger die Auslassungen über Marx selbst, als die über Gutzkow, Börne und Engels einerseits, über die literarsoziologischen Versuche Mehrings und Plechanows andererseits; bei Lukacs, dessen »außerordentliche Begabung« D. rühmt, »den philosophischen und sozialen Einblick in das Wesen der Geschichte und der Dichtung zu neuen Entdeckungen im dichterischen Text zu nutzen« (S. 285), meint er »die goldenen Lettern des deutschen philosophischen Idealismus immer wieder unauslöschlich hervorleuchten« zu sehen.

*

Zu einem besseren Verständnis des Sowjetmarxismus, d. h. der Ideologie, zu der die Marxsche Theorie in der Sowjetunion geworden ist, trägt eine kritische Analyse

11) Es sei hier nur auf die Arbeiten von Th. W. Adorno und L. Löwenthal verwiesen; beider Namen fehlen im umfangreichen Literaturverzeichnis.

Herbert Marcuses¹²⁾ bei. Sie geht von der Marxschen Lehre vom Übergang zum Sozialismus aus und zeigt, daß die Veränderungen, die diese unter Lenin und Stalin bis zur Gegenwart erfahren hat, jeweils die Realität der sowjetischen Entwicklung selbst spiegeln. So beschämend armselig sie schließlich wurde (und zugleich zu dem handlichen Stereotyp geriet, das im Westen die genaue Kenntnis erspart), so ist das Grundverhältnis von Theorie und Wirklichkeit doch niemals aufgegeben worden, dessen Dialektik Marx herausarbeitete; es wirkt sich ebenso in den theoretischen Unzulänglichkeiten wie im Pragmatismus der sowjetischen Ethik aus. Denn zur Wirklichkeit gehört die Wechselwirkung sowjetischer und westlicher Entwicklung, sie ist nicht statisch, ökonomisch so wenig wie politisch; die repressiven Elemente, an die das überkommene Stereotyp sich hält, können verschwinden — nicht anders wie der brutale Zwang zur Arbeitsdisziplin, der im 17. und 18. Jahrhundert rationell war, heute sich als unvernünftig erwiesen hat.

Abschließend sei kurz noch hingewiesen auf eine von Carlo Schmid angeregte, erweiterte Dissertation von Manfred Friedrich¹³⁾ und die, 1938 englisch herausgebrachte, nunmehr auch in deutscher Sprache vorliegende Marx-Biographie von Sir Isaiah Berlin¹⁴⁾. Recht genau zeichnet F. die Entwicklung des Marxschen Denkens nach, wie sie in den Frühschriften, von der Dissertation bis zur »Heiligen Familie« und der »Deutschen Ideologie« sich darstellt. Soweit sagt

12) Herbert Marcuse, *Soviet Marxism*. 271 S., Columbia University Press, New York 1958, und Routledge & Kegan Paul, London 1959. Eine deutsche Übersetzung wird vom Luchterhand-Verlag, Neuwied, vorbereitet; die ausführliche Besprechung folgt.

13) Manfred Friedrich, *Philosophie und Ökonomie beim jungen Marx*, = Frankfurter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 8, 202 S., Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1960.

14) Isaiah Berlin, *Karl Marx, sein Leben und sein Werk*. 310 S., R. Piper Verlag, München 1959.

diese Arbeit kaum Neues, faßt vielmehr größtenteils, in oft glänzender Formulierung und keineswegs unkritisch, nur zusammen, was seit Bekanntwerden der »Pariser Manuskripte« zum neuen Marxverständnis bereits beigetragen wurde. Dabei hält F. sich eng an die Texte selber, bemüht, »die Grundstruktur des historischen Materialismus« (S. 181 ff.) zu destillieren, dem es nicht um die Feststellung einer kausalen »Dependenz der geschichtlichen Erscheinungen, sondern ihrer dialektischen Interdependenz, ihrer Vermittlung in der ‚konkreten Totalität‘« geht, die durch den ökonomischen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft bestimmt ist. Das Bewußtsein gilt Marx, wie der Verf. zu recht betont, als »Lebensäußerung des wirklichen Menschen, als Form von dessen realer Aktivität; es begreift als seine Voraussetzungen die realen Umstände, unter denen der jeweilige Mensch erkennend-tätig wirkt« (S. 192). Nach der verständigen Darstellung überrascht es, auf den allerletzten Seiten dann doch die gängigen Bedenken wiederholt zu finden: daß Marx »sein Gedankengebäude auf einem radikal metaphysischen Grundaxiom errichtet« habe usw., und so nimmt es denn kein Wunder, daß der Verf. sich zu der nun wirklich metaphysischen Ansicht Hannah Arendts bekennt: »wo der Sinn des Menschen ausschließlich in die Geschichte verlegt wird und nur noch der geschichtliche Prozeß selbst als die ‚Wahrheit‘ gilt, ist der Weg zu einem totalen Herrschaftswissen ... nicht weit« (S. 198). Außerhalb der unabgeschlossenen Geschichte vermag der historische Materialist allerdings keinen »Sinn«, keine geschichtliche Wahrheit zu erkennen, und die Überlegung, wie die Menschen ihr von Natur und Geschichte gleichermaßen abhängiges Leben besser meistern könnten, hat mit der unmenschlichen Metaphysik totalen Herrschaftswissens, das einmal der Stolz des Bürgertums war, nichts zu schaffen.

Daß »das Gesetz vom Fortschritt in Form von dialektischer Polarität ... ein metaphysischer Glauben (sei), der durch eine besondere, nicht empirische, historische Intuition als wahr erkannt wird«, würde nach Sir Isaiah Berlins Ansicht Marx nicht abstreiten. So holprig-naiv ist seine Marx-Biographie sonst nicht geschrieben. Über ihr liegt noch nicht der Schatten des Kalten Krieges; sie unterrichtet, sie berichtet unpräzise, doch in genauer Sachkenntnis der Schwächen und der Größe dieses Revolutionärs, dessen Werk noch allerorten studiert wird. Sie informiert über den geistigen Hintergrund: das rheinisch-liberale Elternhaus, Hegels Philosophie und die Junghegelianer, die zeitgenössischen sozialistischen Richtungen, über das Londoner Exil und über die Internationale — eine recht brauchbare Einführung in das Leben von Marx. Auf seine wissenschaftlichen Arbeiten, die Auseinandersetzungen mit Gegnern und Freunden wird eingegangen. Daß das Buch jetzt in einer deutschen Ausgabe¹⁵⁾, zu der Iring Fetscher eine Bibliographie beisteuerte, herausgebracht wurde, ist zu begrüßen. — Die Erfahrung mit dem Dritten Reich hat den Verf. zu einer bemerkenswerten Einsicht kommen lassen, der nachzudenken gerade in Deutschland heute sich lohnte: »Marx und Engels waren in ihrer Haltung den Massen gegenüber im Grunde solide deutsche Demokraten und wandten sich instinktiv gegen die Keime eines romantischen Faschismus, die für uns heute ganz klar in Lassalles Überzeugungen, Handlungen und Reden zu erkennen sind ...« (S. 225). Bekanntlich errang im Konflikt zwischen den Anhängern von Marx und den Lassalleanern »Marx einen formalen Sieg, der die Reinheit seiner eignen Lehre und politischen Methode rettete, seltsamerweise aber

15) Was auf S. 141 die »Strandhasser« heißen mag, »deren Gesamtheit Hegel die bürgerliche Gesellschaft nennt«, ist mir ein Rätsel.

nicht für Deutschland« (S. 227), — ein bestürzender Gedanke, der, wenn er wahr wäre, der Geschichte der deutschen So-

zialdemokratie einen ungewohnten Aspekt gäbe.

Ungarn nach dem Volksaufstand von 1956

Andreas Hillgruber (Darmstadt)

Ursachen, Ausbruch, Verlauf und Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn im Oktober/November 1956 sind in einer solchen Fülle von Darstellungen und zeitgeschichtlichen Dokumentationen verschiedensten Ranges und in sehr unterschiedlicher Absicht in der internationalen Publizistik behandelt worden¹⁾, daß über das Geschehen im großen und ganzen so weitgehend Klarheit besteht, wie es angesichts der besonderen »Quellenlage« überhaupt möglich ist. Dazu haben nicht zuletzt die Ergebnisse des »Untersuchungsberichtes des Sonderausschusses der Vereinten Nationen«²⁾ beigetragen. Dagegen ist über das lautlosere Geschehen in Ungarn seither nur wenig in der Öffentlichkeit bekannt geworden, zumal auch Ungarn längst wieder dem Brennpunkt des allgemeinen Interesses entzückt ist.

Um so dankbarer greift der über das unmittelbar »Aktuelle« hinaus interessierte zeitgeschichtliche Beobachter zu einer Untersuchung von Paul Darnoy³⁾, die über die Vorgänge in Ungarn von Ende 1956 bis 1958 sachlich orientiert, die einzelnen Aspekte des Geschehens nüchtern registriert und behutsam analysiert und im ganzen einen willkommenen Überblick bietet. Die kleine Arbeit ist thematisch aufgebaut, geht also systematisch vor, nur in den Einzelkapiteln chrono-

logisch. Sie beschränkt sich bewußt auf einen Ausschnitt aus dem Gesamtkomplex, auf den Zusammenbruch der Institutionen des Rakosi-Regimes und die Probleme, die der Wiederaufbau und die Konsolidierung des staatlich-politischen und wirtschaftlichen Systems der »Volksdemokratie« nach der Niederschlagung des Volksaufstandes aufwarfen. Alle im weitesten Sinne kulturpolitischen Probleme blieben außerhalb der Betrachtung. Sie sollen in einem geplanten zweiten Band behandelt werden.

Dementsprechend folgen auf ein einführendes Kapitel »Einparteiherrschaft oder Mehrparteiensystem?«, das die verschiedenen Möglichkeiten einer Regierungsbildung im November 1956 kritisch untersucht, Abschnitte über den »Staatsapparat und die Verwaltungsreform«, »Die Arbeiter und ihre Organisation« (darin besonders die Rolle der Arbeiterräte), »Die Massenorganisationen«, »Die Justiz«, »Polizei, Arbeitermiliz, Streitkräfte«, »Die Agrarpolitik und die Bauern« und »Ungarn im Comecon-Wirtschaftssystem«. Die Arbeit stützt sich fast ausschließlich auf die Auswertung der ungarischen Presse. Die Quellen werden, leider nicht durchgehend und erschöpfend, an den wichtigsten Stellen angeführt.

Aus dieser Untersuchung wird im einzelnen deutlich, wie stark in der ersten Zeit nach dem Volksaufstand die direkte Befehlsgebung durch die sowjetische Besatzungsmacht war — schon weil kein ungarischer Apparat mehr zur Verfügung

1) Vgl. NPL III/1958, Sp. 559 ff.

2) aaO., Sp. 559 ff.

3) Paul Darnoy, Ungarn nach dem Volksaufstand, = Schriften des Forschungsinstitutes Osteuropa, hrsg. von Gerhart v. Mende, Bd. 1, 196 S., Verlag Klevenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1960.

stand. Der sowjetische politische Kurs in Ungarn lief darauf hinaus, die kleine Gruppe in der Mitte der Führungsspitze der ungarischen Kommunisten um Kadar (die sog. »Zentristen«) ausschließlich zu stützen und es ihr zu ermöglichen, die »Volksdemokratie« neu aufzurichten, wobei sowohl die Stalinisten der Rakosi-Gruppe als auch die Anhänger Imre Nagys in der Führungsspitze ausgeschaltet blieben. Dieser Versuch, sich innerhalb des ohnehin kleinen kommunistischen Parteikaders auf die kleinste Gruppe zu stützen, führte zu der »Schein-Ein-Mann-Diktatur« Kadars in der Zeit bis Frühjahr 1957; im Hintergrund aber befanden sich die »Befehlsempfänger«, die ihre Anweisungen unmittelbar von den Sowjets bekamen, und nur diese Anweisungen hatten Gültigkeit« (S. 20).

*

Die allmähliche Konsolidierung der Macht des innerhalb der kommunistischen Partei allmählich etwas gefestigten Kadar-Regimes ließ sich an den stufenweise gestiegenen Absagen Kadars an die revolutionären Vorgänge von 1956 erkennen, die er selbst am 2. 11. 1956 noch als »echte Volkserhebung« bezeichnet und auch in der Folgezeit noch keineswegs pauschal verdammt hatte. Parallel dazu steigerten sich die Angriffe auf den Ministerpräsidenten in der Zeit des Volksaufstandes, Imre Nagy, dessen populäre Gestalt das Kadar-Regime anfangs auch noch geschont hatte. Am 17. Juni 1958 schien den Sowjets die Situation in Ungarn soweit gefestigt, daß sie einen Schlußstrich unter das Geschehen von 1956 ziehen zu können glaubten, den sie zugleich als Warnung und als Demonstration gegenüber dem stets lebendigen Revisionismus in den Satellitenstaaten benutzten. Ein Communiqué des ungarischen Justizministeriums gab die Verurteilung und Hinrichtung von Imre Nagy, seiner engsten Mitarbeiter sowie weiterer Männer des Volksaufstandes

bekannt. An dem Prozeß, von dessen Ablauf die empörte Weltöffentlichkeit damit erstmals etwas erfuhr, war sehr vieles merkwürdig, selbst wenn man die Maßstäbe der sowjetischen Prozesse verschiedener Formen anlegt. Da auch durch die später veröffentlichten fünf Bände des »Weißbuches« der ungarischen Regierung und die Äußerungen führender Funktionäre keine hinreichende Klarheit entstand, erweckten die Hintergründe des Geschehens das Interesse westlicher Forscher. Darüber hinaus schien es trotz aller Gewöhnung an kommunistische Lügen und Verdrehungen notwendig, in diesem besonderen Fall — gewissermaßen exemplarisch — Prozeßbehauptungen und Tatsachen einander gegenüberzustellen. Beides macht sich ein Band zur Aufgabe, den ein Autorenkomitee unter Leitung des in Paris lebenden ungarischen Historikers Ferenc Fejtő herausgab und der ein besonderes Gewicht durch das Vorwort von Albert Camus erhielt ⁴⁾.

Die Verf. sahen es als ihre Aufgabe an, die historischen Tatsachen sowie die »positiven Urteile, die über Imre Nagy und seine Freunde vor dem Prozeß geäußert wurden, mit der späteren offiziellen Version über die Tätigkeit der Angeklagten« zu konfrontieren. Ihr Ziel war es, »authentisch (zu) rekonstruieren, was Imre Nagy und seine Freunde wirklich getan haben« (S. 12). Im ersten Teil des Bandes werden die Ereignisse von der Verhaftung Nagys nach Verlassen der jugoslawischen Botschaft in Budapest im November 1956 bis zum Urteil zusammengestellt, wobei die Äußerungen Kadars u. a. ausführlich wiedergegeben werden. Im zweiten Teil wird die Anklage Stück für Stück analysiert und kritisch überprüft: ein bisweilen etwas ermüdendes Verfahren, da Wiederholungen unver-

4) Der Fall Imre Nagy. Eine Dokumentation, mit einem Vorwort von Albert Camus. 224 S., Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1958.

meidlich sind, wofür sich indessen die Autoren entschuldigen. Sie legten aber Wert darauf, keine sachlich noch so vertretbare Lücke offen zu lassen, um gegen jeglichen Einwand von kommunistischer Seite gewappnet zu sein. Im dritten Teil schließlich wird eine Auswahl aus den Kommentaren zum Nagy-Prozeß aus aller Welt geboten.

Das Ergebnis der Untersuchung ist kurz zusammengefaßt folgendes: die »Gruppe Nagy« war ein Kreis von Kommunisten, der von den Reformideen Imre Nagys inspiriert wurde und der in ihm ihren »Führer« sah. Es handelte sich um eine Oppositionsgruppe innerhalb der kommunistischen Partei, die eine »demokratischere und volkstümlichere Form des Sozialismus«, eine eigene ungarische »Variante« erstrebte. Diese Gruppe war, als aus einer Straßenkundgebung »von jungen Leuten« sich am 23. 10. 1956 ein bewaffneter Aufstand entwickelte, von der Wucht und dem Wiederhall des Vorgangs überrascht und in sich uneins, wie man sich verhalten solle. Nagy selbst nahm sogar gegen den Aufstand Stellung, während einige seiner Freunde sich gegen die Parteileitung wandten. Einig war man sich nur in dem Bemühen, das Blutvergießen zu beenden, was schließlich vom Erfolg gekrönt wurde. Erst als die bisherige »Volksdemokratie« im weiteren Verlauf der Revolution völlig zusammenbrach und ein neuer Anfang gesucht werden mußte, überschritt Nagy den »Rubikon«, wandelte er sich vom »Nationalkommunisten« zum Verkünder einer wirklichen Demokratisierung auf freiheitlich-parlamentarischer Basis, erlebte er sein »Damaskus«, wie es F. in seinem instruktiven Nachwort ausdrückt, beschwor er damit aber auch das — von ihrem Standpunkt aus unumgänglich notwendige — Eingreifen der Sowjets herauf, da Nagy die Zukunft aller kommunistischen Regierungen in Frage stellte. »Sie

fühlten die tödliche Bedrohung durch eine zukunfts Schwangere Idee: die Idee einer postkommunistischen, antitotalitären Revolution (oder Evolution) der von ihnen beherrschten Völker« (S. 221). Indem sie Nagy töteten, wollten sie vor allem diese Idee töten. Die kommunistische Behauptung, daß er nicht wegen seiner revisionistischen Ideen verurteilt und hingerichtet wurde, sondern wegen »Verschwörung« und »Verrat«, wird hinsichtlich des ersten Vorwurfs durch den vorliegenden Band völlig *ad absurdum* geführt, hinsichtlich des zweiten auf den ausschließlich ideologischen Kern zurückgeführt. Die Absage an den totalitären Kommunismus mußte den Sowjets von ihrer Ideologie und Mentalität aus als »Verrat« erscheinen, ja war nur so überhaupt für sie erklärbar, so wenig davon selbstverständlich im üblichen Sinne des Wortes die Rede sein kann.

■

Daß trotz aller Wandlungen in den Tagen der Revolution die Wendung Nagys nicht völlig überraschend kam, zumindest was seine außenpolitische Konzeption betrifft, beweist sein im Sommer 1956 verfaßter ausführlicher Rechenschaftsbericht über seine erste Ministerpräsidentschaft (Juni 1953 bis April 1955) und seine Grundauffassung zu den entscheidenden ideologischen und politischen Fragen des ungarischen Kommunismus⁵⁾. Der Bericht wurde in das westliche Ausland geschmuggelt und ist in deutscher Sprache unter einem falsche Vorstellungen erweckenden Titel erschienen⁶⁾. Von einem »Testament« kann schon deshalb keine Rede sein, weil sich die Grundvorstellungen Nagys gerade in den Revolutionstagen im Herbst

5) Imre Nagy. Politisches Testament, mit einem Vorwort von Hugh Seton-Watson. 376 S., Kindler Verlag, München 1959.

6) Titel des ungarischen Originalmanuskripts: A Magyar Nép Védelmében; Titel der amerikanischen Originalausgabe: On Communism, Frederick A. Praeger, New York.

1956 entscheidend wandelten und zudem der zweckgerichtete Charakter der Schrift offen zutage liegt, so daß keineswegs letzte Überzeugungen des Verf. daraus abgeleitet werden können. Stellt man all dies in Rechnung, dann ist doch überraschend, wie nahe Nagy namentlich mit seiner außenpolitischen Konzeption schon an den »Rubikon« herangekommen war — zu einer Zeit, als es ihm ausschließlich darum zu tun war, von der kommunistischen Parteiführung rehabilitiert zu werden, und eine Rückkehr in eine aussichtsreiche Position, von der aus eine Verwirklichung dieser Ziele angestrebt werden konnte, außerhalb seiner Vorstellungen liegen mußte. Die Einführung des britischen Sowjet-Spezialisten Hugh Seton-Watson, die den langen und streckenweise durch das »Parteichinesisch« und die Zitiertucht des geschulten Altkommunisten sehr ermüdend wirkenden Text interpretiert und das Wesentliche davon gut heraushebt, weist nachdrücklich auf diese Seite des Berichts hin. Daneben tritt die Diskussion über die Industrialisierung Ungarns, die Landwirtschaft (hier ist Nagy Fachmann) und den Polizeiterror des Rakosi-Regimes zurück, zumal überall die Grenzen der kommunistisch zulässigen Kritik gewahrt bleiben, so daß beispielsweise der Terror des Rakosi-Regimes nur hinsichtlich des Übergreifens auf die Kommunisten selbst gebrandmarkt wird, während von den sonstigen zahlreichen Opfern des Regimes keine Rede ist. Demgegenüber enthält der außenpolitische Teil den »Keim zur Politik, die er während der Volkserhebung im Oktober 1956 in die Tat umzusetzen versuchte — die Politik der Neutralität nach dem Vorbild Österreichs« (S. 25). »Ungarn muß vermeiden, daß es zum aktiven Teilnehmer an einem Zusammenstoß von Machtblöcken wird... Es ist ein souveränes Recht des ungarischen Volkes, zu bestimmen, welche Form des internationa-

len Status Ungarns am günstigsten für die Gewährleistung seiner nationalen Unabhängigkeit, seiner Souveränität, seiner Gleichberechtigung und seiner friedlichen Entwicklung ist«, heißt es in dem Bericht selbst (S. 92 f.). Auch wenn diese Sätze in einen ganzen Schwall ideologisch einwandfreier oder zumindest diskutabler Thesen »eingepackt« sind, bleibt erstaunlich, daß man bei dem Rehabilitierungsverfahren Nagys, das kurz vor der Revolution zu seiner Wiederaufnahme in die Partei führte, hierüber hinweg sah.

Bemerkenswert ist die Beurteilung, die Seton-Watson beim Vergleich zwischen den Vorgängen in Polen und Ungarn im Jahre 1956 den führenden Männern beider Länder zukommen läßt. Ihm scheint der Schlüssel zum Verständnis nicht so sehr in den unterschiedlichen Charakteren, Temperamenten und dem Format von Gomulka und Nagy zu liegen, die bei den meisten Darstellungen im Mittelpunkt der Analysen stehen, sondern in dem unterschiedlichen Verhalten der Parteisekretäre Ochab und Gerö. Demnach verdankte Polen seine Chance dem »Patriotismus« Ochabs, der Gomulkas Rückkehr zur Macht in die Wege leitete und damit das Auffangen der revolutionären Strömungen im Lande auf der Stufe des »Nationalkommunismus« ermöglichte; Ungarns Chance wurde hingegen durch den »panikgestärkten Fanatismus« Gerös zunichte gemacht, der die Sowjets zum Eingreifen aufforderte und damit nur erreichte, daß die revolutionären Wogen über die für die Sowjetunion unumstößlich festliegenden Grenzen fluteten und somit die blutige Niederwerfung des Aufstandes unvermeidbar wurde. Mag auch diese These, isoliert betrachtet, nicht ausreichen, um den verschiedenartigen Verlauf in beiden Ländern zu erklären, so wird damit doch die Grenze der Bedeutung des »rechtschaffenen und ehrlichen Mannes« Imre Nagy, eines »wahren Pa-

trioten«, für den ungarischen Volksaufstand deutlich, die in manchen früheren

Darstellungen allzu sehr mythisch überhöht worden war.

„Deutschlands Weg in die Diktatur“

Probleme und Möglichkeiten zeitgeschichtlicher Tondokumente

Hermann Giesecke (Steinkimmen b. Delmenhorst)

Der Erzieher ist geneigt, auf jede neue politische »Dokumentation« mit gewissem Mißtrauen zu reagieren. Das öffentliche Ansehen des Wortes »Dokument« steht in einem zu mangelhaften Verhältnis zur Sache selbst, der kommerzielle Erfolg jedes »Dokumentar«-Berichtes in zu großem Widerspruch zum allgemeinen politischen Bewußtsein. Die Flut des Dokumentierens treibt, so muß man befürchten, die Ernsthaftigkeit aus dem Betrachter heraus und siedelt sie statt dessen im Dargestellten an. Auf diese Weise begibt er sich der Verpflichtung, zur Sache in ein aktives, fragendes Verhältnis zu treten. Verfügt er nicht über Erfahrung im Umgang mit dem Dokument und begreift somit seinen Sinn nicht, dann setzt er allzuleicht »dokumentarisch« gleich mit »richtig«, »wahr«, »fraglos«, »erkannt«. Kritik erscheint unsinnig gegenüber dem, was doch seinem ganzen Anschein nach stimmig sein muß. Das Tondokument scheint Wahrheit zu garantieren und Irrtum auszuschließen. Der Aberglaube jedoch an die Erkenntnis stiftende Wirkung des Originalen, des durch menschlichen Geist nicht Verfälschten wird auch dort nicht geändert, wo in sachkundiger, verantwortlicher Weise mit ihm verfahren wird. Ein Mangel in der Bewußtseinsstruktur des Einzelnen kann nicht vom Objekt her korrigiert werden.

Das wissenschaftlich und publizistisch verantwortungsvolle Dokumentieren hat andererseits eine Chance, die gerade in

diesem Aberglauben begründet liegt. Es kann auf diesem Wege falsche Informationen durch richtige, möglicherweise ein bedenklches politisches Vorurteil durch ein humaneres ersetzen, ein schlechteres »Geschichtsbild« durch ein besseres auswechseln. Dies wäre, sollte es massenwirksam sein, sehr viel; aber mit dem, worauf es in der politischen Bildung letztlich ankommt: mit einem aktiven Zugriff auf Geschichte, mit einer Unterscheidung des durch ihren Gang unwiderruflich Erledigten und dem nur Vertagten hat auch dies noch nicht sehr viel zu tun. Ein solches Vermögen hätte eine geistige Disposition zur Voraussetzung, die nur in wenigen Fällen anzunehmen ist.

Ob das politische Bewußtsein unseres Volkes reifer geworden ist durch die Fülle des akustischen und optischen Dokumentierens, darf füglich bezweifelt werden. Wer sich des Mittels der Mode bedienen muß, verfällt auch deren Gesetzen. Nach meiner Erfahrung macht sich eine Übersättigung breit, die keineswegs aus erhöhter Erkenntnis resultiert. Man möchte »etwas anderes« hören, (wobei übrigens ein an sich gesundes politisches Mißtrauen eine nicht unerhebliche Rolle spielt). Es gereicht allgemein der deutschen Publizistik zum Ruhme, daß sie es war, die gut oder schlecht die jüngste Geschichte in die öffentliche Diskussion brachte. In ihren Bedingungen liegt aber beschlossen, daß sie dabei nicht unmittelbar erzieherisch verfahren kann. Spricht

sie nicht ein wenigstens minimal vorgebildetes Bewußtsein an, oder kann sie sich nicht darauf verlassen, daß die Pädagogen ihre Impulse aufgreifen, verkehren sich ihre noch so guten Absichten ins Gegenteil. Sie kann nicht gestalten, wessen sie zu ihrer Voraussetzung bedarf und was beim Heranwachsenden ausschließlich in einem unmittelbaren dialogischen Verhältnis herausgebildet werden kann.

Eine Fehleinschätzung, die im Zusammenhang mit den bisherigen Dokumentationen immer wieder aufgetaucht ist, besteht in der Vermutung, daß die Reden der Nazigrößen dem jugendlichen Hörer sich von selbst entlarven. Eine solche Selbstentlarvung dürfte nur denen deutlich werden, die diese Zeit mit Bewußtsein erlebt haben. Ihnen gibt das Wiederhören der einst geliebten oder gehaßten Stimmen vielleicht auch die innere Bereitschaft, auf den neuen Zusammenhang und die Interpretation zu horchen, die die Schallplatte ausstrahlt. Allein der Gedanke jedoch, daß Liebe und Haß einmal im engen Zusammenhang mit Politik gestanden haben, ist für die jüngere, im Wohlstand aufgewachsene Generation schon unvollziehbar. Ohne Erfahrung im Umgang mit totalitären Gesellschaften, unfähig, sich mittels gedanklicher Abstraktion in diese Zeit versetzen zu können, muß sie die jüngste Vergangenheit als einen Riesenspektakel ansehen, das ihr eher über die »Dummheit« der Elterngeneration Auskunft gibt als über Konflikte, die sie selbst noch bedrohen könnten.

Die historische »Richtigkeit« einer Tondokumentation, über die bei den einzelnen Werken gelegentlich gestritten wurde, scheint mir das geringste Problem zu sein, wenn die Verantwortung sich in den Händen qualifizierter Fachleute befindet. Auch die Historikerfrage nach »wesentlichen« und »nebensächlichen« Quellen ist hier zunächst irrelevant, weil eine an sich

nebensächliche Quelle durch ihre Stellung im Ganzen wichtig gemacht werden kann; unter rein historischen Gesichtspunkten gibt es eine ganze Reihe zulässiger Möglichkeiten mit denselben oder anderen Unterlagen. Die entscheidende Frage ist vielmehr die nach der Wirkung einer solchen Dokumentation auf den Zuhörer. Unter diesem Gesichtspunkt wird man unter den sachlich richtigen Möglichkeiten eine engere Auswahl treffen müssen. Sie muß sich einstellen auf das, was als »allgemeine Meinung« oder als verbreitetes Vorurteil bekannt ist. Sie muß sich »engagieren«. Eine Tondokumentation »sine ira et studio« ist nicht möglich, was nicht bedeuten kann, daß sie die Sache auf das angenommene Bewußtsein hin verfälscht, wohl aber, daß sie sich hinsichtlich der Akzente und der Auswahl nach ihr richtet.

Nach dem bisher Gesagten ist der pädagogische Ort der politischen Dokumentation das »Unterrichtsmittel«. In dieser Funktion allerdings leistet sie Beachtliches: Die akustischen Dokumente machen Geschichte in einer maximal möglichen Weise lebendig. Kommentar und Dokumentation zusammen leisten die Aufgabe eines einführenden Referates, wie es anschaulicher und geraffter vom Erzieher nicht gehalten werden könnte. Dieser kann sich von vornherein auf die Interpretation des Gehörten konzentrieren, kann mit dem geweckten Interesse der Zuhörer rechnen und ist dabei nicht im geringsten an die Vorlage gebunden. Es steht ihm frei, die Schwerpunkte herauszugreifen, die ihm angesichts des Zuhörerkreises oder in der Kontinuität seiner Arbeit wichtig erscheinen. Und auch der, dem mangels eigener Zuständigkeit die Behandlung zeitgeschichtlicher Fragen schwierig erscheint, obwohl sie von ihm erwartet wird, kann mit dem Abspielen der Platten ein erstes Bedürfnis verantwortungsvoll befriedigen.

*

Diese allgemeinen Vorbemerkungen, die zu den historisch-fachlichen Überlegungen an dieser Stelle wenigstens skizzenhaft eine politisch-pädagogische Ergänzung bringen wollen, sind bereits positiver Bestandteil der Kritik eines neuen Dokumentenschallplatten-Werkes, das offensichtlich am meisten von allen bisher vorliegenden Produktionen dieser Art ¹⁾ solche Überlegungen mit einbezogen hat. Mit diesem Werk stellt der Herausgeber Horst Siebecke ²⁾ von 1914 bis 1939 den zeitlichen Anschluß an sein Dokumentarwerk »Deutschland im Zweiten Weltkrieg« her. Die im Mitarbeiterteam verkörperte Allianz von Journalismus und historischer Wissenschaft (Siebecke als Funk- und Fernsehjournalist, F. A. Krummacher, W. Besson und K. O. Frhr. v. Aretin als Historiker) hat sich für das Unternehmen als ungemein fruchtbar erwiesen. Die Bedingungen der Schallplattenproduktion begrenzten von vornherein das Ausmaß und zwangen so die Historiker, ihre Aussagen auf Wesentliches zu beschränken, ohne ungebührlich zu simplifizieren. Daß letzteres vermieden wurde, ist ein Verdienst des musterhaften Kommentars. Obwohl er wegen der geringen Zahl der Quellen auf der ersten Platte oft länger sein muß als dem Journalisten angenehm, ist er nie langweilig. Er differenziert, ohne zu intellektualisieren und ist frei von jeder aufdringlichen Belehrung.

»Seit Jahrzehnten liegt in Europa Krieg in der Luft. Es ist die schwüle, vom Säbelrasseln der Monarchen und Staatsmänner erfüllte Luft über einem Kontinent, dessen Völker im Wohlstand leben, dennoch einander mißtrauen und gegeneinander rüsten. In der überhitzten Atmosphäre

nationalistischer Eitelkeit und imperialistischer Eifersucht fallen die Schüsse von Sarajewo, die Europa und die Welt in Flammen aufgehen lassen«. So beginnt der Kommentar von Krummacher über die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, die selbst nicht mehr Gegenstand dieses Werkes sein konnte. In den Ohren der Fachhistoriker mag das pathetisch klingen, vielleicht sogar nicht ganz zutreffend (»Wohlstand«). Aber die Mentalität der Völker am Vorabend des Krieges war nicht die von Historikern. Würde der Kommentar sich auf rein sachliche Erklärungen und Ergänzungen beschränken, träte er in Widerspruch zur Unmittelbarkeit der Tondokumente und würde diese neutralisieren. Diese Forderung zu stellen, hieße die Regeln der schriftlichen Edition einfach zu übertragen. Die Harmonie und die Geschlossenheit des Plattenwerkes besteht gerade darin, daß der Kommentar in seinem Stil so unmittelbar zu sein bestrebt ist wie die Dokumente selbst. Hat man sich aber einmal für dieses Konzept entschieden, dann ist kein Raum mehr für distanzierende historische Reflexionen, wie sie der Historiker vielleicht wünschen möchte. Sie müssen vielmehr dem Zuhörer und seinen Gesprächen überlassen bleiben. Gelegentlich sind charakteristische Musikstücke in den Text eingebettet und unterstreichen die emotionale Bedeutung der Dokumente. Angaben über Ort und Zeit sind in den schriftlichen Anhang verwiesen, wenn ihre Aufnahme in den Text den Fluß des Ganzen gestört hätte.

Es ist ein risikohaftes Unterfangen, eine Dokumentarplatte vom Beginn des Ersten Weltkrieges an herauszugeben, denn das aus dieser Zeit überlieferte Tonmaterial ist sehr beschränkt, dazu bruchstückhaft und außerdem meist zufällig. Alle überhaupt erhalten gebliebenen Tondokumente über diesen Zeitraum, die teilweise um die Mitte der zwanziger Jahre nach-

1) Vgl. die Beiträge von Erwin Viefhaus in NPL, V/1960, Sp. 875 ff. und VI/1961, Sp. 289 ff.

2) Deutschlands Weg in die Diktatur, Originalaufnahmen aus den Jahren von 1914 bis 1939, ausgewählt u. kommentiert v. F. A. Krummacher, Waldemar Besson u. Karl Otmar Frhr. v. Aretin, hrsg. v. Horst Siebecke. Drei 30-cm-Schallplatten in Kasette, Ariola-Athena, Gütersloh o. J. [1961].

gesprochen wurden, sind ausgewertet worden. Mit Recht verzichtete man grundsätzlich darauf, die Lücken durch schriftliche Dokumente zu füllen. Bei der Darstellung überwiegt bei allen drei Platten der systematische Akzent vor dem chronologischen. Die wichtigsten Ereignisse bleiben dabei deutlich genug. Entsprach es früher der Tendenz der Geschichtsschreibung und auch des Geschichtsunterrichts, der »hohen Politik« die fast ausschließliche Aufmerksamkeit zuzuwenden, — objektiv ein Mittel zur Distanzierung der Bevölkerung von der Politik —, so wendet sich unsere Dokumentation auch nachdrücklich der anderen Seite zu: den Interessen, Hoffnungen und Verirrungen der Vielen. Sie machen gleichsam den Kommentator zwischen den Reden der Großen zu ihrem Beobachter und Sprecher. Er berichtet von der Massenpropaganda der Kriegspartei und ihrer Gegner, vom Hunger, vom Sterben und von der Totalisierung des Krieges.

Wir hören die Stimmen Wilhelms II., Hindenburgs, Bethmann-Holwegs, Tirpitz' und Scheidemanns und staunen darüber, wie sehr die Stimmen und Worte oft schon denen gleichen, die 1933 die Alleinherrschaft antreten sollten. »Und auch in dem uns aufgezwungenen furchtbaren Daseinskampf, in dem wir heute noch stehen, müssen wir den vollen Endsieg nicht minder als mit dem Schwert mit den Pflugscharen unserer Bauern und mit der Kartoffelhacke unserer Bauersfrauen erkämpfen« ... erklärt der Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses, von Schwerin-Löwitz, im Jahre 1918. Und Tirpitz meint: »Der gewaltige Kampf, den Deutschland jetzt führt, geht nicht um Deutschland allein, er geht in Wahrheit um die Freiheit des europäischen Kontinents und seiner Völker gegen die alles verschlingende Tyrannei des Anglo-Amerikanismus«. Wohltuend hebt sich die kämpferisch-nüchterne Stimme Scheide-

manns heraus, der für einen ehrenvollen Frieden inmitten des Hexenkessels eines nationalistischen Größenwahns eintritt. Dem von Krummacher gestalteten Teil von 1914 bis 1918 folgt auf derselben Platte die Zeit von 1919 bis 1933, für die Besson verantwortlich zeichnet. Hier fließen die Quellen schon reichlicher, vor allem ab 1928. Die Auswahl der Dokumente ist offensichtlich auf die Machtergreifung hin orientiert, wenngleich der Kapp-Putsch fehlt und der Versailler Vertrag nur im Kommentar kurz erwähnt wird. Dieser Verzicht liegt im Mangel an Material begründet, er rückt aber auch die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf Hitlers Aufstieg in richtigere Dimensionen. So wenig eine Plattenseite (zirka 25 Minuten) zur Herausarbeitung auch nur der wichtigsten Probleme ausreichen kann, so wichtig sind die Dokumentationen der ersten Platte für das, was mit Recht den räumlichen Schwerpunkt einnimmt: die Herrschaft des Nationalsozialismus. Das Versprechen des Titels »Deutschlands Weg in die Diktatur« wird in der Tat erst durch diese Vorbereitung auf das Jahr 1933 eingelöst. Während alle Dokumentationen, die erst mit dem Jahre 1933 einsetzen, trotz aller anderen Absichten das Vorurteil nähren müssen, der Hitlerismus sei ein »Unfall« — eine Vorstellung, die reaktionäre Gruppen vor 1933 exkulpieren könnte —, wird im vorliegenden Werk erschreckend deutlich, auf welcher breiter Basis das Senden und Empfangen hirnlöser, als »politisches Gedankengut« ausgegebener Parolen schon vorher stand und wie macht- und hilflos die Kräfte der Mitte waren. Wird uns so das Jahr 1933 verständlicher? Vielleicht allzu sehr! Vielleicht strahlt zuviel Folgerichtigkeit aus der Dokumentation heraus, vielleicht verblassen vor soviel eindrucksvoller Wirklichkeit die Möglichkeiten, die es damals auch gab. Oder gibt es keine Tonaufnahme aus jenen Jahren, aus der wir heute ein Konzept erkennen könnten,

das nicht nur moralisch, sondern auch realpolitisch eine Chance gehabt hätte? Das, was dann auf den beiden letzten, von v. Aretin gestalteten Platten zu hören ist, wird zu einem endlosen Monolog der Barbarei. Es handelt sich um das Selbstverständnis des Hitlerismus. Die Stimmen der Opposition sind uns nur insoweit erhalten, als das Regime selbst ein Interesse an ihrer Konservierung besaß, also erst im Rahmen der Volksgerichtshofprozesse nach dem 20. Juli 1944³⁾. Sonst ist nur ihr Schweigen geblieben. Zu hören ist indes jenes unglaubliche Niveau an öffentlichen Reden, an das sich das Volk gewöhnte, weil es zu einem großen Teil längst daran gewöhnt war. Aufgenommen wurden eine Reihe bisher nicht veröffentlichter Tonaufnahmen aus dem Reichsautozug mit Reden Hitlers vor dem engsten Kreis seiner Partei, wo er sich von Anfang an sehr viel offener gab. Der Kommentar bekommt nun eine neue Funktion: Er muß das Schweigen zur Sprache bringen, das keine akustischen Dokumente hinterlassen hat. Er tut das durch harte Schnitte oder durch Parallelisierung von Tatsachen, selten durch Werturteile über das Geschehen, und dadurch um so eindringlicher. So der Kommentar nach Hitlers Rede am »Tag von Potsdam«: »Barhäuptig, sich tief verbeugend, steht Hitler vor dem Feldmarschall. Der Händedruck stärkt die Illusion von der Versöhnung zweier Generationen. Neuer deutscher Geist und altes preussisches Ethos scheinen zu einer Synthese verschmolzen. Vorbei am erhobenen Marschallstab des Feldmarschalls v. Hindenburg zieht das nationale Deutschland: Reichswehr, Stahlhelm, SA, Hitlerjugend, Frontkämpferbund und Studentenverbindungen. Der ‚Völkische Beobachter‘, das

Organ der NSDAP, meldet an diesem 23. März 1933 die Errichtung der Konzentrationslager Dachau, Feldberg und Oranienburg.« — Oder zum Jahre 1938: »(Kommentar) Österreich versinkt in frenetischem Jubel, während Himmlers Gestapo in Wien die ersten 70 000 Menschen in die Konzentrationslager verschleppt. (Hitler, Dokument) Als Führer und Reichskanzler der deutschen Nation und des Reichs melde ich vor der deutschen Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.« — Und zur Errichtung des »Protektorats« 1939 heißt es: »(Kommentar) ... daß der tschechoslowakische Staatspräsident Opfer einer Erpressung werden kann. Am 15. März 1939 unterzeichnet er in Berlin — von Hitler auf tiefste gedemütigt — ein Abkommen, mit dem er ... (Goebbels, Dokument) das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des deutschen Reiches legt.« Auch hier wurde stärker systematisch als chronologisch verfahren. Das Verhältnis des Nationalsozialismus zu Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Kirche, Militär, zum ganzen Volk und zu den Nachbarvölkern wird zu einem Gemälde des Totalitarismus zusammengefügt. Wieder werden die Geschehnisse auch aus der Perspektive des »kleinen Mannes« beleuchtet. Er wird nicht angeklagt, er wird nicht entschuldigt, aber sein Verhalten wird erzählt: »Als im Juni 1933 für (die NSDAP) eine Mitgliedersperrverhängung wird, liegen mehr als eine Million Aufnahmeanträge in den Schubladen der Parteibüros.« — »(Hitler, Dokument) Als ich kam, waren in Deutschland über 6,2 Millionen Erwerbslose, und jetzt sind es 3 710 000. Es ist dies auf neun Monate eine Leistung, die sich sehen lassen kann. (Kommentar) Das deutsche Volk sieht das ... und nichts außerdem.« Das Dokumentarwerk schließt mit den Kriegsvorbereitungen gegen Polen und Hitlers Ausblick aus dem Jahre

3) Hierüber sind unlängst aufschlußreiche Tonband-Aufnahmen aufgefunden worden, die nach Inhalt und Wiedergabequalität die bereits bekannten Tonfilme übertreffen.

1937 von der »Ordensburg« Sonthofen aus: »(Die Gefallenen des Ersten Weltkrieges) sind nicht für ein halbes Deutschland, sondern für ein ganzes Deutschland gefallen, und wenn einst ihr Opfer doch vergeblich zu sein schien, dann ist in meinen Augen das nicht das letzte Kapitel der deutschen Geschichte gewesen, sondern das vorletzte. Das letzte schreiben wir!«

Kritik an diesem großen Wurf scheint mir nur in Einzelfragen möglich, wo gleichberechtigte Standpunkte eingenommen werden können. Wichtig erscheint mir vor allem, daß in dieser Tondokumentation eine journalistisch-historische Symbiose gefunden wurde, die die Tondokumentation zu einer publizistischen Aussage *sui generis* gemacht hat. Diese neue Form ist journalistisch hinsichtlich der klaren Sprache, der kritischen Tendenz, der Freude am formalen Einfall und des bewußten Verzichtes auf eine die un-

mittelbare Evidenz das Materials übersteigende Reflexion. Sie ist wissenschaftlich, insofern dieses journalistische Temperament sich gebunden weiß an Zuverlässigkeit und Korrektheit im Detail. Diese selbst gesteckten Grenzen haben die Herausgeber optimal ausgefüllt. Es wäre zu wünschen, daß in dieser Weise weitere Gebiete der politischen Bildung erschlossen würden.

Bleibe dem Hause Ariola noch zu danken, daß es in einer geschmackvoll aufgemachten Beilage den gesamten Wortlaut der Platten abgedruckt hat ⁴⁾. Sie enthält außerdem Kurzbiographien, eine Erklärung wichtiger Ereignisse und Organisationen, auf die der Text nicht näher eingeht, eine Zeittafel, sowie knappe, weiterführende Literaturhinweise.

4) Der Christophorus-Verlag Herder GmbH., Freiburg i. Br., hat 1960 gleichfalls ein Textheft zu den drei Langspielplatten »Das Dritte Reich in Dokumenten«, 1959, vorgelegt; vgl. NPL, V/1960, Sp. 897.

Zeitgeschichtliches Handwerkszeug

Conrad Oehlrich (Bonn)

Die klassische Quelle, das Dokument, bildet auch für den Zeitgeschichtler, der sich mit den noch im Fluß befindlichen Vorgängen des politischen Geschehens befaßt, die erstrebenswerte Arbeitsgrundlage. Er braucht für seine Arbeit Verbürgtheit und Vollständigkeit, um die Vorgänge zu durchschauen, zu deuten und in die größeren Zusammenhänge einzuordnen. Trotzdem hat der Zeitgeschichtler, wenn man eine solche Variante des Historikers zulassen will, nicht umhin können, zu Ersatzquellen für seine Arbeit Zuflucht zu nehmen, da seine gegenwartsgebundene Tätigkeit ihm nicht erlaubt, abzuwarten, bis die Dokumente selbst auftauchen. Er hat längst die Zeitung als Quelle benutzen müssen und aus seinen Bedenken gegen die Zuverlässigkeit die-

ser Quelle besondere Kriterien für ihre Benutzung entwickelt. Dazu kommt eine weitere Schwierigkeit. Die zunehmende Universalität sowohl des Geschehens und der Zusammenhänge als auch der Quellen erschwert sogar die Heranziehung aller einschlägigen Zeitungen. Eine Erleichterung bildet andererseits die Verbesserung der Nachrichtenvermittler, die die politischen Neuigkeiten aus der nächsten Hauptstadt und den fernsten Erdteilen fast genau so schnell heranbringen wie die aus der eigenen Zentrale, ohne daß damit erhöhte Fehlerquellen und Risiken für die Benutzung entstünden.

Wenn also die offiziellen Texte selbst, soweit es sich um schriftlich fixierte Vorgänge handelt, die erstrebenswerte Arbeitsunterlage bilden, und so wünschens-

wert es bleibt, zum mindesten über kritisch gesichtete Dokumentenausgaben zu verfügen, so sehr ist der Zeitgeschichtler auf das Aushilfsmittel Zeitung angewiesen. Zeitung heißt in diesem Zusammenhang nicht sein lokales Morgen- oder Abendblatt, sondern diejenigen Zeitungen, die für diese oder jene Nachricht die jeweils größte Zuverlässigkeit bieten, und nach Möglichkeit so viele solcher zuverlässigen Zeitungen, daß reale Vergleichsmöglichkeiten gegeben sind.

Es sind dieses Schwierigkeiten, die jeder Zeitgeschichtler und jeder, der ein Zeitungsausschnitt-Archiv benutzt oder sich für seine speziellen Anliegen ein solches anlegt, zur Genüge kennt. Aus dieser Situation heraus sind die Ansätze zu bewerten, dem zeitgeschichtlich interessierten und arbeitenden Menschen einen möglichst getreuen, zuverlässigen und vollständigen Ausschnitt von allem dem zu vermitteln, was täglich geschieht und in den verschiedensten Zeitungen seinen Niederschlag findet, ohne ihm die Kosten und Mühen zuzumuten, alle diese Zeitungen selbst zu lesen.

Die Zahl solcher Presse-Querschnitte ist notwendigerweise sehr gering, denn ihre Publikationen sind keine Bestseller und müssen mühsam und sorgfältig erarbeitet werden. Das bekannteste und am stärksten benutzte zeitgeschichtliche Hilfsmittel dieser Art ist das »Archiv der Gegenwart«¹⁾, das am 1. Juli 1931 erstmalig damit begann, die politischen Nachrichten jeden Tages gesichtet und geprüft zusammenzustellen und gedruckt seinen Abonnenten zur Verfügung zu stellen. Das dreißigjährige Jubiläum ist ein willkommener Anlaß, nicht nur eine Gratulation auszusprechen und den Herausgebern

ihre Beharrlichkeit und Energie anerkennend zu bestätigen, sondern auch einiges über die Publikation zu sagen, die vielfach noch unter ihrem alten, bequemerem Namen »Keesing-Archiv« zitiert wird. Dabei bedienen sich unkundige Zitierende einer englischen Aussprache, während kundige deutlich zwischen einer deutschen oder englischen Aussprache unterscheiden. In der Tat gibt es sogar drei »Keesings«, nämlich die von einem Holländer gegründete Urform, an die sich eine englische und die deutsche Variante irgendwie anschließen. Alle drei Ausgaben bestehen noch heute, ohne daß zwischen ihnen ein organisatorischer oder arbeitsmäßiger Zusammenhang bestünde. Alle drei Ausgaben unterscheiden sich auch deutlich voneinander. Übereinstimmend ist lediglich ihre Editionstechnik, indem jede Woche eine Folge mit den Ereignissen der betreffenden Tage erscheint und in einem Sammelordner an die vorhergehenden Folgen angefügt wird. Die Erschließung des Werks erfolgt durch vierteljährliche, halbjährliche und Ganzjahrsregister sowie durch ein System von Rückverweisungen.

Im übrigen sind, abgesehen von der Sprache, einige Unterschiede leicht erkennbar. Der holländische Keesing geriert sich vielseitig wie eine Zeitung und bringt Illustrationen. Der englische Keesing, der in stärkerem Maße Nachrichten aus dem Commonwealth berücksichtigt, bringt vielfach Ereignisfolgen zusammenfassend, während sich das deutsche Archiv strikt daran hält, die Ereignisse Tag für Tag zu verzeichnen. Dem unbefangenen Leser mag es recht einfach erscheinen, Tag für Tag aus der Zeitung oder aus einer Reihe von Zeitungen das politisch wesentliche zu exzerpieren. Wer sich indessen wie der Rez. ein Urteil erlauben darf, der weiß, welches Maß an Übersicht, Sorgfalt und Konzentration nötig ist, um im Rahmen des Möglichen ein möglichst vollständiges

1) Archiv der Gegenwart, Hrsg. von H. v. Slegler, Verlag Slegler u. Co., Bonn. Erscheint in Wochenlieferungen mit monatlichen Bezugsverweisen, Rückblicken sowie monatlich ergänztem Sachregister und vierteljährlich erneuertem Personenregister, laufend seit 1. Juli 1931.

diges, möglichst getreues und möglichst authentisches Dokumentarium darzubieten, nichts von Belang zu übersehen und auf keine Unzuverlässigkeiten hereinzufallen.

Der erwähnte »Rahmen des Möglichen« bildet die schwache Stelle einer solchen Publikation; kann sie jedenfalls bilden, wenn die Basis an Zeitungen und Agenturberichten so dünn ist, daß das aus ihnen herausgefilterte Material einigermaßen zufällig bleibt. Indessen ist bei einer sorgfältigen und umfassenden Heranziehung des reichhaltigen Materials an Zeitungen und Agenturmeldungen eine derartige Dichte des Stoffes gewährleistet, daß nicht mehr vom Material her Pannen passieren können. Es kann höchstens geschehen, daß die notwendige Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl von Druckseiten zu übermäßigen Kürzungen zwingt und daß deswegen auch im allgemeinen diplomatische Noten nicht in vollem Wortlaut, sondern höchstens in wichtigen Passagen abgedruckt werden können. Es kann auch geschehen, daß wichtige Dokumente erst so spät veröffentlicht werden, daß sie jedenfalls nicht mehr an dem Tage, mit dem sie datiert sind, abgedruckt werden können. Aber das liegt im Wesen einer solchen Publikation und bedeutet keine Kritik am Keesing oder am »Archiv der Gegenwart«. Es ist lediglich eines der Kriterien für den Zeitgeschichtler bei der Benutzung jeder Tageszeitung. Er findet dort nicht alles, was er sucht, und findet es oft nicht in der Form, die er wünscht. Gleichwohl vermittelt das »Archiv der Gegenwart« zuverlässig den wesentlichen Kern der politischen Nachrichten aus einer qualifizierten Summe von Nachrichtenorganen, und dieser Kern ist durch sorgfältige Register übersichtlich aufgeschlüsselt²⁾. Wenn also der Zeitgeschichtlicher mit ge-

wissen inneren Vorbehalten an die Benutzung einer Quelle wie des »Archivs der Gegenwart« herangeht, so liegen diese in der Sache begründet und erklären sich aus den übertriebenen Ansprüchen des Historikers. Selbst er sollte indessen dankbar für eine solche Veröffentlichung sein, die ihm sehr vieles liefert und zu weiterem den Weg weist. Die Gratulation zum dreißigjährigen Bestehen des »Archivs der Gegenwart« bildet somit eine Anerkennung, die um so ehrlicher sein kann, als es gewiß keine geringe Leistung gewesen ist, die Publikation in dieser Form und Qualität über die Jahre zu bringen und dabei bemüht zu bleiben, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Zuverlässigkeit, Beweglichkeit und Vollständigkeit eines solchen Organs zu steigern.

Wenn der kritische Zeitgeschichtler von Wünschen ausging, die nach Lage der Dinge unerfüllbar sind, so dürfte das um so mehr geschehen, als die Redaktion des »Archivs der Gegenwart« sich keineswegs in ihrer Tagesarbeit erschöpft und dabei nichts aus dem Auge verliert, was dieses Organ in irgendeiner Hinsicht etwa abrunden, verbessern oder auflockern könnte, sondern sich darüber hinaus daran gemacht hat, in doppelter Hinsicht den ihr mit dem »Archiv« aufgenötigten engen räumlichen Rahmen zu erweitern.

In einer Richtung geschieht dies durch die Klärung und Darstellung der Systeme der internationalen Organisationen und weltumspannenden Staatenverbindungen, die dem politischen Leben der Gegenwart weitgehend das Gepräge geben. Diese Publikation über die »Zusammenschlüsse und Pakte der Welt«³⁾ wird

2) Im 2. Halbjahr 1960 wurden 18 Weltblätter in 10 Sprachen und 27 Pressedienste in 15 Sprachen ausgewertet.

3) Die Zusammenschlüsse und Pakte der Welt auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, zusammengestellt von Heinrich v. Slegler unter Mitarbeit von Hans Wilhelm Haefs. 64 S., Verlag Slegler und Co., Bonn 1960. (Fünfte, nach dem Stand vom 1. November 1960 völlig neu bearbeitete und ergänzte Auflage.)

ständig neu bearbeitet und ergänzt und liegt augenblicklich in der 5. Auflage vor. Hier werden in Text und Skizzen übersichtlich und zuverlässig die Organisation der bestehenden Paktsysteme aufgezeigt, die wichtigsten Satzungsbestimmungen abgedruckt und durch Ausführungen über Entstehung und Entwicklung ergänzt. Man könnte von der notwendigen Ergänzung zum »Archiv der Gegenwart« sprechen.

In einer zweiten Richtung geschieht die Ergänzung und Abrundung der Arbeit des »Archivs der Gegenwart« durch die Erarbeitung von Dokumentenbänden zu aktuellen Fragen. Diese Bände beschränken sich keineswegs auf das im »Archiv« gebrachte Material, sondern ergänzen und vertiefen es wesentlich, überarbeiten erforderlichenfalls auch die Übersetzungen, verifizieren die Texte u. a. Es ist in diesem Rahmen unmöglich, auf die einzelnen Bände näher einzugehen. Im Zusammenhang mit der Würdigung des »Archivs der Gegenwart« anlässlich seines dreißigjährigen Bestehens erschien es indessen notwendig, auf diese bedeutsame Nebenarbeit des verdienten Herausgebers des »Archivs« und Verlagsleiters Dr. Hein-

rich von Siegler hinzuweisen. Die Titel der einzelnen Dokumentenbände, die, soweit nicht anders angegeben, unter dem Namen H. von Siegler und in seinem Verlag erschienen sind, lassen den Umfang der von dieser Seite her in Angriff genommenen Bemühungen um die Dokumentation der Zeitgeschichte eindeutig erkennen ⁴⁾.

4) Dokumentation zur Deutschlandfrage von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Genfer Außenministerkonferenz 1959, Hauptband: Chronik der Ereignisse, Annexband, Wortlaut der Pariser Verträge und anderer auf die Deutschlandfrage Bezug habender Verträge. 1140 S. Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, eine dokumentarische Diskussionsgrundlage, 4., bis zum Stand vom 1. Mai 1960 ergänzte Auflage. XXVII, 258 S. (Auch in englischer Sprache). Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959 vom 11. Mai bis 5. August 1959, 2 Bde. 764 S. Österreichs Weg zur Souveränität, Neutralität, Prosperität 1945—1959. 224 S. Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit 1943—1959. 500 S. Aufriß der polnischen Außenpolitik 1918—1945 und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. 54 S., 1960. Dokumentation der deutsch-polnischen Beziehungen 1945—1959. Zusammengestellt von Dr. D. Johannes Maass. 258 S., 1960. Die Ereignisse in Polen und Ungarn, Eine Chronik des Geschehens von der Revolte in Posen bis zur militärischen Niederwerfung des Aufstandes in Ungarn im Jahre 1956. 94 S. Vorgesehen sind: Die Sowjetunion und Österreich 1945—1955, ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen, ca. 200 S. und Dokumentation der Europäischen Integration mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses EWG—EFTA 1946—1960, ca. 500 S.

WISSENSCHAFTLICHE KRITIK DER WESTDEUTSCHEN POLITIK

Otto Heinrich v. d. Gablentz: Die versäumte Reform, Zur Kritik der westdeutschen Politik. 137 S., Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1960.

Es gibt kaum einen politischen Problemkomplex, den der Verf. in diesem Buch nicht behandelt hätte. Einen klaren, systematischen Zusammenhang zeigen etwa die Stücke: »Die Parteien«, »Die Verbände«, »Die Kirchen« und »Notwendigkeit und Grenzen der Koexistenz«, mit welch letzterem Kapitel das einzige eigent-

lich wesentliche außenpolitische Problem, das sich der Bundesrepublik heute stellt, geradezu erschöpfend angegangen ist. Andere Kapitel, wie »Idee und Interesse«, »Nationalismus und Sozialismus«, »Die Gebildeten«, lassen einen systematischen Ort auf den ersten Blick nicht erkennen, ordnen sich jedoch mit ihren Gedankengängen bruchlos in das Gesamtgefüge ein. Was als erstes ins Auge fällt und was dem Buch eine so überragende Bedeutung für die politische Selbstbesinnung weitester Kreise verleihen könnte, das ist seine klare, einfache, immer wieder in handgreiflichen und doch der differenzierten Wirklichkeit nie Gewalt antuenden The-

sen aufgipfelnde Sprache — die in der Tat viel »Mündliches« hat: man meint eher, einem Kolloquium beizuwohnen als Papierenes zu lesen.

v. d. G. verkörpert — und es ist wichtig, sich das klarzumachen — in seinem Denken eine ganz bestimmte Gruppensituation in der deutschen Geistesgeschichte unseres Jahrhunderts. Er spricht unverkennbar als ein der preußisch-deutschen bürgerlichen Bildungstradition entstammender, aber vom geistigen Aufbruch der zwanziger Jahre, wie er quer durch Wissenschaften und Berufe, von der Theologie bis zur Wirtschaft, hindurchging, entscheidend geprägter Denker, der eine bewußte Hinwendung zum »bekennenden« evangelischen Christentum einerseits und zur Offenheit der sozialistischen Bewegung gegenüber andererseits vollzogen hat. Aus diesem Zusammenklang von ursprünglicher Herkunft und geistiger Erfahrung ergibt sich eine Bereitschaft zum Verstehen nach allen Seiten hin, eine *Vorurteilslosigkeit*, wie wir sie heute bei wenigen politischen Denkern finden. v. d. G. ist nicht abzustempeln: weder als »links« noch als »rechts«, nicht als »gelb« oder »schwarz« oder »rot«.

Das Paradoxe ist nun aber, daß gerade diese Offenheit nach allen Seiten hin demjenigen, der ihre geschilderten Voraussetzungen nicht mitzuvollziehen vermag, als eine solche Offenheit gar nicht bewußt werden muß. Vielmehr wird mancher sie gerade umgekehrt als »einseitig« im Sinne seines jeweiligen Gegners empfinden. Denn die Kehrseite zu des Verf. Vorurteilslosigkeit allen politischen Positionen gegenüber ist natürlich die Tatsache, daß keine dieser Positionen unkritisch hingenommen wird, sondern daß überall ihre Schwächen und Grenzen sichtbar gemacht werden. v. d. G. versteht meisterhaft die Kunst, es mit jeder Richtung gründlich zu verderben, weil er überall ganz pietät- und respektlos etwas

auszusetzen hat. Das Paradestück für diese Kunst ist ohne Zweifel das Kapitel über die Verbände: nachdem zunächst die Gewerkschaften sich eine schonungslose Ideologiekritik gefallen lassen müssen, geht es nachher über die Unternehmer genau so scharf her.

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach der Methode der Wissenschaft von der Politik und der »Wissenschaftlichkeit« ihrer Aussagen. v. d. G. ist Professor für politische Wissenschaft. Seine Aussagen sind als wissenschaftliche Aussagen gemeint und wollen so verstanden werden. Andererseits aber wirken sie wie Meinungskundgebungen eines politischen Praktikers. Wenn man etwa die unerhört scharfen Absätze über die unternehmerische Ideologie liest, so könnte man sie kurzerhand für subjektive Expektorationen eines politischen Gegners der Unternehmerschaft deuten. Denn dort ist ja zunächst nichts von dem zu sehen, was man gemeinhin unter »Wissenschaftlichkeit« versteht: es fehlt jede »Abgeklärtheit« der Aussage, jede »Neutralität« in der Haltung, die es verschmäht, Partei zu nehmen und scharfe Ausdrücke zu gebrauchen, und was man noch als Merkmal einer »echt wissenschaftlichen« Aussage ansehen mag. Wenn man nun allerdings den *Stil*, in dem v. d. G. die Kritik am Unternehmertum bringt, näher betrachtet, so fällt sofort auf, daß sie in ihrem Ton nichts gemein hat mit der üblichen gewerkschaftlich-sozialistischen Kritik. Denn trotz aller Schärfe fehlt ihr jede Wahlreden-Primitivität, jede Anleihe aus der Mottenkiste altsozialistischer Phraseologie. Sie ist vielmehr selber »bürgerlich«. Sie bleibt auf der Ebene des Kritisierten. v. d. G. spricht niemals aus dem Ressentiment der anderen »Klassenlage« heraus, sondern er spricht immer als ein Mann, der selbst in der Tradition dessen stehen könnte, was er kritisiert.

Dieses Phänomen der »Kritik aus Ver-

ständnis« gilt für jede politisch-soziale Gruppe, die der Verf. behandelt: überall da, wo er kritisiert, teilt er potentiell selber die Verantwortung des Kritisierten für seine Sache, wie er sie sehen müßte, wenn er sachlich dächte. Es gilt also auch gegenüber Linkspositionen: auch hier redet v. d. G. nicht mit dem hämischen Unterton des militanten »Bürgers«, der »jedes ungesicherte und unfreundliche Wort der Gegenseite mit Begeisterung« aufnimmt (S. 72), sondern auch hier denkt er ganz aus einem solidarischen Verständnis der Arbeiterbewegung. Wie die Unternehmer, so will er auch die Linksgruppen besser verstehen als sie sich selbst (ein für v. d. G. ganz bezeichnendes, als Leitmotiv immer wieder auftauchendes Wort!). Auf der gleichen Linie liegt auch die Art, wie er von der Kirche als Christ spricht, der sich dem evangelischen Glauben konkret verbunden weiß, der nicht nur, wie man das bei Politikern und Soziologen nur allzu häufig beobachten kann, das Phänomen der Kirche von außen »erklären« zu können glaubt und gar nicht merkt, daß man diese Dinge nur dann verstehen kann, wenn man selbst verantwortlich und — sagen wir es ruhig — gläubig in ihnen drinsteht!

Es braucht kaum noch ausdrücklich erklärt zu werden, worin also das spezifisch »Wissenschaftliche« dieses doch so leidenschaftlichen, so »direkten« Buches zu suchen sei: es liegt einfach in der — so erstaunlich seltenen — Fähigkeit, das »Selbstverständnis« aller politischer Gruppen geradezu »liebend« zu erfassen und in der gegenseitigen Konfrontation aller dieser »Selbstverständnisse« das Gefüge der pluralistischen Welt selbst sichtbar werden zu lassen, wie das einem einseitigen, d. h. irgendwo noch »naiven« Konservativen, Sozialisten, Katholiken, Protestanten, Christen, Atheisten niemals gelingen wird. Mit dieser Umschreibung der Wissenschaftlichkeit des Verf. ist aber gleich-

zeitig der Ansatz zum Erkennen seiner spezifischen Grenze gegeben. Der hier explizierte Wissenschaftsbegriff ist nämlich sehr deutlich der einer bestimmten geistesgeschichtlich-wissenschaftsphilosophischen »Richtung«: nämlich der der »Lebensphilosophie«, für die das konkrete menschliche Leben und die aus ihm erwachsenden zwischenmenschlichen Bezüge Leitkategorien darstellen — man denke nur an einen Begriff wie »Verantwortung«. Wer die Wissenschaftshaltung der »Lebensphilosophie« nicht teilt, wird v. d. G.s Buch als unwissenschaftlich empfinden können.

Der Ref. gesteht gern, noch nicht zu wissen, wie man die lebensphilosophische Methode durch eine wissenschaftlich ebenso stichhaltige (ein Neopositivismus dürfte kaum genügen) ablösen könnte, und infolgedessen keinen Standpunkt zu haben, aus dem er v. d. G.s Wissenschaft aus den Angeln heben könnte. Trotzdem lassen sich auch immanent einige Anmerkungen machen. In dem Motto aus J. St. Mill, das v. d. G. seinem Buch voranstellt, heißt es: »Eine Regierung ist danach zu beurteilen, ... ob das Volk besser oder schlechter wird unter ihrem Einfluß... Regieren heißt zugleich einen großen Einfluß ausüben auf die geistige Haltung der Menschen...« »Lebensphilosophisch« drückt v. d. G. das so aus¹⁾:

»Es kommt an auf das richtige Bild vom Menschen, für den wir verantwortlich [!] sind, ... Wir haben zu einer Anthropologie zurückgefunden, in der wir die Würde des Menschen, ... als den Kern... alles menschlichen ... Zusammenlebens anerkennen.« Als Forderung und als Grund der Bemühung aller Rechtgesinnten ist das indiskutabel. Aber es bleibt die bange Frage, ob v. d. G. mit seiner Sicht der

1) O. H. v. d. Gablentz, Politische Gesittung, Köln und Opladen 1959, S. 22. Diese kleine Abhandlung könnte ein Kapitel des größeren Werkes sein, so eng gehört sie gedanklich mit ihm zusammen.

politischen Wirklichkeit, die man am besten wohl als »sachlich-vertrauensvoll« kennzeichnet, nicht doch an dieser Wirklichkeit ein wenig vorbeigeht.

Am deutlichsten wurde mir diese Grenze an folgenden Sätzen: »Aber dieser Gegner [die Sowjetunion] ist nüchtern und ansprechbar auf seinen eigenen langfristigen Vorteil. Das macht einen entscheidenden Unterschied im Vergleich mit Hitler.« (S. 132) Damit gibt v. d. G. selbst zu: Zumindest Hitler hätte in seine politische Theorie nicht hineingepaßt. Denn sie hängt eben ganz an der Voraussetzung, daß die entscheidenden Politiker überhaupt vernünftig handeln wollen und können, daß sie überhaupt nach einer »Staatsräson« handeln²⁾. Aber wer garantiert das? Wer garantiert es für Rußland, wer für andere Mächte, die zukünftig vielleicht einmal entscheidend werden, wie sich das jetzt für China abzuzeichnen beginnt — ja, wer garantiert es für die westliche Welt selber? Wer schützt uns vor einem Machthaber, der nicht nur nicht weise und nicht klug, sondern auch noch nicht einmal schlau ist, sondern einfach nur brutal und fanatisch, wie Hitler es war? Es wäre zu billig, diesen Einwand auf die Sowjetunion zu münzen. Darum kann es gar nicht gehen, sondern nur um den ganz allgemein menschlichen Tatbestand, daß *jedes* Volk einen solchen Politiker möglich machen kann, wie wir Deutschen, die wir uns heute mit Selbstverständlichkeit zum besseren Teil der Menschheit rechnen, ihn noch vor zwanzig Jahren möglich machten.

Aber auch abgesehen von dieser elementaren Bedrohung durch den brutal-fanatistischen Politiker (um den man v. d. G.s Dreiheit von Schlaumeier, Klugem und Weisem wohl nach »unten« verlängern

müßte) wird v. d. G.s Theorie selbst auf der relativ harmlosen Ebene des natürlich häufig auftretenden »Schlaumeiers« in der Politik anfechtbar. Denn es ist ein Unterschied, ob ich *sub specie aeternitatis* frage oder aus dem Blickwinkel meines eigenen Erfolges als Politiker. Wenn v. d. G. Bismarck sein Sozialistengesetz als einen Akt bloßer Schlaueit vorhält³⁾, so ist das aus der Sicht des einerseits nachgeborenen und andererseits vorurteilslosen Historikers natürlich richtig; aber das ist doch nicht der Maßstab, nach dem Bismarck selbst sein Handeln maß. Geschichtlich-politische Wirklichkeit wird nur das, was der Handelnde selber will und durchsetzt, nicht das, was der objektive Betrachter für richtig halten muß. Man kann den politischen Schlaumeier nicht verhindern. Andererseits: man darf nicht übersehen, daß v. d. G. ja gerade dort die politische Realität trifft, wo er — entgegen der Ideologie des »Männer machen die Geschichte« — auf Sachverhalte wie Kompromiß, »ehrliche Zusammenarbeit«⁴⁾, ja Vertrauen in der Politik hinweist! Das ist eben nicht ein professorales Vorbeireden an der Wirklichkeit, sondern damit werden bestimmte Züge politischen Lebens getroffen. Es gibt Verständigung in der Politik, so wie es sie im Geschäftsleben gibt, und es wäre somit unrealistisch, ihre Existenz zu leugnen!

Aber: so real Sachverhalte wie politischer Kompromiß und politische Kooperation »zum gemeinsamen Nutzen«⁵⁾ auch sind — sie sind *nicht zwingend* in dem Sinne, daß es ohne sie nicht ginge, und daß daher jeder Politiker von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, der diese Dinge nicht beachte. Darin liegt eben der entscheidende Unterschied zum Geschäftsleben. Denn es ist völlig richtig, daß Geschäfte nur unter Berücksichtigung der

2) Freilich spricht v. d. G. selber von den „irrationalen“ und „nur sehr teilweise rationalen“ Faktoren der russischen Politik (S. 129). Aber darauf liegt nicht der Akzent seiner Lehre von der Staatsräson im allgemeinen!

3) Politische Gesittung, aaO., S. 11.

4) aaO., S. 7.

5) ebd.

»Räson« des Gegners zustandekommen können, d. h. auf Grund der Frage: was würde ich mir selbst zumuten lassen, wenn ich an der Stelle meines Verhandlungsgegners stünde? Es gibt zwar keine Garantie dafür, daß mein Gegenüber faktisch nach dieser Räson handelt. Er kann übermißtrauisch, kurzsichtig, unvernünftig oder allzu forsch sein. Aber schlimmstenfalls bedeutet das für mich nur, daß das Geschäft mit diesem Kontrahenten nicht zustandekommt, daß ich mir einen vernünftigeren Partner suchen muß. Jedoch: dieses Nichtzustandekommen des Geschäftes bedeutet in der Politik Krieg und totale Vernichtung! Denn in der Politik kann ich — anders als im Geschäftsleben — niemanden daran hindern, durch

seine Unvernunft auch anderen zu schaden als nur sich selbst. Es hängt daher allein vom guten Willen und der Einsicht der Verantwortlichen ab, ob der — sachlich natürlich immer mögliche! — Kompromiß getroffen wird oder nicht. Physisch zwingend ist diese Möglichkeit aber nicht.

Es gibt das Phänomen des Vertrauens in der Politik. Man kann v. d. G. also nicht dadurch widerlegen, daß man es einfach leugnet zugunsten der Behauptung ausschließlicher Machtanwendung. Wohl aber sind, wenn es darauf ankommt, die Kräfte der Brutalität stärker als die des Vertrauens.

Hamel

Helmut Seiffert

ANGLO-AMERIKANISCHE BESATZUNGSPOLITIK

John Gimbel: *A German Community under American Occupation* — Marburg 1945—52. 259 S., Stanford University Press, Stanford, Cal. 1961.

Raymond Ebsworth: *Restoring Democracy in Germany*, The British Contribution. 222 S., Stevens & Sons Limited, London 1960.

So erfreulich es ist, daß die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung sich in den letzten Jahren mit wachsender Intensität des Nationalsozialismus einerseits und der Bundesrepublik andererseits angenommen hat, so erstaunlich ist es zugleich, daß die gewissermaßen als »Bindeglied« zwischen beiden zu bezeichnende Periode der alliierten Besatzungspolitik dabei recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Es ist viel über sowjetische Besatzungspolitik geschrieben worden, aber, abgesehen von einigen mehr verwaltungsrechtlichen und verfassungsgeschichtlichen Studien, kaum Gründliches über die Maßnahmen der

westlichen Alliierten. Das liegt natürlich zu einem gewissen Teil daran, daß viele Materialien dazu nur schwer zugänglich sind, ist aber doch nur eine Teilerklärung. Die Frage nach der »Demokratisierung« Deutschlands, nach den soziologischen, psychologischen und politischen Fundamenten der Bundesrepublik, sofern sie Resultate einer nach-nationalsozialistischen Neuorientierung sind, steht mehr als dringend auf der Tagesordnung unseres politischen Selbstverständnisses. Die Vermutung ist vielleicht nicht ganz abwegig, daß in einigen Jahren die Diskussion um die verpaßte oder die wahrgenommene Chance des »Nullpunktes« der unmittelbaren Nachkriegszeit eine sehr ähnliche Bedeutung erhält wie die Auseinandersetzung über die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten der Revolutionsperiode 1918/19. Wurde nach 1945 wieder etwas versäumt?

John Gimbel, Assistant Professor für Geschichte am Humboldt State College in Kalifornien, bejaht diese Frage, und zwar, sofern die amerikanische Besatzungspolitik betroffen ist. G. hat sich beschränkt

auf die minuziöse Analyse des Vorganges in einer einzigen Gemeinde, Marburg an der Lahn: Man wird ihm bestätigen müssen, daß er sich der gerade im Falle Marburg außerordentlich komplizierten Aufgabe, zumindest was das Einarbeiten in die hier besonders vielschichtige soziologische und psychologische Gemeindestruktur anbetrifft, glänzend entledigt hat. Es hätte bestimmt übersichtlichere und klarer strukturierte Objekte gegeben — aber nicht zum Vorteil der wissenschaftlichen Resultate. G. analysiert sowohl die Lage auf der deutschen Seite, die ökonomischen und organisatorischen Probleme, denen sich die Gemeinde unmittelbar nach dem Zusammenbruch gegenüber sah, die verschiedenen Gruppen, die sich zu Sprechern der Bevölkerung machten, die Motive einzelner besonders einflußreicher Persönlichkeiten — als auch die Vorstellungen der Besatzungsmacht, die Konzeptionen der alliierten Führung und das tatsächliche Verhalten der Soldaten und Offiziere auf der untersten Ebene. Bei allem Einfühlungsvermögen ist er alles andere als unkritisch, wobei er sich besonders der amerikanischen Besatzung annimmt und zu Schlußfolgerungen über die politische Naivität des Pragmatismus seiner Landsleute kommt.

Dieser Pragmatismus äußerte sich auf der unteren Ebene in der Form völliger politischer Neutralität und damit von vornherein die Chancen verspielend, sich mit den für die Demokratisierung Deutschlands entscheidend wichtigen fortschrittlich-demokratischen Kräften und Gruppen zu verbinden, mit Sozialdemokraten und liberalem Bürgertum. Die Besatzung entfernte zwar zunächst alle Nazis aus öffentlichen Ämtern, regierte aber dann in der Folge selbstherrlich und, primär daran interessiert, organisatorisch-technisch das Leben wieder zu normalisieren, die zur konstruktiven Zusammenarbeit bereitwilligen Demokraten vor den Kopf stoßend. Ohnehin waren diese in der

überwiegend konservativ-nationalen Stadt in der Minderheit. Die undifferenzierte Anwendung der »Nonfraternization«-Vorschrift tat das ihrige dazu. Sofern sich aber im Laufe der Zeit Kontakte zur Bevölkerung ergaben und sich ein gewisses gesellschaftliches Leben entwickelte, »asoziierten sich die Amerikaner in Marburg fast ausschließlich mit sozialen, ökonomischen und politischen Gruppen der Oberschicht — gerade also mit dem Personenkreis, der das meiste bei den Reformen, die die Militärregierung durchsetzen wollte, zu verlieren hatte« (S. 203). Mit Erstaunen, so erfuhr G. aus den zahlreichen Interviews und zeitgenössischen Schriftstücken, die er einsehen konnte, registrierte die Marburger Bevölkerung, daß die Besatzung offenbar mit denen am ehesten sympathisierte, die doch nach innen die heftigsten Gegner ihrer Politik waren. Kein Wunder, daß das die demokratischen Kräfte entmutigen mußte.

G. schildert etwa den Fall des linksliberalen Hermann Bauer, der, zunächst als Chefredakteur der »Marburger Presse« eingesetzt und gegen die falsche, nur auf die »kleinen Leute« angewandte Entnazifizierungspolitik polemisierend, bereits im Oktober 1946 vom Posten eines Stellvertretenden Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses zurücktrat wegen des Freispruches verschiedener Professoren und Univeritätsangehöriger, daraufhin von der Besatzung als Kommunist verdächtigt wurde und schließlich, nachdem 1948 der Besitzer jener Zeitung gleichfalls freigesprochen wurde, auch seine Stellung verlor. Dies ist nur ein Fall von vielen, an dem G. das Versagen der amerikanischen Besatzungspolitik demonstriert, ihre Unfähigkeit — zumindest in Marburg — aber er läßt wenig Zweifel an der Allgemeingültigkeit dieser Aussage — ~~keinen~~ wirklichen »Wechsel der Eliten« herbeizuführen, der allein zu einer tiefgreifenden Demokratisierung Deutschlands geführt hätte. Das Ergebnis der politisch

»neutralen« Politik jedoch war, daß schließlich alle Gruppen zu mehr oder minder offenen Gegnern der Besatzung wurden und die ersten Nachkriegswahlen in Marburg vorzüglich für diejenigen gut ausfielen, die am geschicktesten sich nationaler Töne zu bedienen wußten, in diesem Falle der Freien Demokraten. Diese Politik führte zu »der tiefen Desillusionierung der Kräfte, die bei der Errichtung eines friedlichen, demokratischen, wahrscheinlich nicht kapitalistischen Deutschland hätten helfen können. Es zeigt sich außerdem, daß die Enttäuschung gewisser Gruppen auf der Gemeindeebene es Kräften ermöglichte, die Führung an sich zu bringen, deren politische, soziale und wirtschaftliche Anschauungen eine peinliche Ähnlichkeit aufweisen mit den Anschauungen derer, die sich als Führer derselben Gemeinde so unfähig gezeigt hatten, dem Nazismus zu widerstehen« (S. 1).

G. hat während seines Aufenthalts in Marburg nicht nur zahlreiche Persönlichkeiten interviewt, er hat darüber hinaus Zugang zu den im Marburger »Amerikahaus« liegenden Dokumenten gehabt, konnte die Akten der Stadt- und Kreisverwaltung einsehen sowie die des Amerikanischen Hohen Kommissars in Mehlem. Ein wichtiger Teil seiner Untersuchungen beruht auf Korrespondenzen zwischen lokalen und übergeordneten Besatzungsämtern, die im *Kansas City Army Records Center* liegen. Nicht nur die Tatsache, daß hier schwer zugängliches Material mustergültig ausgewertet wurde, sondern die Arbeit selbst wegen der historischen und politischen Aktualität ihres Themas dürfte es verdienen, ins Deutsche übertragen zu werden. Nicht zuletzt, um das Interesse der deutschen Forschung auf dieses möglicherweise explosiven Stoff enthaltende Gebiet zu lenken. Für Dissertationen zumindest bietet sich hier ein dankbares Gebiet von einzelnen »Fall-Studien«. Es wäre zu wünschen, daß

die »Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien« G.s Untersuchung in ihre Publikationsreihe aufnimmt.

*

Das Buch von Raymond Ebsworth unterscheidet sich fast in jeder Hinsicht von der Gimbelschen Arbeit. E. war Mitglied der Abteilung »Administration and Local Government« in der Britischen Kontrollkommission. Es ist ein populär und leicht lesbar geschriebenes Buch über die britischen Versuche, den Deutschen zu zeigen, was Demokratie ist, adressiert an das englische Publikum zum besseren Verständnis des heutigen Deutschland. Der deutsche Leser findet darum wenig Faktisches, das wesentlich neue Aufschlüsse über die Besatzungspolitik bringen könnte, vielmehr sehr allgemein gehaltene Ausführungen über die Entstehung der Parteien, der Länder, des Grundgesetzes usw.

Dennoch ist die Lektüre nicht ohne Nutzen auch für den deutschen Leser zum besseren Verständnis der ersten Nachkriegszeit — und nicht zuletzt zum besseren Verständnis derjenigen, zumindest in diesem Falle der Briten, die diese Politik »machten«. Im Unterschied zu den von Gimbel geschilderten amerikanischen Offizieren, waren diese Engländer durchaus politisch aufgeschlossen und gebildet — aber nun wieder geradezu so »gentlemanlike«, daß der Effekt nicht viel anders war. E. erzählt, daß die englische Besatzung im Grunde davon ausging, eine Generation lang zur Erziehung der Deutschen Zeit zu haben; darum fing man ganz gemächlich unten an, legte den größten Wert auf die Wiederherstellung der Gemeinden und darauf, ihnen angemessene, demokratische Verfassungen zu geben. Diese Tatsachen sind bekannt; der geradezu rührende Idealismus, die Scheu, nur ja nicht zu reglementieren und möglichst unaufdringlich die Deutschen zu

überzeugen, kann nicht ohne Eindruck auf den deutschen Leser bleiben. Aber es war eben doch ein unrealistischer Idealismus, der dann bald enttäuscht wurde — nicht zuletzt, weil auch die Engländer anfangs bei der Besetzung ihrer Gemeindeämter Effektivität über das Prinzip völliger Unbelastetheit von Nazismus stellten. So berichtet E. aus seiner ersten Zeit als Besatzungsoffizier in Aachen, daß nur gegen den stärksten Widerstand der rigoros antifaschistischen deutschen Berater in der Zentrale die örtliche Besatzungsmacht wenigstens 50 Prozent der Richterstellen mit nominellen Pg.s besetzen konnte — sie wollte mehr, denn diese zeigten sich als die Erfahreneren...

In dieses Konzept einer langsamen, um die Gemeinden zentrierten Erziehungspolitik (E. berichtet anschaulich über die erfolgreiche Einrichtung von Schulen für Gemeindepolitiker und Beamten in Niedersachsen ab 1946, die sich in der Form von deutsch-englischen Gemeindeforen bis 1950 gehalten haben) paßte es dann z. B. nicht, daß die Gewerkschaften über den ihnen gesteckten Rahmen hinaus, Löhne und Arbeitsbedingungen zu diskutieren, plötzlich nach der Enteignung der ehemaligen Besitzer riefen — jedenfalls im Raume Aachen mußte E. mehrmals und nicht gerade beglückt diese Erfahrung machen. Er bestreitet übrigens, daß aus ideologischen Gründen eine besonders enge Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten stattgefunden habe — zumindest im Bereich der Gemeinde; vielmehr seien die Sozialdemokraten diejenigen gewesen, die sich als erste zur Verfügung gestellt hätten und nicht zuletzt wegen der Englandemigration des Großteils ihrer Führer eine gewisse Sympathie für »the English way of life« gezeigt hätten.

Rückblickend betrachtet E. als schwersten Fehler der englischen Besatzungspolitik die nicht durchgeführte Demokratisierung der Beamtenschaft — man habe nur die

alte Armee zerstört bzw. umgeformt, nicht aber die zweite Säule des deutschen Autoritarismus. Auch die nicht durchgeführte Universitätsreform und das Wiedererstehen der Verbindungen setzt er auf die Minusseite der Rechnung (»Waren wir da nicht etwas zu zurückhaltend und interventionsfeindlich?«) — auch wieder, weil man sich von der Zeit und der stürmischen Entwicklung Deutschlands zum ausgerüsteten Bündnispartner einfach überrollt sah.

Denn darin sieht E. die eigentliche Enttäuschung aller der gutwilligen Besatzungsoffiziere und -stäbe: die deutsche Wiederbewaffnung, wie schon zuvor die Gründung der Bundesrepublik, zerstörte die nur auf lange Sicht effektiven Ansätze, oder ließ sie jedenfalls bis zur Unkenntlichkeit verkümmern. Besonders macht E. dafür den Zynismus der Beamten des Außenministeriums verantwortlich, die ab 1948/49 die Besatzungsoffiziere abzulösen begannen und das Problem Deutschland nun nur noch unter dem Aspekt der antikommunistischen Stabilität zu sehen gewillt waren. Er zitiert einen dieser Beamten: »Wir müssen einen widerstandsfähigen westdeutschen Staat bilden. Solange der nicht versucht, wieder nazistisch oder ähnlich autoritär zu werden, können wir uns nicht um Detailfragen des Regierungssystems kümmern... Wir werden bald eine neue deutsche Armee haben, und je stärker und zentralistischer der Staat, desto besser. Vor allem müssen wir aufhören, uns einzumischen. Wenn die Deutschen Fehler machen oder in autoritäre Praktiken zurückfallen, so sollen sie das selber auf demokratische Weise wieder korrigieren« (S. 186). Diese Enttäuschung ist der eigentliche Grundtenor des Buches. Es ist lesenswert, um die Vorstellungen und Denkweise derer kennenzulernen, die ausgezogen waren, die Demokratie in Deutschland wiederherzustellen.

Cambridge, Mass. Ekkehart Krippendorff

Karl Buchheim: Die Weimarer Republik, Grundlagen und politische Entwicklung. 141 S., Kösel-Verlag, München 1960.

Hans Lehmann: Die Weimarer Republik, Darstellung und Dokumente. 96 S., Günter Olzog Verlag, München 1960.

Die Weimarer Republik strahlt in jüngster Zeit als Gegenstand der Geschichtsschreibung und Publizistik eine wachsende Anziehungskraft aus. Lange genug hatte sie im Schatten anderer Bemühungen und Tendenzen gestanden, unter deren verzerrender Beleuchtung sie sich nicht recht zur Geltung zu bringen vermochte. Der Nationalsozialismus hatte für die »Systemzeit« nur eine gering-schätzige Verachtung übrig, und die Nachkriegszeit stand zunächst im Zeichen der Versuche, die kriminellen Seiten des »Dritten Reiches« zu erhellen. Das Interesse, das die Weimarer Republik in diesen historischen und publizistischen Auseinandersetzungen auf sich lenken konnte, richtete sich vor allem auf die Frage, wieso es denn eigentlich zum 30. Januar 1933 und zum Aufbau eines totalitären Herrschaftssystems kommen konnte. Die Suche nach Vorläufern und der Wunsch, allgemeine historische Wurzeln des Nationalsozialismus freizulegen, bestimmten dabei weitgehend die Fragestellungen und — scheinbar unausweichlich — die Antworten, die über Apologie und Anklage kaum hinausgediehen. Die Republik war eigentlich nur Staffage und Milieuhintergrund andersgerichteter Erkenntnisbemühungen. Der Mangel an zugänglichen historischen Quellen und Archiven der Weimarer Demokratie, die aus alliierter Gewahrsam erst spät der deutschen historischen Forschung geöffnet wurden, vertiefte diesen zeitgeschichtlichen Trend. Je unbedeutender diese

Umstände aber werden, um so mehr darf man hoffen, daß die Weimarer Republik selbst in den Mittelpunkt der Forschungen und Darstellungen gerückt wird, daß die Fragen, die gestellt werden müssen, Maßstäben entsprechen, die diesem Abschnitt deutscher Geschichte gemäß sind. Die fatalistische Auffassung, daß alles so kommen mußte, wie es gekommen ist, daß die Deutschen zur Demokratie nicht taugten, oder auch die allzu vereinfachende, anklägerische Häufung der Schuld am Zusammenbruch der Republik auf eine Gruppe allein wird weder der kurzen Periode einer deutschen parlamentarischen Demokratie noch auch dem Geschichtlichen selbst gerecht. Der Historiker, der Möglichkeiten und Grenzen der Weimarer Republik im Auge behalten will, wird deshalb einen Kurs steuern müssen, der von blinder Schicksalsgläubigkeit genau so weit entfernt ist wie von der Annahme unbegrenzter Wahlmöglichkeit und Entscheidungsfreiheit der politisch Handelnden.

Das bleibt als Thema und Richtschnur aufgegeben. Man wird nicht erwarten dürfen, die zwei nur schwer (es sei denn in der Aufmachung und im Umfang) miteinander vergleichbaren Veröffentlichungen würden solchen Anforderungen ganz genügen. Damit ist schon deshalb nicht zu rechnen, weil beide Hefte über eine rudimentäre Quellengrundlage nicht hinauskommen, und dazu ist auch der geistige Stellenwert, den die schmalen Bände auf dem deutschen Büchermarkt zur Zeitgeschichte haben, kaum geeignet; scheint doch Lehmanns Darstellung nach Stil, Stoff- und Zitatauswahl mehr als Leseheft für den staatsbürgerlichen Unter-richt gedacht zu sein, während Buchheim auf beschränktem Raum immerhin einen vom katholisch-politischen Standpunkt bemerkenswerten Beitrag zur Grundlage und politischen Entwicklung der Republik leistet. Von beiden Neuerscheinungen ist seine Darstellung zweifellos von größerer

Konzentration, souveräner in der politischen Linienführung wie in der Stoffauswahl und sprachlich geschliffener und flüssiger.

*

Die Überlegungen Karl Buchheims kreisen um einen durch den Wechsel der Ereignisse konsequent festgehaltenen gedanklichen Mittelpunkt, und dieser Mittelpunkt ist von der Innenpolitik bestimmt. Die im ersten Weltkrieg zum »Volksheer« gewordene Armee und bestimmte, im Reichstag vertretene Parteien ragen aus der Darstellung als die beherrschenden historischen Kräfte hervor. Von ihnen geht die Skizze aus, und auf sie führt die Untersuchung zurück. Im monarchischen Deutschland sind sie die treibenden Mächte einer Demokratisierung, sie sind für die Entstehung der Republik verantwortlich, und sie sind es, welche die ersten Krisen der Republik überwinden helfen. Ihre politisch stabilisierende Kraft ist gewährleistet, solange sie zusammenarbeiten. Bei allem Wechsel waren es immer die gleichen Kräfte, meint der Verf., deren Zusammenwirken die Staatskrise von 1923 wie die von 1918 überstand. Als sie versagten, war es um die Republik geschehen. Nur waren es 1923 nicht das Heer und die Sozialdemokratie oder die demokratischen Parteien wie 1918, sondern die Reichswehr und der Reichspräsident (S. 98). Waren es wirklich immer die gleichen Kräfte? Ist die Reichswehr von 1933 mit der von 1918/19 gleichzusetzen, und gibt es nicht auch einen beträchtlichen Unterschied zwischen dem Reichspräsidenten von 1933 und dem von 1925 oder gar von 1919? Läßt sich an dem von B. selbst konstatierten Ersatz der Parteien durch den Präsidenten nicht vielmehr eine Schrumpfung der staatstragenden Schichten ablesen, die man zu überwinden trachten mußte? Diese Lücke in einer »Republik ohne Republikaner« wird auch vom Verf. empfunden, denn

er sucht nach Stützen, die der Republik hätten Dauer verleihen können. Einen Ausweg sieht B. nur im Dauerbündnis der Sozialdemokratie mit dem Zentrum. Der Verf. hebt seine These mit großem Nachdruck hervor, und doch muß er zugleich feststellen, daß der Sozialdemokratie, die er mit dem Weimarer Staat verbinden will, »das Bekenntnis zur parlamentarischen Republik als einer optimalen politischen Endform niemals überzeugend auf die Lippen« gekommen sei (S. 61 f.). Ein Rest von politischer Problematik bleibt also auch in dieser Ansicht.

Wie man auch die Chancen einer solchen Gemeinschaft beurteilen mag, so wird man doch den Zweifel darüber nicht unterdrücken dürfen, ob der Verf. das parlamentarische Regierungssystem richtig erfaßt hat, wenn er es mit einer »schwarz-roten« Dauerkoalition gleichsetzt, einfach eine parteipolitische status-quo-Lösung als politisches Patentrezept einer parlamentarischen Demokratie verkündet. Wird mit der Verknüpfung nicht-zusammengehöriger Dinge nicht anderen Gruppen die parlamentarische Befähigung abgesprochen? Wer ernsthaft an einer Stärkung der Republik — nicht an der Zementierung einer historischen Parteienkonstellation — interessiert war, mußte der nicht versuchen, auch jene Parteien an die politische Verantwortung heranzuführen, die sie zu übernehmen bereit waren und einigermaßen Gewähr für die Einhaltung parlamentarischer Spielregeln boten, wenn zur Festigung der Republik, ja schon zur Fortführung der normalen politischen Geschäfte die bisherigen Regierungsparteien sich nicht immer fähig gezeigt hatten? Die Bildung der Regierung Luther 1925 war immerhin ein solcher Versuch. Sie hat nicht nur im Lager der demokratischen Parteien scharfe Kritik ausgelöst, die Übernahme von Regierungsverantwortung durch eine dem Weimarer Staat zunächst reserviert gegenüberstehende, aber als konservative Par-

tei doch auf die Mitarbeit im Rahmen der gegebenen Umstände geradezu angewiesene Gruppe ist von den Radikalen in der »Nationalen Opposition« mit dem wenig schmeichelhaften Vorwurf des Verrats an der gemeinsamen Sache belegt worden. Niemand wird die hemmenden Gewichte einer noch am Vorkriegsbild eines monarchisch-konstitutionellen Staatswesens orientierten Politik verkennen! Aber gab es nicht auch Zurückhaltung im sozialdemokratischen Lager? Mit der Beschränkung auf eine »schwarz-rote« Dauerkalition wird die Kasuistik der politischen Lösungen keineswegs erschöpft. So eng war der politische Spielraum nicht, über den die Weimarer Republik verfügte. Aus der historischen Diskussion über die Innenpolitik der Weimarer Republik kann man das Thema einer liberal-konservativen Verbindung nicht einfach ausklammern. Ist es überflüssig zu sagen, daß der Hinweis auf die Regierung Luther auch nur ein Beispiel sein kann, das andere nicht ausschließt? Wird aber endlich mit dem Ausschluß bestimmter Gruppen von der Regierungsverantwortung, der in den Überlegungen B.s zur »politischen Arithmetik« sichtbar wird, nicht genau der Fehler wiederholt, den die demokratischen Parteien der Weimarer Republik dem wilhelminischen und dem Bismarck-Reich — mit Recht — vorzuwerfen nicht müde wurden?

Neben dieser — vom politischen Wunschbild des Verf. hervorgerufenen — Enge des innenpolitischen Gesichtsfeldes stehen jedoch eine Menge kluger Beobachtungen, klarer Einsichten in das politisch Mögliche und treffende Beurteilungen von Personen und Zusammenhängen. Mit sicherer Feder wird die Außenpolitik der Republik nachgezeichnet, ihre Verstrickung in die deutsche Innenpolitik vermerkt und die überholten Auffassungen einiger Diplomaten — wie z. B. Maltzans — über die deutsche Ostpolitik zu-

rückgewiesen. Einprägsam wird festgestellt, daß eine parlamentarische Demokratie nicht neben östlich ausgerichteter Außenpolitik bestehen konnte. Der ideologisch-gesellschaftspolitische Aspekt der Außenpolitik jener Zeit kommt hier überzeugend und anschaulich zum Ausdruck. Von dem weltgeschichtlichen Umschwung von 1918 hatten die Diplomaten der sogenannten »Bismarck-Tradition« aber offenbar keine Vorstellung, wenn sie glaubten, Diplomatie im Stile des 19. Jahrhunderts machen zu können, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß aus dem monarchischen Rußland eine kommunistische Sowjet-Union geworden war. Mit feinem Spürsinn werden die Chancen einer prowestlichen deutschen Außenpolitik nachempfunden. So spielte das Problem der deutschen Abrüstung in dem Augenblick nicht mehr die entscheidende Rolle, als sich Ansätze zu einer dauerhafteren Verbindung Deutschlands mit dem Westen zeigten. Das wird sehr deutlich, als die Ententerregierungen 1927 auf die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission verzichteten, obwohl ihnen die Umgehungen der Versailler Entwaffnungsbestimmungen durch die Reichswehr keineswegs entgangen waren. Sie zählten plötzlich nicht mehr. Abgewogen ist auch die Beurteilung der ersten Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925; sie hebt sich deutlich von der Kritik ab, die die Wahl in einigen größeren Darstellungen bisher gefunden hat. Ein Teil der politischen Rechten habe damals begonnen, meint B., eine staatsbejahende Haltung zur Republik einzunehmen (S. 105). Eine richtige Erkenntnis — merkwürdigerweise aber kann die Wahrnehmung vom Wandel in der politischen Auffassung dieser Kreise den Verf. nicht zu weiteren Reflexionen über die »politische Arithmetik« veranlassen.

Die Darstellung B.s ist ein Beitrag zur politisch-psychologischen Problematik der

Weimarer Republik, eine Analyse von Spannungen und Annäherungen ausgewählter politischer Kräfte sowie Kritik von Fehlern und Unterlassungen, sie ist aber kein »Sach«buch, in dem der Lernende vor allem Informationen findet. Einiges bleibt außerhalb der vom Interessenkreis des Verf. abgesteckten Untersuchung, insbesondere erhält der kaum zu unterschätzende geschichtliche Anteil Stresemanns am Geschick der Republik keinen entsprechenden Raum. Das schränkt den Wert der Auseinandersetzung nicht ein, setzt ihr aber Grenzen.

*

Von ganz anderer Art und Bedeutung ist die Darstellung Hans Lehmanns. Was Buchheims Analyse so reizvoll macht, fehlt hier fast vollständig: eine überzeugende gedankliche Linienführung. Lediglich im letzten Kapitel über »Die Lehren des Weimarer Staates« (S. 58 ff.) sind Ansätze dazu vorhanden. Bei der Lektüre des größeren Teils des Heftes verliert man indessen nie den Eindruck von der Zufälligkeit des Dargestellten wie von der Sprunghaftigkeit der Darstellung. So wird beispielsweise bei der Schilderung der innenpolitischen Krisen 1923 völlig unmotiviert die Besetzung des Memelgebiets durch Litauen erwähnt (S. 31). Eine stärkere Konzentration auf die deutsche Politik, — das Buch handelt ja von der Weimarer Republik — wäre der Darstellung gewiß dienlicher gewesen als die Weitschweifigkeit, die den Abschnitt über den Versailler Vertrag kennzeichnet (S. 16 ff.). Ob der Verf. gut beraten war, die Weimarer politische Entwicklung mit Ereignissen aus der Bundesrepublik Deutschland zu kommentieren und zu ergänzen, erscheint zumindest zweifelhaft. Solche Exkurse können bestenfalls mit dem Wunsch entschuldigt werden, einen Beitrag zur politischen Bildung unserer Gegenwart zu liefern. Hier wird wohl auch der Grund für die teilweise stark

moralisierende Darstellung zu suchen sein; gefühlvoll wird daran erinnert, aus welcher »Schicht treuer, fleißiger, ehrlicher Menschen« doch das Kleinbürgertum zusammengesetzt war (S. 34). Wenige Zeilen weiter glaubt man sich dann von kaltem Zynismus berührt, wenn man liest: »Die Inflation lieferte zu einem guten Teile den menschlichen Rohstoff (!) für die antidemokratischen und demagogischen Bewegungen eines Hugenberg und später eines Hitler...« Ebert wird als Prophet umschrieben und ihm der Glorienschein eines »getreuen Sachwalters der Interessen des ganzen Volkes« verliehen (S. 21, 42). Die Darstellung ist auch nicht frei von grammatischen Schnitzern und sachlichen Irrtümern. Der deutsche Sicherheitsvorschlag ist Lord D'Abernon nicht erst am 9. Februar 1925 vorgetragen worden (S. 37). Die unmittelbare Vorgeschichte des Locarno-Paktes reicht bis in die zweite Dezemberhälfte des Jahres 1924 zurück. Es ist auch nicht Stresemann gewesen, der die ersten Gespräche mit dem britischen Botschafter darüber führte, sondern sein Staatssekretär Schubert. Er hatte schon am 14. Januar 1925 einen eingehenden Gedankenaustausch mit D'Abernon, und er war es auch, der dem Vertreter Großbritanniens in Berlin am 20. Januar 1925 das Sicherheitsangebot überreichte. Am 9. Februar ist lediglich der französischen Regierung durch Botschaftsrat Forster die deutsche Anregung übermittelt worden. Der zu einem geflügelten Wort gewordene Begriff vom »Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont« (nicht »Silberstreifen am Horizont«) stammt von Staatssekretär C. Bergmann und nicht von Stresemann (S. 41).

Eine Simplifizierung der politischen Problematik ist es, wenn der Verf. schreibt: »Am Glauben oder Nichtglauben an die Dolchstoßlegende schieden sich in Deutschland fortan die Geister. Wer an die Dolchstoßlegende glaubte, war eher geneigt

anzunehmen, daß Deutschland den Ersten Weltkrieg nachträglich noch in einem Zweiten Weltkrieg gewinnen könne« (S. 24). Völlig unzureichend sind die Probleme eines europäischen Zusammenschlusses charakterisiert. Der Verf. weiß nichts besseres beizusteuern als ein Zitat aus der Völkerbundsrede Stresemanns vom 9. September 1929, das mit dem erstaunlichen Ausruf endet: »Wo bleibt in Europa die europäische Münze, die europäische Briefmarke?« (S. 41). Und was soll man davon halten, daß sich im Münchener November-Putsch von 1923 bereits die Anlage der 1933 durchgeführten »Nationalen Revolution« gezeigt habe (S. 33)? Nur angemerkt sei schließlich ein Irrtum, der offenbar unausrottbar und zäh in der Literatur weitergetragen wird. Die meisten Arbeiten über die Weimarer Republik, so auch die von B. (S. 104) und L. (S. 42), buchen die erste Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 auf das Schuldkonto der KPD oder der Bayerischen Volkspartei. Eine nähere Analyse der Wahl in den einzelnen Wahlkreisen zeigt indessen, daß die Wahl Hindenburgs eher auf die Abneigung der Demokraten zurückgeführt werden kann, dem Zentrums-Kandidaten Marx ihre Stimme zu geben.

Es ist ohne Zweifel schwierig, auf wenigen Seiten (63) eine gewaltige Stofffülle zu einer lesenswerten Skizze zu verarbeiten. Über Auswahl und Gewichte läßt sich dabei gewiß streiten; ein Mindestmaß an historischer Kritik wird man aber auch von Arbeiten verlangen müssen, die nicht den Anspruch erheben, neue Erkenntnisse zu vermitteln.

Berlin

Harald Schinkel

DIE RECHTSPERSÖNLICHKEIT DES STAATES

Ulrich Häfelin: Die Rechtspersönlichkeit des Staates, I. Teil: Dogmengeschichtliche Darstellung. XII, 429 S., J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1959.

Der Verf. hat den ersten Teil eines breit-angelegten Werkes vorgelegt, das sich dogmengeschichtlich mit der Vielfalt der Formulierungen und Konstruktionen befaßt, welche die deutsche, österreichische, französische und italienische Staatsrechtslehre der Neuzeit zum Problem bereithält. In der Gegenwart, die der Gemeinschaft, oder spezieller: dem Staat, weniger zuge-neigt ist als vergangene Jahrhunderte und Rechtssubjektivität letztlich nur dem Einzelmenschen zuzuerkennen bereit ist, überrascht es nicht, daß die Auffassungen für oder gegen die Rechtspersönlichkeit des Staates einer Bestandsaufnahme und kritischen Analyse unterzogen werden. Es läge sogar im Zuge der weiteren Entwicklung, wenn sich eine künftige herrschende Lehre für die Unhaltbarkeit der Rechtssubjektivität des Staates entschiede. H. scheint dieser Entwicklung — wenn die Ankündigung des Verlages zutrifft — dogmatisch durch einen General-Angriff auf die Persönlichkeitslehre (im bisher nicht erschienenen II. Teil des Werkes) den Weg bereiten zu wollen.

H. geht zunächst (I. Abschnitt) kurz auf die Staatslehren des Altertums und des Mittelalters ein, schwenkt dann — beginnend erst mit Jean Bodin (1530—1596) — über zu einzelnen Staatstheoretikern der Neuzeit und behandelt im III. Abschnitt Schulrichtungen der deutschen und österreichischen Staats- und Staatsrechtslehre. Der letzte Abschnitt ist den modernen Staatslehren in Frankreich und Italien gewidmet. Aufgeführt sind bei den neuzeitlichen Lehren alle Denker von Namen und Rang, wobei der Verf. es sich angelegen sein ließ, den konventionellen Katalog

gehörig zu erweitern, um das Gesamtbild plastischer und die Vielfalt spürbarer zu machen. Die einzelnen Lehren werden dabei, konzentriert auf die Themastellung, immer wieder unter Angabe der Fundstellen vorgeführt und in anschließenden Überblicken zusammengefaßt. Dennoch wirkt die Zusammenstellung nicht langweilig, zumal immer wieder Zusammenhänge aufgezeigt und Entwicklungstendenzen verdeutlicht werden.

So enthält dieser dogmengeschichtliche I. Teil — zumindest für die Neuzeit — in der Tat eine »Summa« der bisher zur Rechtspersönlichkeit des Staates vertretenen und die Folgezeit beeinflussenden Lehren. Sie erweist sich damit als Fundgrube für jeden Wissenschaftler, der nach Anregungen und Zitaten sucht. Leider kommt bei dieser Zusammenstellung die Antike und vor allem das Mittelalter mit seinen vielfältigen und einschlägig fundamentalen Äußerungen großer Denker zu kurz. Die Antike wird auf knapp sieben Seiten, das Mittelalter auf etwa dreizehn Seiten — und zwar durch die neuzeitliche Brille gesehen (Otto v. Guericke, Georg Jellinek, Carlyle) — abgehandelt. Dies scheint mir ein Mangel zu sein, dem der Verf. bei Vorbereitung einer 2. Aufl. abhelfen sollte, denn die Lehre vom Staat als Rechtsperson ist sicherlich, wie H. selbst erkennt (S. 267, 380, 395), von der mittelalterlichen Korporationstheorie gegangen und kann m. E. auch nur von dieser Basis her überzeugend begründet werden. Das dürften sogar noch die Staatstheorien des 19. Jahrhunderts bestätigen, denn sie sind — obgleich die Autoren dieser Zeit (z. B. Rudolf v. Ihering und Georg Jellinek) jeglicher »Spekulation« abgeschworen hatten — noch immer von der mittelalterlichen Basis entscheidend beeinflusst.

Es entspricht allerdings nicht den Intentionen H.s, sich von soziologischen Phänomenen oder gar »metajuristischen« Zusam-

menhängen beeindrucken zu lassen. Ihm schwebt eine »Selbständigkeit der Rechtsbegriffe« vor (S. 2, 53, 61, 78 ff., 267 ff.), die es in dieser Schärfe und Eigengesetzlichkeit kaum geben dürfte, welche ihn jedoch zwangsläufig, d. h. bei konsequenter Verfolgung seines Planes, dazu bringen muß, die Rechtspersönlichkeit des Staates zu leugnen. Der Staat ist aber nicht nur ein juristisches Phänomen, auch nicht etwa nur »Korporation« oder gar eine bloße »Anstalt«. Seine Rechtssubjektivität ist auch nicht sein »Wesen«, sondern bereits eine Folge oder — wenn man so will — eine juristische Randerscheinung seines bedeutend umfassenderen Wesens. Der Urgrund (die Seins-*causa*) der Subjektivität liegt vermutlich viel tiefer, als es die meisten Staatsdenker der Moderne auf nominalistischer Basis erahnen konnten. Der Mensch erschöpft sich ja ebenfalls nicht darin, ein geborener Rechtsträger zu sein. Demgemäß könnte H. sich in der Auswahl des Schrifttums und seiner typisch juristischen Perspektive eine Schranke gesetzt haben, die es ihm unmöglich machen muß, den tragenden Grund für die Rechtssubjektivität des Staates zu erkennen.

Zwar scheint es mir in gewisser Hinsicht richtig zu sein, daß die moderne Staatspersönlichkeits-Lehre — trotz scheinbarer Einheitlichkeit — auf ganz verschiedenen Doktrinen beruht. Zumindest zweierlei dürfte jedoch typisch »modern« sein und sich dabei vereinheitlichend ausgewirkt haben: Während der mittelalterliche Denker mit Hilfe von Ontologie und Metaphysik allein von Gott erschaffenen Gegebenheiten, mithin der Wahrheit, näherzukommen versuchte, sieht sich der moderne Denker veranlaßt, humanes Geschehen zu rechtfertigen. Auch der Staat wird nicht mehr »begründet«, sondern seine Subjektivität gerechtfertigt, wobei es sich leider (ohne tragende Seins-Basis) nicht vermeiden läßt, daß

eine ebenfalls »entfesselte« und dynamische »Politik« an die Stelle der statischen Ontologie tritt, die Perspektiven ständig und in der Folgezeit immer schneller wechseln und nun politische Postulate zu Vätern der Gedanken werden. Was also fast alle modernen Staatsdenker sichtbar beeinflusste, ist der vornehmlich aus »politischen« Erwägungen resultierende Wunsch, den Staat so zu sehen, wie es gerade in das jeweilige Zeitbild hineinpaßt. Wenn allerdings das Zeitbild morgen ein anderes ist, so hat u. U. auch der Staat scheinbar aufgehört, ein Rechtssubjekt zu sein. Es gibt ja bereits seit langem eine durchaus bekannte Zeitströmung, die den Staat ganz abschaffen, ihn z. B. in die »klassenlose Gesellschaft« auflösen zu können glaubt.

Eine zweite mehr oder weniger einheitliche Wurzel dürfte der Nominalismus sein, der bis vor einigen Jahrzehnten — was heute schon als »paradox« erscheinen mag — von einigen »realistischen« Phänomenen nicht loszukommen vermochte, so z. B. nicht von der sorgsam gehüteten, wenn auch nicht mehr exakt begründbaren Vorstellung von der Einheit des Staates. Aber schon ein Rudolf von Ihering oder ein Georg Jellinek hatten ihre liebe Not, aus einem »Kollektiv« einzelner Menschen (*multitudo*) auf »dialektischen« Wegen ein »Allgemeinwohl« (statt eines »*bonum commune*«) oder einen einheitlichen Staatswillen zu entwickeln. Heute — unter dem Vorzeichen eines »humanitären Individualismus« — scheint sich die Subjektivität des Einzelnen überhaupt nicht mehr mit der Staatspersönlichkeit vertragen zu können. So hat die früher in der Regel kollektivistisch begründete Souveränität des Staates in der westlichen Hemisphäre inzwischen einer individualistisch erklärten Souveränität des Einzelmenschen Platz machen müssen. Beides entstammt derselben Wurzel und bekämpft sich gerade deshalb so heftig. Wer

unter diesen Vorzeichen den Mut hat, das eine oder andere vorzuziehen, steht in dem Verdacht, entweder den Staat oder die »Freiheit« des Einzelnen an der Wurzel anzutasten. Hier ist keine gesunde »Mitte« mehr, die beiden — Einzelnem und Staat — dasjenige zuerkennt, was sie sind: Rechtssubjekte.

Vielleicht ist es gerade jetzt — in einer erneuten Übergangszeit — fruchtbar, eine dogmengeschichtliche »Summa« zur Staatssubjektivität zusammenzutragen, damit auch hieraus sichtbar werden kann, von welchen Akzenten und Akzentverschiebungen das neuzeitliche Denken beeinflusst worden ist, wie es aber dennoch ständig um die eine Wahrheit kreist, die infolge eingeschränkter Blickwinkel und daraus resultierender »Antinomien« stets nur in Ausschnitten sichtbar wird. Deshalb gebührt H. zumindest der Dank dafür, daß er solche Ausschnitte mühevoll summiert hat. Der I. Teil seines Werkes wird auch denjenigen faszinieren, welcher sich weder in der Generallinie, noch in einigen Einzelheiten mit dem Verf. einig weiß. Erst recht aber kann jeder Leser auf den II. Teil gespannt sein.

Köln

Wilhelm Wertenbruch

GEWERKSCHAFTSKRITIK ALS POLITISCHES PROGRAMM

Theo Pirker: Die blinde Macht, Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Erster Teil: 1945—1952, Vom »Ende des Kapitalismus« zur Zähmung der Gewerkschaften, Zweiter Teil: 1953—1960, Weg und Rolle der Gewerkschaften im neuen Kapitalismus, 2 Bde. 319 u. 338 S., Mercator Verlag, München 1960.

Dieses Buch ist nicht das erste und wird nicht das letzte sein, das ein enttäuschter

Intellektueller über die Gewerkschaften geschrieben hat und schreiben wird. Der Verf. nennt freimütig diesen Stimulus für sein Vorhaben. Er gehört zu jenen, für die die großen Organisationen »keinen oder doch nur einen sehr geringen Platz« haben wegen des »unbegrenzten Herrschaftsanspruchs der Praktiker in den Organisationen, also der Bürokratie«. Er will »eine Einführung in das Gewerkschaftswesen an Hand der Entwicklung der Gewerkschaften in Westdeutschland von 1945 bis 1959« geben. Das systematische Ziel wird der Leser hinter der Fülle der Einzelheiten bald aus dem Auge verlieren; aber es ging dem Verf. auch nicht »um den Versuch einer Geschichtsschreibung, die in aller Breite und Tiefe darstellen will, wie es gewesen ist«. Es handelt sich um eine die polemische Schärfe nicht vermeidende Streitschrift, die mit ihren zwei Bänden nun aber doch gewiß zu langatmig geraten ist. Diesem Charakter entspricht es, daß der Verf. fast immer auf die Quellenangabe auch seiner Zitate verzichtet hat.

Das Erstaunliche an dem Buch ist, daß es nur geschrieben zu sein scheint, um das Bedauern darüber auszudrücken, daß die richtige Einsicht — »sie (die Gewerkschaften) sind mit dem organisierten Kapitalismus auf Gedeih und Verderben verbunden. Sie sind mit ihm entstanden, und sie würden mit ihm untergehen« — nicht falsch ist. Die berechtigte Kritik dieser Schrift liegt in dem Vorwurf, daß die Gewerkschaftsführer nach 1945 diese Tatsache nicht voll erkannt oder anerkannt haben. Ihre Vorstellungen von einer Neuordnung von Staat und Gesellschaft mußten in der Tat zu Spannungen mit der sich wieder bildenden Wirtschafts- und Staatsform führen. Aber der Verf. steigert diesen Konflikt zu einem grundsätzlichen Gegensatz, damit er um so wirkungsvoller auf die Jahr für Jahr sich auf diesem Gebiet wiederholenden Niederlagen der Gewerkschaften hinwei-

sen kann. Richtig ist zweifellos die Kritik an dem Beharren der Gewerkschaftsleitung an liebgewonnenen, aber zu Formeln erstarrten Stereotypen radikaler Schlagworte, als ihre praktische Arbeit schon lange wieder in die Bahn sozialpolitischer Reformen statt gesellschaftsändernder Umbrüche fortgeschritten war¹⁾. Der Verf. kommt zu der anschaulichen Formulierung, daß die Gewerkschaften auf der Welle der Hochkonjunktur schwammen »aber wie mißmutige Urlauber, denen nichts recht ist und die doch an ihrem Gewicht spüren, daß die Küche gut und das Hotel ausgezeichnet ist«. Richtig ist auch die Aufdeckung der Unentschlossenheit nach machtvoll eingeleiteten Kundgebungen und Aktionen, die darum an Überzeugungskraft immer mehr verlieren mußten. Wäre das Ziel des Verf. nur gewesen, diese Widersprüche darzustellen und die Gewerkschaften zu einer nüchternen Einschätzung der Lage und damit zur Änderung ihrer Ansichten zu ermuntern, hätte er kaum diese vehemente Philippika vorgelegt. Der Hauptstoß der Kritik zielt in ganz andere Richtung.

Für das Linsengericht sozial- und lohnpolitischer Vorteile haben die Gewerkschaften, wie er glaubt, den Auftrag ihrer Wiedergeburtstunde aufgegeben. Dadurch haben sie sich schließlich in einem »Netz der Verfassung, des Staates und der Wirtschaft« verfangen. Vom Betrieb aus hätte 1945 »die Ordnung der Gesamtgesellschaft« ausgehen müssen; daß den Gewerkschaften ein derartiges

1) Interessant ist in diesem Zusammenhang der historische Vergleich der Unsicherheit und Selbsttäuschung, der sich die Gewerkschaften sowohl jetzt in einer Periode der Prosperität wie auch früher in Zeiten der wirtschaftlichen Krise hingegeben haben; eine kürzlich als Dissertation der phil. Fakultät in Kiel vorgelegte Arbeit von Bernhard Bußmann, Die Freien Gewerkschaften in der Inflation, Die Politik des ADGB und die soziale Entwicklung während der Jahre 1920—1923, Kiel 1961, hat in sehr eingehender Untersuchung auch diesen Aspekt dargestellt.

betriebspolitisches Programm fehlte, war »die Erbsünde der deutschen Arbeiterbewegung«. Die Betriebsräte hätten zu einem Element auch des politischen Aufbaus Westdeutschlands werden müssen, gestützt auf eine einheitliche, d. h. nicht in Industriegewerkschaften gegliederte »Allgemeine Gewerkschaft«. Militärregierung und Egoismus der Einzelgewerkschaften haben diesen Ansatz zerstört. Es ist nur konsequent, daß P. die »bürgerlich-parlamentarische« Staatsform — ein Pendant des Privatkapitalismus —, die beide vor allem der amerikanischen Besatzungsmacht zu verdanken seien, ablehnt. Zusammengefaßt lautet die Kritik des Verf. an den Gewerkschaftsführern — nur sie nimmt er aufs Korn; die »dem unbekannten Gewerkschaftler« gewidmete Schrift steht in der Tradition der Gläubigkeit so vieler linker Intellektueller an »die Massen« —: Sie haben sich ohne theoretische Überlegung und nur vom Strom der Verhältnisse getrieben nicht für einen dritten Weg zwischen West und Ost und eine antiparlamentarische, sozialistische Gesellschaftsordnung entschieden. »Aus einer politischen Bewegung zur Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war eine lockere Organisation von Kartellverbänden der Arbeitskraft im neuen Kapitalismus geworden.«

Breiten Raum nimmt die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung in den Führungsgremien und die Schilderung der dabei verwendeten, nicht immer vornehmen Mittel ein. Zu stark drängt sich dabei eine oft für den Zusammenhang unnötige Schärfe in der persönlichen Beurteilung der Handelnden nach vorn. In diesen Abschnitten ist vor allem der Verzicht auf den Quellenhinweis zu bedauern, denn trotz aller Vorbehalte, die vorgebracht werden müssen, wird hier ein Beitrag zur Soziologie einer Massenorganisation geliefert, der wertvoll ist. Es ist schade, daß P. sich nicht mit kühlerem

Kopf die Zeit genommen hat, unter Verzicht auf manches seitenlange Zitat seine Sache knapper vorzutragen. Es hätte ein provozierendes, fesselndes Buch daraus werden können.

Kiel

Heinz Josef Varain

DE GAULLE ÜBER SICH SELBST

Charles de Gaulle: *Mémoires de guerre*, Bd. I: »L'Appel 1940—1942«; Bd. II: »L'Unité 1942—1944«; Bd. III: »Le Salut 1944—1946«. 1436 S., Plon, Paris, 1954 bis 1959.*

Zwischen der dramatischen Niederlegung der Ministerpräsidentschaft im Januar 1946 und seiner ebenso dramatischen Rückkehr an die Macht im Mai 1958 bringt der General de Gaulle zwölf Jahre in einem kleinen französischen Dorf in bewußt gewählter Zurückgezogenheit. Vergeblich wartet er jahrelang auf die Stunde des erneuten Rufes und verzichtet schließlich auf jede Teilnahme am öffentlichen Leben Frankreichs. Während sich der Politiker, der Staatsmann in resigniertes Schweigen hüllt, äußert sich der Schriftsteller de Gaulle. Er gibt mit seinen »Mémoires de guerre« eine Schilderung der Kriegsvorgänge in und um Frankreich, vor allem aber einen Rechenschaftsbericht über das eigene politische Handeln in den Jahren 1940 bis 1946 — ein grundsätzliches, überaus aufschlußreiches Dokument für das Verständnis seiner Persönlichkeit und staatsmännischen Haltung.

Dieses Werk fügt sich in die in Frankreich besonders reiche schriftstellerische Tradition der Memoiren-Literatur ein. Dar-

*) Alle drei Bände sind inzwischen in einer wohlfeilen Taschenbuchausgabe erschienen — zuletzt der III. Band Anfang 1961 —, der die Zitate entnommen sind.

stellung zeitgeschichtlicher Vorgänge, an denen der Verf. selbst beteiligt war; Bericht über ein allgemeines äußeres Geschehen unter Erwähnung und Rechtfertigung des eigenen Handelns: das ist das immer wiederkehrende Prinzip jeder Memoiren-Literatur, dem auch die »Mémoires« unterstehen. Insofern gehören sie zu den dem Historiker unerläßlichen Quellen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Doch nicht unter diesem Gesichtspunkt sind sie heute in erster Linie interessant. Bedeutsamer erscheint die aktuelle Fragestellung nach der Person des Generals und ihrem in den »Kriegserinnerungen« ausgesprochenen Selbstverständnis. Wie interpretiert de G. sich selbst? Welche Vorstellungen hat er von seiner Rolle in der französischen Geschichte? Welche seine heutige Politik begründenden und erklärenden Anschauungen äußert er? Der Schriftsteller de G. — und damit folgt er dem Gesetz der Memoiren-Gattung — beschränkt sich nicht auf den neutralen und interesselosen Bericht historischer Vorgänge, wie er dem wissenschaftlichen Geschichtsschreiber zusteht. Auch gibt er mehr als eine bloße Registrierung des Vergangenen in der Erinnerung. In den Bericht der zeitgeschichtlich-politischen Ereignisse bezieht er eine Darstellung der eigenen Haltung angesichts dieser Ereignisse mit ein, ja zuweilen wird der Gang der Darstellung unterbrochen durch eine knappe Charakteristik der eigenen Person und ihrer grundsätzlichen, über alle Zeiten hinweg gleichbleibenden Rolle für Frankreich. Zwar hat de G. insgesamt von der Möglichkeit der Ausweitung des äußeren Berichts zu einer Erläuterung und Begründung der eigenen Haltung nur sparsam Gebrauch gemacht; trotzdem aber wird in dem Wechsel von dargebotenem äußeren Geschehen und Selbstdarstellung der geheime Grundton seiner »Kriegserinnerungen« vernehmbar. Bezeichnenderweise setzt er nicht mit dem Kriegs-

beginn ein. Er holt weiter aus, greift in die eigene Jugendgeschichte zurück, schildert seine geistige Herkunft. Er umreißt mit wenigen Worten seine wandellose und unerschütterliche Vorstellung von Frankreich als eines Landes, das nur in der »Größe« (sei es seines Handelns, sei es seines Leidens) zu sich selbst kommt; er zeichnet die wichtigsten Etappen seines Werdegangs nach, ehe die Weltbegebenheiten, die äußeren Geschehnisse zu Wort kommen. In der gleichen Weise mündet der Schluß wieder ins Persönliche ein: der alte Mann in der Einsamkeit seines Dorfes, sein Alltag, sein Schweigen und sein Bekenntnis zu der in einer langen Geschichte gealterten, doch stets der Erneuerung fähigen Nation. So schaffen Anfang und Ende der Memoiren einen autobiographischen Rahmen, in den die Geschichte Frankreichs im Zweiten Weltkrieg eingespannt wird; sie geben den Grundakkord an, der in den Hauptteilen der Darstellung zuweilen leiser werden kann, der aber an den entscheidenden Stellen des Berichts knapp und markant immer wieder hervortritt. Geschichte der Nation und Geschichte des Ichs sind derart verflochten, daß sie schließlich — und das macht das Rätselhafte, das Frappierende, vor allem aber doch das Fragwürdige der Erscheinung de Gaulle aus — in der Identität zusammenfallen: »grandeur de la France« (I, S. 5) — »le grand Charles« (I, S. 301).

Die Ursachen des Glücks und des Unglücks der Nationen erklären sich für den Schriftsteller de G. auf einfache Weise. Der Zusammenbruch des Jahres 1940, alles, was der Größe Frankreichs Abbruch tut oder im Wege steht, rührt von den Parteien her, genauer dem Zwist und Gezänk ihrer Führer, ihrem Mangel an Weitblick, ihrem fehlenden Sinn für die Würde und Autorität des Staates und die Notwendigkeit nationaler Einheit. Ebenso vereinfacht wie seine Erklärung der Ursachen aller Schwierigkeiten ist sein Heil-

mittel für Frankreichs Gebrechen: Frankreich braucht einen wirklichen Staatschef, oberhalb und unabhängig von den Parteien. Lassen sich die Parteien vielleicht auch nicht unterdrücken, mögen sie sogar bestimmte negative Züge des Nationalcharakters getreu widerspiegeln, so verlangt doch die Lage des Landes eine Begrenzung des von den Parteien mißbrauchten parlamentarischen Regierungssystems und daher eine Begrenzung der Machtstellung des Palais Bourbon; die Parteien verkennen, was jeder Franzose weiß, mit heißem Herzen wünscht: die Einheit und Größe Frankreichs. Nur ein einiges Frankreich ist stark und groß; diese Einheit bedarf eines Garanten. »C'est donc du Chef de l'Etat, placé au-dessus des partis, ... que doit procéder le pouvoir exécutif. Au Chef de l'Etat la charge d'accorder l'intérêt général quant au choix des hommes avec l'orientation qui se dégage du Parlement... A lui la tâche de présider les Conseils du Gouvernement et d'y exercer cette influence de la continuité dont une nation ne se passe pas. A lui l'attribution de servir d'arbitre au-dessus des contingences politiques, soit normalement par le Conseil, soit, dans les moments de grave confusion, en invitant le pays à faire connaître par des élections sa décision souveraine. A lui, s'il devait arriver que la patrie fût en péril, le devoir d'être le garant de l'indépendance nationale et des traités conclus par la France.« (III, S. 501 f.; vgl. auch II, S. 192 f.) Ohne Erfolg sucht de G. diese Vorstellung von der notwendigen Erneuerung des Staates nach der Befreiung in der Verfassung der neu entstehenden Republik, die sich die IV. nennt, zu verwirklichen. Erst die Verfassung der von ihm und für ihn geschaffenen V. Republik wird — nun allerdings nahezu wörtlich — den von ihm entworfenen Staatschef zum Eckstein des Regierungssystems machen. Art. 5 der Verfassung von 1958 lautet: »Le Président de la République veille au respect de la Con-

stitution. Il assure, par son arbitrage, le fonctionnement régulier des pouvoirs publics ainsi que la continuité de l'Etat. Il est le garant de l'indépendance nationale, de l'intégrité du territoire, du respect des accords de la Communauté et des traités.« Steht damit fest, daß der Chef, dessen Frankreich bedarf, oberhalb der Parteien und unabhängig von ihnen als Garant des nationalen Schicksals angesiedelt sein muß, so drängt sich die Frage auf, welche Eigenschaften und Auffassungen im einzelnen de G. mit seinem Bilde der Führerpersönlichkeit verbindet. Hier ist auffällig und aufschlußreich, was *nicht* gefordert wird: ein Programm so wenig wie ein Bekenntnis zu politischen Auffassungen oder Richtungen, da diese ihn festlegen und damit in seiner Aufgabe der Repräsentation der in ihm einigen und ungeteilten Nation beeinträchtigen könnten. Statt dessen fordert de G. vom Staatsmann Haltung. In den Memoiren findet sich dazu nicht viel. Aber ihr Hintergrund, der unsichtbare Untergrund des in ihnen beschriebenen eigenen Verhaltens, sind die ausführlichen Darlegungen, die de G. schon 1932 in seinem Buche »Le Fil de l'Épée« den Erfordernissen des Führers gewidmet hat: Autorität setzt Abstand voraus; denn es gibt keine Autorität ohne Prestige und kein Prestige ohne Distanz. Autorität verlangt demnach Kühle, Schweigen, Würde, Einsamkeit; verehrt wird nur, wen Geheimnis umgibt. Militärische Haltung dient hier als Modell; wo anders als im Bereich von Vorgesetzten und Untergebenen, von Befehl und Gehorsam wäre eine derart hierarchisch-konservativ-paternalistische Auffassung denkbar! De G.s aristokratische Herkunft, seine militärische Erziehung und Erfahrung zusammen formen ein Menschenbild, das ohne Zögern vom militärischen auf den politischen Bereich übertragen wird. So erklärt sich seine Abneigung, ja geheime Verachtung der Parteien und des

politischen Kräftespiels, die auf fehlender Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten und Erfordernisse des Politischen beruhen. Unbewußt reduziert de G. die Politik auf etwas, was nicht mehr Politik ist (I, S. 274, 290): Wenn der Staatsmann aus sich heraus weiß, was für den Staat, für das Gemeinwohl wesentlich ist, dann wird die Politik, die in der Erörterung und Austragung von Interessengegensätzen beruht, ebenso überflüssig wie die Parteien, die der Vertretung und dem Ausgleich widerstreitender Interessen der verschiedenen Gruppen zu dienen haben. Ihre Rolle — und die des Parlaments — wird im Grunde zu einer beratenden. Ihre Zustimmung zu den getroffenen Entscheidungen ist zwar erwünscht, aber ihrer Ablehnung gegenüber muß der Staatschef sich zur Wehr setzen können. So wird aus Beobachtungen, aus dem Charakter und den Erfahrungen de G.s heraus das von ihm geforderte Staatspräsidentenamt psychologisch verständlich, dieses ganz auf das Wesentliche gerichtete Wächteramt in den hohen, kalten Zonen der Staatsraison, fern von den Menschen, ihren Parteien und Interessengruppen, ihren kleinlichen Sorgen des Alltagsgetriebes.

Die Aufgabe und die Stellung des de Gaulleschen Staatsmannes fordern einen außergewöhnlichen Menschen. Er muß Kraft, Klugheit, Charakterstärke mit Energie, Entschlossenheit, Festigkeit und Selbstsicherheit, aber auch Demut verbinden — wie sollte er sonst dieses Amt ausfüllen können, ohne der Versuchung zu erliegen, seine Machtfülle zu mißbrauchen, den Rahmen der Republik zu verlassen und in die Diktatur zu entgleisen? De G.s Staatsmann muß sich dem Grundsatz der demokratischen Republik verpflichtet fühlen, die nach anderthalb Jahrhunderten innerer Kämpfe heute die legitime Staatsform Frankreichs geworden ist; er muß die bürgerlichen Freiheiten achten, muß liberal sein — ein aufgeklärter Monarch.

Es ist offensichtlich, daß der General in dem Staatsmann, den Frankreich braucht, sich selbst sieht. Der Wesenszug, mit dem er seine Anschauung vom »großen«, »heroischen« Menschen begründet und den er mit einer ihm eigenen Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch nimmt, ist in den »Kriegserinnerungen« deutlich bezeichnet: Unabhängigkeit, Selbständigkeit, Verantwortlichkeit nur sich selbst gegenüber. Von keiner Partei, von keinem Verband, von keiner Gruppe unterstützt, und das bedeutet an keine partikuläre Gruppe gebunden und ihr verpflichtet, unabhängig und auf sich selbst gestellt: so sieht de G. seine Ausgangsposition, als er 1940 seine »Mission« übernimmt und für die »Ehre« der Nation gegen Hitler-Deutschland und gegen die offizielle Vichy-Regierung weiterkämpft. »Quant à moi, ... je n'étais rien, au départ. A mes côtés, pas l'ombre d'une force, ni d'une organisation. En France, aucun répondant et aucune notoriété. A l'étranger, ni crédit, ni justification. Mais ce dénuement même me traçait ma ligne de conduite« (I, S. 89). Das Fehlen jeglicher Unterstützung erscheint nicht als ein Mangel, sondern ist geradezu die Voraussetzung für sein Unterfangen der Befreiung und Einigung der Nation. »Bref, tout limité et solitaire que je fusse, et justement parce que je l'étais, il me fallait gagner les sommets et n'en descendre jamais plus« (I, S. 90). Einzig unter diesen Bedingungen vermag das Individuum die »große« geschichtliche Aufgabe, das Schicksal der Nation auf sich zu nehmen und zu entscheiden. Die Ausschaltung aller partikularen Zwischeninstanzen konfrontiert den zum Handeln und zur Entscheidung gewillten Einzelnen mit dem überpersönlichen, erhabenen Raum der »Geschichte« und der alle individuellen Gegensätze übergreifenden Einheit der »Nation«. »En ce moment, le pire de son histoire, c'était à moi d'assumer la France« (I, S. 94). De G. wird sich selbst zu Frank-

reich und zum Symbol seiner Einheit. Diese Gleichsetzung, die den Kern und zugleich den wunden Punkt seines Selbstverständnisses ausmacht, enthebt ihn dem menschlichen Mittelmaß, dem normalen Treiben und Getümmel und läßt ihn die Extreme menschlichen Verhaltens und Miteinanderseins berühren: einerseits Einsamkeit, andererseits Begegnung mit der »Geschichte«. Am Ende des III. Bandes heißt es: »Dans le tumulte des hommes et des événements, la solitude était ma tentation. Maintenant, elle est mon amie. De quelle autre se contenter quand on a rencontré l'Histoire?« (III, S. 335).

Selbst angesichts eines außergewöhnlichen Menschen ist die außergewöhnliche Stellung des Staatsmanns, die de G. für sich in Anspruch nimmt, nur unter ungewöhnlichen Umständen in einem demokratischen Staate zu rechtfertigen. Dieser Staatsmann legitimiert sich nur im Ausnahmezustand, nur als Retter des Vaterlandes in der Stunde höchster Gefahr: im Juni 1940, im Mai 1958, im Januar 1960, im April 1961. Das gilt nicht nur für Frankreich. Vielmehr erklärt die permanente Krisensituation unserer Zeit die Neigung der Völker in allen Teilen der Welt, sich freiwillig der Last ihrer demokratischen Verantwortung zu entledigen und zugunsten einer vertrauenerweckenden nationalen Vatergestalt abzudanken.

Paris

Arnulf Baring
Bodo Morawe

DIE CHRISTLICHE DEMOKRATIE IN ITALIEN

Richard A. Webster: *The Cross and the Fasces, Christian Democracy and Fascism in Italy.* 229 S., Stanford University Press, Stanford, Cal. 1960.

Richard A. Websters Arbeit stellt eine Doktor-Arbeit der Columbia University

dar; insofern ist sie wesentlich Kompilation bereits greifbarer Materialien. Allerdings wird diese Aufgabe vor allem hinsichtlich der jüngeren Vergangenheit einmal dadurch überwunden, daß gründliche Quellenstudien nicht nur bereits Ausgesagtes insbesondere italienischer Autoren vertiefen und bestätigen, sondern auch, teilweise sogar sehr akzentuiert und couragiert, neue Gesichtspunkte erbringen, die gewiß in mancher Beziehung nicht nur dem Forschereifer W.s, sondern einer gewissen Tendenz der Verschleierrung bei anderen Autoren zu verdanken sind.

In einleitenden Kapiteln — »Italien im Übergang vom Liberalismus zur Demokratie, 1860—1913«, »Die ersten italienischen demokratischen Bewegungen und ihr Sturz, 1870—1929«, letzteres mit einer Fülle von Unterabteilungen: »Ursprung und Entwicklung der katholischen Bewegung in Italien, 1871—1913«, »Der italienische Katholizismus und der lybische Krieg: erste Kontakte mit der italienischen Nationalisten-Partei«, »Die katholische Allianz mit Salandra, 1914—15«, »Der erste Weltkrieg und die Gründung der italienischen Volks-Partei, 1915—19«, »Die italienische Volks-Partei, die kurze Blüte nach langer Arbeit, 1919—22« und »Der Tod der Volks-Partei, 1922—27« — wird das historisch-politische Terrain abgesteckt. Die oft an amerikanischen wissenschaftlichen Arbeiten kritisierte Tendenz der Simplifizierung erweist sich hier einmal mehr als äußerst fruchtbar: auf knappem Raume — dieser gesamte historische Abriß umfaßt wenig mehr als einhundert Druckseiten! — wird ein solches Orientierungswissen dargestellt, daß jedermann, auch der historische Laie, sich in die Situationen wie Probleme eingestellt findet.

Von unmittelbarem politischen Interesse sind die folgenden Abschnitte, die unter dem Obertitel »Die Wiederkehr der christlichen Demokratie in Italien: 1929—

1945« zusammengefaßt sind. Darauf folgt ein Epilog: »Der Triumph der christlichen Demokratie in Italien nach 1945« sowie zwei Anhänge, nämlich eine zusammenfassende Bemerkung über christlich-demokratische Programmatik von 1899 bis 1948 und eine Analyse der Wahlsituation der italienischen katholischen Parteien zwischen 1919 und 1948. Abschließender Anmerkungsapparat, die sehr gründliche Bibliographie und ein Sach- und Personenregister ergänzen das Buch trefflich und weisen seinen Verf. als höchst exakt arbeitenden Wissenschaftler aus.

Christlich-demokratische Parteien, so ist mehrfach in letzter Zeit festgestellt worden¹⁾, unterscheiden sich von den traditionellen politischen Parteien durch ihren Mangel an starrer Ideologie; sie sind taktierende Gebilde, die mehr ihr Augenmerk sowohl hinsichtlich der Programmatik als auch des konkreten Verhaltens auf die aktuelle politische Situation richten als auf imaginäre Zukünfte. Das macht sie beweglich, anpassungsfähig; das bedingt aber auch ihre inneren Spannungen zwischen linken und rechten Flügeln.

Sollen solche Thesen durch Forschungsergebnisse am konkreten Falle belegt werden, so bietet sich W.s Arbeit mit und in ihr die italienische »Christliche Demokratie« geradezu an. Wohl erscheint dem Außenstehenden, der sich ans Grobe der politischen Gewichte Italiens hält, die Democristiana als Partei der Mitte zwischen den Extremen der Neo-Faschisten, Monarchisten und Nationalisten hie und der Radikal-Sozialisten und Kommunisten da. Ihr Reichtum an Krisen in den letzten Jahren aber bis hin zum Abfall der Gruppe um Milazzo in Sizilien und bis zur aktuellen Streitfrage um die Möglichkeit der Koalierung mit den Nenni-Sozialisten in kommunalen und Provin-

zial-Parlamenten ist nichts als Ausdruck der Spannungen, denen sich die »Mitte« ausgeliefert findet. W. findet diese widerstreitenden Gruppen und Tendenzen bereits in den Uranfängen der neuen christlichen Demokratie zwischen Kollaboration mit dem Faschismus in sehr verschiedenartigen und teilweise schockierenden Formen, zwischen der vatikanischen Exil-Existenz De Gasperi und den Widerstands-Gruppen der katholischen Bewegung, teilweise aus den Katern der »Katholischen Aktion« gegründet, teilweise anderswie zustande gekommen. Kurz und gut: die Facettierung des Verhältnisses zwischen Katholizismus und Faschismus begegnet uns heute, manchmal mit veränderten Vorzeichen, in den internen Gruppenbildungen der Democristiani wieder, wobei selbstverständlich die aktiven Kleriko-Faschisten entweder die Saulus-Paulus-Rolle übernahmen oder aber von der Oberfläche des politischen Alltags verschwanden, so daß, wie W. ganz richtig sieht, das äußerste rechte Extrem die Gruppe der »Notablen« ist, die ihr Sozialprestige — als Großgrundbesitzer und Industrie-Kapitalisten — einbringen und, manchmal unter dem Motto der alleinigen Errettung Europas, für Koalitionen mit Neo-Faschisten, Monarchisten und Nationalisten plädieren gegen Sozialisten und Kommunisten, ohne doch selbst auf die bergende Mitte verzichten zu wollen.

Innerer Spannungsreichtum der taktierenden Partei und Anpassungsfähigkeit gehören offenbar zueinander als die beiden Seiten einer Münze. Welcherlei Ehen in Ermangelung einer ideologie-impregnierten Generallinie für politische Gruppierungen der Mitte möglich sind, stellt W.s Arbeit eindringlich heraus: während mancherorts in aller Deutlichkeit das antichristliche Moment des Faschismus durchschaut wurde und daraus die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen wurden, die nur Resistance und

1) Vgl. NPL., V/1960, Sp. 653 ff.

unterirdische Vorbereitung eines nach-faschistischen neuen Status heißen konnten, gab es auch mehr als ein Unternehmen, das ein Zusammengehen von Faschismus und Katholizismus, und zwar bis in die bedenklichsten pseudo-ideologischen Dummheiten des Faschismus, für möglich hielt. Hier ist vor allem die sog. »Katholische Universität« unter Pater Gemelli in Mailand zu nennen. Deren Monatschrift »Vita e Pensiero« (Leben und Gedanke) machte sich nicht nur nach Mussolinis Verkündigung der »religiösen Einheit als einer der stärksten Kräfte eines Volkes« im März 1934 zum Vorreiter eines pro-faschistischen Anti-Protestantismus, sondern auch zum Achsen-Partner Haushoferscher Geopolitik durch eine einschlägige, 1939 ins Leben gerufene Zeitschrift und vor allem zum Fürsprecher des faschistisch-nazistischen Rassismus. Als exponiertesten Repräsentanten der faschistischen Rasse-Kampagne bezeichnet W. den Pater Gemelli selbst; einen beredten Helfer fand der Geistliche in Amintore Fanfani, der auch zum Herausgeber-Kollegium der »Geopolitica« gehörte, ehe er sich in den Kriegsjahren vom Faschismus abwandte.

Zur Identität von Anpassung und Spannung gehört aber nicht minder das Intermezzo der »Katholisch-kommunistischen Bewegung«, die 1943–44 über ein eigenes Organ, »Voce Operaia«, verfügte. Die christlichen Sozialisten der ersten Nachkriegsjahre erinnern in mancher Beziehung ans Ahlener Programm der CDU; allerdings blieben sie nur regional bedeutsam und wurde im Zuge von De Gasperis Restauration des Staates von den großen Massen-Parteien aufgesaugt. Besonderes Interesse dürfte aus der Fülle der in W.s Studie angeschnittenen biographischen Skizzen jene des derzeitigen Präsidenten der italienischen Republik finden, nämlich des Alt-Veterans der Volks-Partei Giovanni Gronchi. Er brach mit De Gasperis Politik der Mitte, die als

Mischung aus Restauration und gemäßigten Reformen mit der vorherrschenden Tendenz der »Rettung« des bürgerlichen Italien von W. gut charakterisiert ist, plädierte für ein neutrales Italien innerhalb der westeuropäischen Staatenfamilie, für die »Öffnung« nach links zugunsten der Mitbeteiligung der Nenni-Sozialisten an der Macht; sein politischer Traum war die Einheit und Stärke der vereinten katholischen und sozialistischen Arbeiterschaft. Das trug ihm den Kaltstell-Posten des Präsidenten der Deputierten-Kammer ein, und 1955 wurde er mit den Stimmen der »linken« Democristiani, Sozialisten und Kommunisten zum Staatspräsidenten gewählt. Man ist an den bitteren Sarkasmus von der Gleichzeitigkeit der Heiligsprechung und Kaltstellung erinnert, wenn man dazu W.s Kommentar von Gronchi als dem Symbol faszinierender Möglichkeiten der italienischen Politik liest.

W.s Arbeit enthält sich tunlichst irgendwelcher politischer Urteile; sie will durchweg historiographisch verstanden sein, und diesem Anspruch wird der Verf. durchaus gerecht. Auch befaßt er sich nicht mit irgendwelchen konkreten politischen Tatbeständen des italienischen Staates und der italienischen Gesellschaft der Gegenwart. Umso mehr verwundert die eine seiner Konklusionen aus seinen Studien, die vor allem 1958 im Lande selbst durchgeführt wurden, daß nämlich in den 1960er-Jahren die traditionsreichen Werte des Liberalismus und Sozialismus unter den politischen Umständen Italiens eine neue Chance finden könnten, so daß eine seriöse demokratische Alternative zur christlich-demokratischen Herrschaft möglich werden könnte. Man möchte ergänzen: gelingt diese seriöse *demokratische* Alternative nicht, so droht für 1963, das nächste Wahljahr, die diktatorische.

Aber auch seine zweite Konklusion ist aller Beachtung wert: W. zeichnet mit we-

nigen Sätzen den neuen Typus des katholischen Aktiv-Laien, der als Mitglied der Katholischen Aktion der Kirche gehorcht und ihr hilft, jedoch als ein christlicher Demokrat unmittelbare politische Verantwortungen annimmt, die außerhalb des kirchlichen Wirkungskreises stehen. Durch diese neuartige Figur in der Kirchengeschichte, meint W., lernt der Klerus vieles über die moderne Welt und wie sie beeinflusst werden kann. Andererseits habe das Papsttum durch die Genehmigung laizistischer katholischer Parteien mit einem gewissen Grade politischer Autonomie jedoch nichts von seinen Zielen einer rechtmäßigen Herrschaft über die Seelen der Menschheit preisgegeben, sondern nur eine neue Methode gewählt, die in Übereinstimmung mit der Massen-Organisation der modernen Welt steht. Es versteht sich, daß diese Entwicklung heute keineswegs als abgeschlossen gelten kann; auch insofern ist W.s Analyse ein höchst verdienstvolles Mittel der Rückbesinnung auf den bisher zurückgelegten Weg.

PolICASTRO Buss./Italien *K. G. Fischer*

EINE GESCHICHTE RUSSLANDS

Hans von Rimscha: Geschichte Rußlands, = Sammlung Wissen und Leben, Bd. 8. 604 S., Rheinische Verlags-Anstalt Wiesbaden o. J. [1960].

Im gleichen Verlag, in dem 1955 Georg von Rauchs rasch bekannt gewordene »Geschichte des bolschewistischen Rußlands« erschien, hat der Erlanger Universitätsprofessor Hans von Rimscha jetzt ein Buch veröffentlicht, dessen Ziel es ist, »in allgemeinverständlicher und gleichwohl wissenschaftlicher Darstellung ein

Gesamtbild der Geschichte Rußlands von den Anfängen bis in unsere Zeit nach dem heutigen Forschungsstand in übersichtlicher Form zu vermitteln«. Dabei wird die »Geschichte Rußlands« als politische Geschichte verstanden und »primär auf die Entstehung, Entwicklung und Ausweitung des russischen Staates und Volkes« bezogen. Ungeachtet dieser Einschränkungen mag das Vorhaben seinen Wert in sich selber tragen: Der Bedarf an historischer Information ist namentlich im Bereich der russischen Geschichte nicht gering. Nach dem knappen Grundriß aus der Feder von Otto Hoetzsch, der die Spuren des Kriegserlebnisses auf jeder Seite zu tragen scheint, sind in den letzten Jahren nur sehr gedrängte Fassungen vorgelegt worden; von ihnen haben Irene Neanders kleines Buch und die geistesgeschichtliche Überschau von Dmitrij Tschizewskij berechnigte Anerkennung gefunden. Breiter angelegte Darstellungen in deutscher Sprache sind entweder längst vergriffen (so das Werk von Karl Stählin), oder aber man empfiehlt sie auch dem Studenten nur mit Vorbehalten (V. Gitermann). Andere, wie die 1926 erstmals übersetzte »Geschichte Rußlands« von Kljutschewskij, sind inzwischen selber Geschichte geworden, wenngleich die reife Leistung dieses großen russischen Historikers ihren unverwechselbaren Glanz bewahrt hat. Im akademischen Unterricht wartet die russische Geschichte auf ihren »Gebhardt« noch immer. So wird auch das vorliegende Buch, das sich freilich an eine breitere Leserschaft wendet, eine Lücke zu füllen haben.

Die Arbeit v. R.s umspannt mehr als ein Jahrtausend russischer Geschichte. Da es dem Verf. um Anschaulichkeit und Farbigkeit der Darstellung zu tun ist, hat er sich auch gelegentlichen Zustandsschilderungen episodischer Art nicht versagen wollen. Überhaupt ist durchgehend ein kräftiger geschichtspädagogischer Zug er-

kennbar, der in oft herzhaftem Zugriff gegen wiederkehrende Verzerrungen und Fehlurteile Front macht. Bei diesem Bemühen wird der Verf. die Zustimmung aller finden, die eine Vorstellung davon haben, daß historische Unkenntnis Hohlräume auszubilden pflegt, in denen die Legenden nisten. Gerade deshalb bleibt es bedauerlich, daß es der Umfang des handlichen Bandes offenbar nicht möglich gemacht hat, die russische Geschichte in die größeren historischen Zusammenhänge der allgemeinen Geschichte einzubetten. Das ist nicht so sehr ein Raumproblem, sondern eher ein Problem der historischen Methode. So läßt die isolierte Betrachtung der russischen Geschichte den Verf. immer wieder zu Analogien greifen, die bedenklich stimmen. Der Historiker wird für den petrinischen Staat eben nicht »sehr wohl den modernen Ausdruck ‚totaler Staat‘ verwenden, der die Erfüllung des von ihm bestimmten Solls in bestimmten Fristen verlangt«; er wird widersprechen müssen, wenn der Beamtenadel des 18. Jhs. als »neuartiger Stand der Staatsfunktionäre« an die »Funktionsaristokratie des bolschewistischen Rußlands« heranrückt, der Terror Iwans des Schrecklichen an den der Stalin-Zeit. Die sowjetische Gegenwart tritt in diesem Buche immer wieder in die geschichtliche Vergangenheit hinein und umgekehrt. Das ist nicht nur bei der Vorliebe des Verf. zu faßlichen Vergleichen geschehen, sondern auch im Umgang mit den historischen Begriffen. Von manchen Passagen der Darstellung wird zu sagen sein, daß das pädagogische Anliegen auf Kosten des wissenschaftlich Vertretbaren und selbst des sprachlichen Geschmacks überfordert worden ist.

Gelungen erscheinen vor allem die der russischen Intelligenzia, dem Ende des Zarenreichs und der Revolutionszeit gewidmeten Ausführungen, von denen manche Feststellungen eine nachdrückliche Würdigung verdienen: »Es war nicht

so, daß Rußland in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg vor einem inneren Zusammenbruch gestanden oder unabwendbar einer Revolution entgegengetrieben hätte. Es war auch nicht so, wie gedankenarme Geschichtsbetrachter aus ihrer nachträglichen Kenntnis heraus versichern, daß es so gekommen ist, wie es kommen mußte. Und es ergibt sich ein schiefes Bild, wenn man das russische Kaiserreich in den zwei letzten Jahrzehnten seiner Existenz... nur aus der Perspektive der revolutionären Intelligenzia sieht und behauptet, daß der Staat sich hilflos um die eigene Achse drehte (Belyj). Rußland befand sich in dieser Zeit trotz der Revolution von 1905... in einem Aufstieg auf allen Gebieten.«

Der informative Wert des Buches, den die beigegebenen Schaubilder, genealogischen Tafeln, Kartenskizzen und bibliographischen Angaben unterstreichen, wird — ungeachtet der vorgebrachten Einwände grundsätzlicher Art — bestehen bleiben.

Tübingen

Dietrich Geyer

DIE GRUNDLAGEN DER ORIENTKRISE

Walther Braune: Der islamische Orient zwischen Vergangenheit und Zukunft, Eine geschichtstheologische Analyse seiner Stellung in der Weltsituation. 223 S., Francke Verlag, Bern und München 1960.

Arnold Hottinger: Die Araber, Werden, Wesen, Wandel und Krise des Arabertums. 407 S., Atlantis Verlag, Zürich 1960.

Als Islamwissenschaftler an der Linden-Universität und dann als Ordinarius für Religionswissenschaft an der Freien Universität Berlin hat Walther Braune

seit fast drei Jahrzehnten seinen Schülern — zu denen der Ref. gehört — nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern ihnen Standorte gezeigt und sie zu Überlegungen geführt, denen wohl alle von ihnen weit über den fachwissenschaftlichen Bereich hinaus entscheidende Anregungen und Einsichten verdanken. Auch das Buch, mit dem er jetzt zum ersten Mal vor eine breitere Öffentlichkeit tritt, verdient Interesse nicht nur wegen seines Gegenstandes, sondern ebenso sehr wegen seiner Betrachtungsweise.

Thema ist der Zusammenprall des islamischen Orients, der an der Neuzeit Europas seit der Renaissance nicht teilgenommen hat, mit der modernen, vom Okzident bestimmten Welt. Vor dieser materiellen und geistigen Bedrohung suchen die Muslime nach einem Rückhalt im Eigenen, im Islam. Das gibt Anlaß zu einem Rückblick auf die Entwicklung der islamischen Religion. Nach einer bemerkenswerten Definition des prophetischen Prinzips, das das Wesen des Islams (wie des Judentums und des Christentums) ausmacht, zeigt B., wie in Muhammads Gemeinde zunächst eine »theonome Situation« bestand, in der der Konflikt zwischen Kultur und Religion, d. h. der Konflikt zwischen Vernunft und dem, was höher oder tiefer ist als alle Vernunft, relativ gesichert zum Ausgleich gekommen war. Dieser Konflikt, dessen Lösung B. — seinem Lehrer Paul Tillich folgend — als die eigentliche Aufgabe der menschlichen Geschichte betrachtet, bricht nach der kurzen Epoche der vier »rechtgeleiteten Kalifen« wieder aus und beherrscht einige Jahrhunderte lang die theologischen Auseinandersetzungen, bis diese sich in Mystik verlieren und schließlich im Osmanischen Reich ein »Stillstands-Niveau« (Nietzsche) erreicht wird, auf dem man das Fragen nach den schwerwiegenden theologischen Problemen verdrängt aus Angst, sich der Leere

der Tradition bewußt zu werden und daran zu verzweifeln.

In dieser Situation erfolgt die Begegnung mit dem modernen Europa und seiner triumphierenden Vernunft. Eine kleine Zahl von Reformern wendet sich lernbegierig dem Okzident zu. Aber bald werden auch die Gefahren deutlich, die von ihm drohen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ruft Dschamaladdin al-Afghani zum Abwehrkampf gegen Europa auf der Basis eines Islams, den er durch Abstoßung von Veraltetem wieder zu einer Kraftquelle machen will. Der türkische Sultan Abdalhamid nützt einige von Afghanis Ideen für seine panislamische Politik aus, während andererseits seine neurotische Despotie die inneren Reformen nur hemmt. Afghanis Schüler Muhammad Abduh erkennt, daß nicht die revolutionäre Tat, sondern nur eine lange Erziehungsarbeit die orientalischen Völker erneuern kann, und wird so zum großen Lehrer des Islams in der Neuzeit. Er stellt wieder die Frage nach der Einheit von Religion und Kultur, Offenbarung und Vernunft. Zwar scheitert er daran, daß die Gesetzmäßigkeit des Islams, die die Vernunft einengt, in dem offenbarten Koran selbst verankert ist, aber er wendet sich doch kritisch gegen eine Fülle einzelner Gesetze und erweitert den Bereich, in dem die Vernunft Reformen bewirken darf.

Später werden die liberalen Momente im islamischen Modernismus, die Abduh und sein Kreis ausgebildet haben, vom Nationalismus verdrängt. Bei den Türken heißt das Abkehr vom Islam (wie im »Dritten Reich« Abkehr vom Christentum). Bei den Arabern jedoch, für die der Islam nichts Fremdes ist, kommt es nicht zum Bruch mit der Religion. Im Gegenteil, ihr Nationalismus wurzelt geradezu im Islam; denn für Muslime, denen der Koran den Sieg über alle Andersgläubigen zusichert, ist die Überlegenheit des

Okzidents kaum erträglich. Ihr Haß gegen den Westen wird umso heftiger, als er zugleich Selbsthaß einschließt, weil die Orientalen fühlen, daß ihnen Macht, Ordnung und Sinn des Lebens fehlen. So werden gerade Gebildete zu den muslimischen Brüdern getrieben, die nebelhaft glauben, die Herrschaft des alten, unreformierten Islams wiederherstellen zu können. Andere Gebildete lassen sich vom Kommunismus gewinnen oder gleiten in nazismusähnliche Regional-Nationalismen ab. Diese Verwirrung hemmt auch das arabische Einheitsstreben; erst die Palästinafrage, die den Haß gegen den Okzident zum Siedepunkt steigert, führt die Araber zusammen. »Heute steht ein emotionaler Nationalismus, der das Fragen nach der wahren Nation nicht beantworten kann, neben einer fundamentalistischen Religion, die das Fragen nach dem wahren Islam abschneidet« (S. 181).

Dieses letzte Urteil des Verf. ist wohl etwas zu pessimistisch; Muhammad Abdus Liberalismus lebt im heutigen arabischen Nationalismus fort, und die nüchterne Arbeit, die an den materiellen Problemen geleistet wird, gibt Hoffnung auf eine Bewältigung auch der intellektuellen Verwirrung. Auf jeden Fall öffnet B.s Buch, das mit tiefer Sympathie für den Islam und die Muslime geschrieben ist, wie kaum ein anderes die Tür zum Verständnis der islamischen Welt. Religionswissenschaft heißt hier Erforschung der religiösen Strukturen, die hinter den psychologischen und sozialen, kulturellen und politischen Erscheinungen stehen. Sie setzt die politischen Vorgänge erst ins rechte Licht und liefert auch einen wesentlichen Beitrag zur Diskussion der Soziologen über die Grundprobleme der sogenannten Entwicklungsländer.

B.s Kritik an den Muslimen wird außerdem dadurch gerechtfertigt, daß er mit dem Okzident nicht weniger scharf ins Gericht geht. Er hält uns den islamischen

Orient als Spiegel vor, der zum Verstehen unserer eigenen Probleme hilft. So ist ein unerwartet großer Teil des Buches einer Analyse der abendländischen Geschichte gewidmet. Sie wird kritisch von dem Augenblick an, in dem sie zeigt, wie sich der Vernunftglaube des europäischen Bürgertums nicht mehr auf die Vernunft als göttliche Struktur des Seins richtet, sondern auf eine reduzierte Vernunft, die nur noch Instrument der Herrschaft ist. Diese reduzierte Vernunft bringt dem Orient nicht mehr Befreiung, sondern imperialistische Bedrohung. Hier beginnt die Entfremdung zwischen den orientalischen Reformern und dem Okzident, der zunächst ihr bewundertes Vorbild war. Daß seit dem ersten Weltkrieg »die Angst der Ohnmacht und des Verlustes eines formgebenden Prinzips« dem alten Europa ein Ende setzt, fordert erst recht die Abwehr und den Haß des Orients heraus.

Die allgemeine Kritik am Abendland verbindet B. mit einem Angriff auf die abendländische Geschichtsbetrachtung seit dem 19. Jahrhundert, die nur das Geschehen der Erkenntnis für würdig hält, »das durch den Filter des Vergessens seine ergreifende und beunruhigende Mächtigkeit verloren« hat, und durch »geschichtliche Distanz« die Vergangenheit »objektivieren« will (S. 32). Dagegen erkennt B. Geschichte im »methodischen Hinschauen auf die gemeinsame Frage« nach dem, »was unter der Bedrohung von Selbst und Welt dennoch Sein gibt« (S. 204). Indem er die Fragen, die sich in der Begegnung mit dem islamischen Orient stellen, als unsere Fragen versteht, findet er wieder ein einendes Prinzip für unsere zerspaltene Welt.

Die Anmerkungen enthalten Literaturhinweise, doch würde der Leser, dessen Interesse am Thema erwacht, sich wohl noch eine vollständigere »reading list« wünschen. Nützlich ist die Zeittafel, die politische, religiöse und kulturelle Ent-

wicklungen nebeneinanderstellt und in übersichtlichen Abschnitten gruppiert. Ein alphabetisches Register fehlt leider. Zu bedauern ist, daß der Titel der Arbeit nicht deutlich macht, wie weit ihr Blickfeld reicht. Daß sie den Rahmen der üblichen Disziplinen, der Kulturkritik ebenso wie der Orientalistik, sprengt, bedeutet freilich auch eine Gefahr für ihre Wirkung. Es wäre ein gutes Omen, wenn sie trotzdem unter beiden Gesichtspunkten Widerhall fände.

Das Thema des Buches von Arnold Hottinger deckt sich weitgehend mit dem des Brauneschen, ist doch die Geschichte der Araber unlösbar mit der des Islams verbunden. H., Mitarbeiter der »Neuen Zürcher Zeitung« und des Schweizerischen Landessenders, geht von der Tatsache aus, daß heute kein klares Bild von der »arabischen Nation« besteht, und fragt: Wer sind die Araber? In einem ausführlichen historischen Überblick sucht er ihren Nationalcharakter sowie ihre soziale und kulturelle Entwicklung anschaulich zu machen. Im Mittelpunkt steht dann auch für ihn die Auseinandersetzung der Araber mit der modernen Welt.

Der Verf. stützt sich vielfach auf Darstellungen der Fachorientalisten, scheut aber nicht davor zurück, die gestellten Fragen auch selbständig zu beantworten, besonders dort, wo ihm die Wissenschaftler zu versagen scheinen. Das ist nicht nur sein gutes Recht, sondern ist sehr zu begrüßen, da er es auf intelligente und anregende Weise tut. Allerdings wäre es verwunderlich, wenn er nun stets ins Schwarze trafe. In der Tat ist festzustellen, daß die Analysen H.s nicht so tief dringen wie die Braunes, deshalb auch nicht so viel Klarheit bringen, und daß H. — von Einzelheiten abgesehen — einige wichtige Probleme falsch beurteilt. Seine zentrale These lautet, daß die isla-

misch-arabische Welt in ihrem Mittelalter, sogar in der Epoche des Osmanischen Reiches, keineswegs eine Dekadenz durchgemacht habe. Ihr Sozialgefüge habe die Jahrhunderte überdauert, und für ihre Menschen habe ein befriedigendes Gleichgewicht zwischen Idealen und Wirklichkeit bestanden (S. 133 ff.). Der Geist des modernen Europa sei nicht in ein orientalisches Vakuum eingebrochen, sondern er habe dieses Vakuum erst geschaffen, indem er die alte Kultur zerstörte (S. 156). Nun ist es einmal historisch nicht statthaft, einer Kultur die Verantwortung dafür zuzuschieben, daß eine andere Kultur im Zusammenprall mit ihr zerbricht. Zweitens dürfen wir sicher sein, daß auch eine genauere Erforschung des islamischen Mittelalters, wie H. sie wünscht, nicht den Beweis bringen würde, daß die islamische Welt zu Ende des 18. Jahrhunderts noch intakt und bei voller Lebenskraft gewesen wäre. Mit der Behauptung des Gegenteils begeht der Verf. selbst den Fehler, den er später an den arabischen Nationalisten tadelt: die Schuld für die orientalische Krise bei anderen zu suchen.

Aus der allzu positiven Beurteilung der mittelalterlichen islamischen Kultur ergibt sich dann eine allzu negative Beurteilung dessen, was auf sie gefolgt ist: des arabischen Nationalismus. Man kann dem heutigen »Empirismus«, dem »Ideenvakuum« nicht gerecht werden, wenn man verkennet, daß schon die alte Welt sinnentleert war und kaum etwas bietet, was bei der sehr schweren Suche nach neuen Inhalten hilft. Zweifellos sind viele Vorwürfe H.s gegen die Nationalisten wohlbegründet. Man darf aber z. B. nicht so weit gehen, zu erklären, daß die Vereinigte Arabische Republik und der Irak in ihren Tendenzen und in ihrer politischen Praxis dem Kommunismus eng verwandt seien (S. 352). Es ist unfair, etwa

zu unterstellen, daß die Propaganda dieser Staaten (mit Einbeziehung Tunesiens) die Bevölkerung darüber hinwegtäusche, was für große Anstrengungen noch erforderlich sind, um die gesteckten Ziele zu erreichen, ja, daß die Entwertung der Wahrheit durch solche Meinungslenkung mehr Schaden stiften werde, als ein möglicherweise dadurch zu erwirkender Aufschwung in der Wirtschaft oder der Politik Nutzen bringen könnte (S. 348). Wenn wir dies anders ausdrücken: die Araber sollen lieber verhungern, als daß der Staat versuchen dürfte, ihnen mit allen psychologischen Mitteln Mut für die schwere Aufbauarbeit zu geben! — so zeigt sich die falsche Fragestellung. Unterstellungen der geschilderten Art sind umso irreführender, als sie einen erheblichen Wahrheitskern enthalten. Damit er richtig beurteilt werden kann, müßten jedoch auch die Tatsachen gewürdigt werden, die den drohenden Gefahren entgegenstehen. So vermissen wir — um nur ein Beispiel zu nennen — einen Hinweis auf die ehrlichen Bemühungen in der VAR, das Volk zur konstruktiven Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten zu erziehen. Viele Fehltritte des Verfassers beruhen darauf, daß er abermals selbst in einen Fehler verfällt, den er anderen vorhält: an das Verhalten der Araber fremde, nämlich westlich-demokratische Maßstäbe anzulegen.

Trotz dieser Einschränkungen möchten wir das Buch H.s nicht missen. Die Inter-

pretationen des Verf. sind keineswegs immer so überspitzt; der Leser, der ihnen mit der gebotenen Vorsicht entgegentritt, wird sie immer höchst anregend finden. Und vor allem findet er in dem Buch ein außerordentlich anschauliches Material. H. hatte den guten Einfall, seine Darstellung mit zahlreichen Übersetzungen aus primären Quellen zu illustrieren. Da sind Berichte über die Eroberungszüge der Kalifenheere, Zitate aus der mystischen Literatur, die zeigen, wie die Sufis einem harten Dogma Leben abzugewinnen verstanden. Da ist eine Schilderung des ägyptischen Historikers Gabarti vom Einzug Napoleons. Da sind faszinierende Äußerungen der ersten Araber, die im vorigen Jahrhundert nach Europa kamen, über ihre Eindrücke von der fremden Welt, Auszüge aus den Schriften der großen Erneuerer des Islams, Dschamaladdin al-Afghani und Muhammad Abduh. Wir finden Beispiele für moderne Propaganda und für die Verwirrung und Unruhe der heutigen Intelligenz. Wie Stichproben ergeben, sind die Übersetzungen aus arabischen Originalen nicht frei von Fehlern, aber der Gesamteindruck stimmt doch, und die Auswahl ist vortrefflich. Dieses Material macht das Buch H.s zu einer sehr glücklichen Ergänzung der Arbeit Braunes. Es dürfte heute keine bessere Einführung in die Probleme der islamisch-arabischen Welt geben als diese beiden Werke, zusammen gelesen.

Berlin

Fritz Steppat

Zeitschriften-Bibliographie

VI

Wichtige Aufsätze zur Politik aus der internationalen Zeitschriftenliteratur

5/6

Politische Theorie

v. d. Gablentz, Otto Heinrich: Staat und Gesellschaft. POL.VJH., II/1961, 1, S. 2 bis 23.

Triesch, Günter: Politischer Stil, Sinn und Unsinn eines Schlagworts. POL. MEINUNG, VI/1961, 5, S. 37—47.

Hennis, Wilhelm: Verfassung und Verbandseinfluß, Bemerkungen zu ihrem Zusammenhang im politischen System der Bundesrepublik. POL.VJH., II/1961, 1, S. 23—35.

Papaioannou, Kostas: Classes et Lutttes de Classes. CONTR.SOC., V/1961, 2, S. 87 bis 95.

Marxistischer Klassenbegriff ist als Arbeitshypothese unbrauchbar.

Zimmermann, Hartmut: Probleme der Analyse bolschewistischer Gesellschaftssysteme, Ein Diskussionsbeitrag zur Anwendbarkeit des Totalitarismusbegriffs. GEW.MH., XII/1961, 4, S. 193—206.

Künzli, Arnold: Rot ist nicht braun, Wider die schreckliche Identifikation von Bolschewismus und Nationalsozialismus. GEW.MH., XII/1961, 4, S. 207—215.

Wirtschaft und Gesellschaft

Gresmann, Hans: Meinungsforschung und Demokratie, Regieren unsere Demoskopen mit? MONAT, XIII/1961, 151 (4), S. 17—22.

Gefahren der Demoskopie für die Demokratie.

Rostow, W. W.: Stadien wirtschaftlichen Wachstums und Probleme einer friedlichen Koexistenz. ZS.GES.ST.WISS., 117/1961, 1, S. 1—18.

Werner, Josua: Probleme einer gemischten Wirtschaftsordnung. ZS.GES.ST.WISS., 117/1961, 1, S. 29—44.

Auch bei einer gemischten, vielförmigen Wirtschaftsordnung muß die Wirtschaftspolitik von einem bestimmten ordnungspolitischen Leitbild ausgehen.

Genzsch, Erwin O.: Probleme der volkswirtschaftlichen Vernunft in unserer Verkehrs- und Energiewirtschaft. FF.H., XVI/1961, 5, S. 317—322.

Muthesius, Volkmar: Fragwürdige Prognosen, Fehlerquellen der Konjunkturstatistik. POL. MEINUNG, VI/1961, 4, S. 30—35.

Niehans, Jürg: Das schweizerische Geldsystem und die Zinstheorie. ZS.GES.ST.WISS., CXVI/1960, 4, S. 577—600.

Vöchting, Friedrich: Die heutige italienische Aus- und Binnenwanderung. ZS.GES.ST.WISS., CXVI/1960, 4, S. 672 bis 687.

Wernet, W.: Wissenschaftliche Begriffsbildung im Bereich des dezentralen Gewerbes. ZS.GES.ST.WISS., CXVI/1960, 4, S. 688—722.

Dezentrales Gewerbe ist vornehmlich durch wirtschaftendes Handeln nach dem Grundprinzip der Personalität bestimmt.

Sohn, Karl - Heinz: Mitbestimmung als Aufgabe. GEW.MH., XII/1961, 5, S. 257 bis 264.

Zehn Jahre Mitbestimmung waren ein guter Anfang.

Hartfiel, Günter: Die Angestellten — eine »eigenständige« Sozialgruppe? GEW.MH., XII/1961, 5, S. 280—285.

Angestellte sind in erster Linie Arbeitnehmer.

Frack, Sebastian: Der Konsument unter den Werbern, Beitrag zur Mythologie der freien Marktwirtschaft. GEW.MH., XII/1961, 5, S. 275—279.

Büttner, H. W.: Vermögensbildung durch Umverteilung. GEW.MH., XII/1961, 5, S. 264—269.

Teichmann, Ulrich: Der Bauer in der Industriegesellschaft. GEW.MH., XII/1961, 4, 223—228.

Bodamer, Joachim: Leere und Langeweile, Krankheitssymptome der modernen Gesellschaft. POL. MEINUNG, VI/1961, 4, S. 48—55.

Winter, Rosemarie: Die Jugend von heute und ihr Geschichtsbild von gestern. DT. RDSCH. 87/1961, 4, S. 341—346.
Die heutige Jugend ist keineswegs politisch desinteressiert.

Remmling, Gunter W.: Religion und Politik, Eine Untersuchung am Schnittpunkt von Religionssoziologie und politischer Soziologie. ZS.GES.ST.WISS., 117/1961, 1, S. 166—174.

Goldhagen, Erich: Die Zukunft der kommunistischen Gesellschaft. MONAT, XIII/1961, 151 (4), S. 7—16.

Internationale Politik

Beratungen der Regierung der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten über die internationale Lage. EUR.ARCH., XVI/1961, 9, S. D 265 — D 280.
Kommuniqués, Erklärungen von Macmillan und Adenauer.

Rotchinas expansive Außenpolitik. O-P., XIII/1961, 10, S. 299—310.
Erklärungen der KP China und westliche Kommentare zur Frage der Koexistenz und der Vermeidbarkeit von Kriegen.

Zagoria, Donald: Moskau, Peking und die Entwicklungsländer. O-P., XIII/1961, 10, S. 290—299.
Chinas Einfluß auf die Kommunisten in den Entwicklungsländern wächst.

Probleme der Atlantischen Gemeinschaft, Die Haltung der Vereinigten Staaten und Frankreich. EUR.ARCH., XVI/1961, 9, S. D 281 — D 290.
Dokumentation.

Roll, Christian: Die Vorgeschichte der Laos - Krise. AUSS.POL., XII/1961, 5, S. 304—311.

Ray, Hemen: Das Ende der indisch-chinesischen Bruderschaft. AUSS.POL., XII/1961, 5, S. 319—339.

Europäische Integration

Die Weiterführung der Europa - Politik. EUR.ARCH., XVI/1961, 7, S. D 199 bis D 212.
Dokumentation.

Schneider, Herbert: Die Haltung der Commonwealth - Länder zur europäischen Integration. EUR.ARCH., XVI/1961, 9, S. 219—230.
Großbritannien und Commonwealth-Länder sind zu Konzessionen bereit.

Europäische Länder

Globig, Fritz von: London zwischen Nordamerika und Westeuropa. AUSS.POL., XII/1961, 4, S. 241—247.

Fontaine, André: Die französische Diplomatie in der Ära Kennedy. AUSS.POL., XII/1961, 5, S. 312—318.

Schütze, Walter: Die französische Atombewaffnung im Spiegel der parlamentarischen Debatten. EUR.ARCH., XVI/1961, 9, 207—218.

Servoise, René: Die Weiterentwicklung der Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft. EUR.ARCH., XVI/1961, 7, S. 149 bis 162.
Gemeinschaft kann die noch schwachen Länder wirtschaftlich stützen und inneres Gleichgewicht stabilisieren helfen.

Lévy, Yves: La France et sa Constitution. CONTR.SOC., V/1961, 2, S. 63—74.
Präsidialregime kann die politischen Schwierigkeiten zurückdrängen, aber nicht beseitigen.

Nolte, Ernst: Die Action française, 1899 bis 1944. VJH.ZEITGESCH., IX/1961, 2, S. 124—165.

Prinzipien der Action française sind noch ein Element der Gegenwart.

Jakobson, Max: Finnland und die EFTA. AUSS.POL., XII/1961, 4. S. 225—233.

Verhältnis Finnlands zur EFTA ist eine ermutigende Erscheinung vom Standpunkt der internationalen Beziehungen.

Kitzinger, U. W.: Wahlkampf in Österreich. POL.VJH., II/1961, 1, S. 36—56.

Schulmeister, Otto: Österreich am Ende der Ära Raab. AUSS.POL., XII/1961, 4, S. 234—240.

Deutschland

Kohn, Hans: Nationalgefühl in der Bundesrepublik, Der Weg nach dem Westen. POL. MEINUNG, VI/1961, 5, S. 29—36.

Goriély, Georges: Von der SPD oder: Masse und Ohnmacht. FF.H., XVI/1961, 4, S. 225—234.

Goriély, Georges: Von der SPD oder: Masse und Ohnmacht, zweiter Teil: Die Sozialdemokratie und die Republiken. FF.H., XVI/1961, 5, S. 307—316.

Loviscach, Peter: Die Presse der Heimatvertriebenen. PUBLIZISTIK, VI/1961, 2, S. 95—106.

Wagner, Wolfgang: Wenn Erhard Kanzler würde, Portrait eines Nonkonformisten. POL. MEINUNG, VI/1961, 4, S. 21—29.

Heuss, Theodor: Deutsch-indische Geistesbeziehungen. AUSS.POL., XII/1961, 5, S. 299—303.

Wagner, Walter: Der Feind von Links, Politische Justiz in der Weimarer Republik, II. POL. MEINUNG, VI/1961, 5, S. 48—61.

Conze, Werner: Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren. VJH.ZEITGESCH., IX/1961, 2, S. 166—177.

Becker, Josef: Zentrum und Ermächtigungsgesetz 1933. VJH.ZEITGESCH., IX/1961, 2, S. 195—210.

Stellungnahme von Prälat Kaas vom 5. April 1933 und Kommentar.

Vogelsang, Thilo: Neuere Literatur zur Geschichte der Weimarer Republik. VJH.ZEITGESCH., IX/1961, 2, S. 211 bis 224.

Deutschland — SBZ

Rexin, Manfred: Fünfzehn Jahre Deutschlandpolitik der SED, Von der Propagierung des Einheitsstaates zur Zwei-Staaten-Theorie. SBZ-ARCH., XII/1961, 8, S. 123—126.

L'appareil militaire de l'Allemagne soviétique en 1961. E-O., XIII/1961, 257, S. 10 bis 15.

Eingehende Darstellung der Gliederung der „Nationalen Volksarmee“ der SBZ.

Kasten, Herbert: Die Ostsee im strategischen Spiel der Sowjets, Was verbirgt sich hinter der Parole vom »Friedensmeer«? SBZ-ARCH., XII/1961, 6, S. 95 bis 98.

Schimanski, Hans: Die 12. Tagung des ZK der SED, Parteiführung sucht Ausweg aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten. SBZ-ARCH., XII/1961, 7, S. 106—110.

Weise, Gottlieb: Das Nationale Aufbauwerk, Zwangsarbeit nach Feierabend. SBZ-ARCH., XII/1961, 6, S. 98—101.

Osteuropa

Stolte, Stefan: Collectivization Today and Tomorrow in the Communist-controlled States. BULL.INST.USSR., VIII/1961, 3, S. 3—14.

Absolute staatliche Kontrolle der Landwirtschaft ist Ziel in allen kommunistischen Staaten.

Taborsky, Edward: Czechoslovakia's March to Communism. PROB.COM., X/1961, 2, S. 34—41.

Trotz wirtschaftlicher Erfolge wird Kommunismus von der Bevölkerung nicht als legitime Ordnung anerkannt.

Krannhals, Hanns v.: Der polnische Brotkorb. OST-BRIEF, VII/1961, 68, S. 128 bis 134.

Bromke, Adam: Poland and Yugoslavia — The Abortive Alliance. PROB.COM., X/1961, 2, S. 26—33.

Geographische Lage verhindert, daß Polen dem Weg Jugoslawiens folgte.

Internationaler Kommunismus

Brügel, J. W.: Der Sowjetblock in der IOA — Genf. AUSS.POL., XII/1961, 5, S. 340—347.

Jaeger, Hans: Moskau, Peking und Afrika. DT.RDSCH., 87/1961, 4, S. 308—315.

Afrika ist für den Westen noch nicht verloren.

Bielfeldt, Hans: Die Überbewertung östlicher Entwicklungshilfe. AUSS.POL., XII/1961, 4, S. 256—260.

Finanzhilfe von Ost und West bewegt sich in einer Relation von 1—10.

Kordt, Erich: Zur kommunistischen Weltpolitik und ihren Voraussetzungen, Hinweise auf Neuerscheinungen seit dem 20. Parteikongreß. EUR.ARCH., XVI/1961, 9, S. 231—240.

Alba, Victor: Communisme et Césarisme en Amérique Latine. CONTR.SOC., V/1961, 2, S. 104—111.

Untersuchung der kommunistischen Taktik in Südamerika.

Lazitch, Branko: La révolution cubaine annexée par les communistes. E-O., XIII/1961, 255, S. 6—8.

Kubanische Kommunisten versuchen über die Volksfront an die Macht zu gelangen.

Avakoumovitch, Ivan: Le parti communiste des Etats-Unis. E-O., XIII/1961, 257, S. 7—10.

Kommunistische Partei der USA ist als politische Kraft verschwunden.

Zagoria, Donald: Sino-Soviet Friction in Underdeveloped Areas. PROB.COM., X/1961, 2, S. 1—13.

Lazitch, Branko: Les désaccord du parti communiste albanais. E-O., XIII/1961, 256, S. 14—18.

Haltung der albanischen KP ist keine Rebellion gegen Moskau.

Sowjetunion

Bohmann, Alfred: Die deutsche Bevölkerung in der Sowjetunion. AUSS.POL., XII/1961, 4, S. 261—268.

Kashin, A.: Two Communist Armies. BULL.INST.USSR., VIII/1961, 3, S. 34 bis 42.

Vergleich der sowjetischen und chinesischen Armee.

Stackelberg, Georg v.: International Congresses and Soviet Propaganda. BULL.INST.USSR., VIII/1961, 3, S. 42—50.

Internationale Kongresse als Tribüne für kommunistische Propaganda.

Pergent, Jean: Les forces armées soviétiques. E-O., XIII/1961, 255, S. 13—16.

Truppenverminderung wird durch bessere technische Ausrüstung aufgewogen.

Nord- und Südamerika

Fitzsimons, Mathew, A: Fünfzehn Jahre amerikanischer Außenpolitik, Erbe und Bürde der Regierung Kennedy. DOK., XVII/1961, 2, S. 103—116.

Außenpolitische Konzeptionen der Vereinigten Staaten. EUR.ARCH., XVI/1961, 7, S. D 191 — D 198.

Reden Außenministers Rusk.

Regierungsprogramm des Präsidenten der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, Botschaften an den Kongreß. EUR.ARCH., XVI/1961, 8, S. D 213 — D 264.

Wirtschaftsprogramm, Programm zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, Auslandshilfeprogramm und Verteidigungsprogramm der USA.

Willmann, Joachim: Die wirtschaftspolitische Konzeption der Regierung Kennedy. EUR.ARCH., XVI/1961, 8, S. 184 bis 206.

Wichtigste wirtschaftspolitische Ziele sind Beseitigung der Rezession, höhere zukünftige Wachstumsrate und Verbesserung der Zahlungsbilanz.

Goldenberg, Boris: Lateinamerika in Gärung. AUSS.POL., XII/1961, 4, S. 269 bis 276.

Allemann, Fritz René: Die Revolution der Bärtigen, Zwei Jahre Fidelismus auf Cuba (Schluß). MONAT, XIII/1961, 151 (4), S. 39—45.

WAHLEN UND WAHLER IN WESTDEUTSCHLAND

von

Dolf Sternberger — Friedrich Erbe — Peter Molt — Erwin Faul

Herausgegeben von Erwin Faul

VII, 371 Seiten. Broschiert DM 18.30 DM

Aus dem Inhalt

Mutation des Parteiensystems. Eine Betrachtung zur dritten Bundestagswahl. Von Professor Dr. Sternberger.

Vierzehn Jahre Wahlen in Westdeutschland (1946—1960)

Von Friedrich Erbe.

Vom kaiserlichen Reichstag zum Bundestag. Wandel und Beständigkeit des deutschen Parteiwesens im Spiegel der Wahlen.

Von Dr. Peter Molt.

Soziologie der westdeutschen Wählerschaft. Von Dr. Erwin Faul.

Literatur. — Verzeichnis der abgekürzten Parteinamen der bei den Wahlen nach 1945 aufgetretenen Parteien. — Wahlergebnisse in der Bundesrepublik und in den westdeutschen Ländern. — Die Wahlen zum Deutschen Reichstag in Baden, Bayern, Schleswig-Holstein, Württemberg.

Aus dem Vorwort

Die vorliegende Schrift versucht zum ersten Mal ein Gesamtbild der deutschen Bundes- und Landtagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg zu vermitteln und sie durch kurze vergleichende Rückblicke auf die Wahlen in der Weimarer Republik und im Kaiserreich in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Die Darstellung muß sich freilich, der gegenwärtigen staatlichen Organisation Deutschlands entsprechend, auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik beschränken, wo allein nach 1945 periodische freie Wahlen stattgefunden haben und auch die Rückschau auf die Wahlen vor 1933 ist, wo immer möglich, aus Gründen der statistischen Vergleichbarkeit, auf die entsprechenden Gebiete Westdeutschlands beschränkt worden.

Die Autoren haben versucht, den Elementen der Verfassungs- und Wahlrechtsordnung, der gesellschaftlichen Gliederung der Wählerschaft, der politischen Situation und der an sie anknüpfenden Wahlpropaganda gleichermaßen Beachtung zu schenken und dabei vor allem die langfristig sichtbaren Entwicklungstendenzen gebührend zu betonen. Hierdurch konnten vor allem auch die Eigentümlichkeiten des Verhaltens der Wählerschaft, die sich auf verhältnismäßig beständige sozialstrukturelle Gegebenheiten gründen, von denjenigen, die mehr durch die aktuellen politischen Entscheidungen bestimmt werden, deutlicher unterschieden werden als dies bei der Untersuchung einzelner Wahlen möglich gewesen wäre. Diese zu verstärken, ist freilich der einzige Weg, die noch dunklen Regionen unserer Kenntnisse von den Wahlhandlungen aufzuhellen.

RING-VERLAG · VILLINGEN/SCHWARZWALD

Vollständig liegt vor:

HERMAN FINER

DER MODERNE STAAT

THEORIE UND PRÄXIS

Herausgegeben von Professor Dr. S. Landshut

Band I: XII, 416 Seiten, Plastik gebunden DM 19,80

Band II: XII, 545 Seiten, Plastik gebunden DM 19,80

Band III: XII, 540 Seiten, Plastik gebunden DM 19,80

Der 3. Band enthält ein umfangreiches Namen- und Sachverzeichnis.

Aus den Besprechungen:

»Theory and Practice of Modern Government«, heißt das Original. Der Titel deutet einen grundlegenden Sachverhalt an, der im Deutschen nicht im gleichen Maße zum Ausdruck kommt. Finers Buch untersucht, wie regiert wird; es untersucht die Tätigkeit des Regierens, das Politikmachen. Er will zeigen, und er zeigt es an vielen Beispielen, wie es gemacht worden ist und wie es gemacht wird; das heißt also auch, wie es gemacht werden kann und wie nicht. Daraus resultieren, was vor allem deutsche Leser im Sinn behalten sollten, wichtige Ergebnisse. Immer wieder werden Notwendigkeit und Nützlichkeit bestimmter Institutionen und Überlieferungen unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit in Frage gestellt. ... Das dreibändige Opus enthält die umfassendste Bestandsaufnahme der Regierungskunst, wie sie in den USA, Frankreich und Deutschland entwickelt worden ist. Ein Nachschlagewerk von erheblichem Wert steht hier zur Verfügung.

»Süddeutsche Zeitung«

NECKAR-VERLAG · VILLINGEN/SCHWARZWALD